

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.00 Mk. halbjährlich, 10.00 Mk. jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eintragungen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interfions-Gebühr
 Bezieht für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und Berichtigungs-Anzeigen 10 Pf. „Kleines Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedichte und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 25 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 11. November 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Kopfüber in die Knechtschaft zurück!

Der große Tag war gekommen. Die deutschen Volksvertreter waren zusammengeströmt, Mann für Mann, bis auf die Kranken, um das persönliche Regiment und die Handlanger seines erhabenen Vorgesetzten zur Verantwortung zu ziehen in fürchterlicher Abrechnung und dann feste Wälle zu errichten gegen jeden Ausbruch absolutistischer Gelüste.

Das konnte der Reichstag, denn er hatte die Macht dazu, ein Gottesgeheimnis hatte sie in seine Hände gelegt. Ein Volkszorn durchwogte Deutschland, der jede ernsthaftige Aktion des Reichstags unüberwindlich zum Siege getragen hätte gegen Kanzler und Kaiser. Der Reichstag brauchte bloß die Waffe zu ergreifen, die einzige, die seine beschränkten Machtbefugnisse ihm bereit halten. Er brauchte nur zu erklären: Nicht eher befehlen wir uns mit anderen Geschäften, nicht eher lassen wir uns auf die Erörterung des Budgets, nicht eher auf die der Finanzreform ein, als bis gesetzmäßige Bürgschaften geschaffen sind für die völlige Ausschaltung des persönlichen Regiments, für die Durchführung des wirklichen Parlamentarismus an die Stelle des fälschlich so genannten Systems, das in Deutschland der Bureaucratie und dem persönlichen Regiment die Möglichkeit gibt, den Staatskarren immer tiefer in den Sumpf zu lenken.

Die Sozialdemokratie hat dem Reichstag die Wege gewiesen. Und die bürgerlichen Parteien, die Mehrheit des Reichstags?

Was konnte sie tun? — Alles!
 Was hat sie getan? — Nichts!

Nichts, aber auch garnichts, was auf Ruhung ihrer Macht hinauskommt. Geredet haben die Deutschen, ja. Gewimmert haben sie und gestöhnt sogar über das Unglück und die Schande. Und Hoffnung haben sie gehegt, daß es besser wird nun wirklich und wahrhaftig. Sie haben ja schon so lange gehofft und geharrt. Es ist ihnen zur süßen Gewohnheit des patriotischen Phylisterdaseins geworden. Aber die Zumutung, selbst Wandel zu schaffen durch Anwendung des einzig brauchbaren Mittels — das haben sie weit von sich gewiesen. Und dem Bülow, dem haben sie verziehen, die einen mehr, die anderen weniger. Aber daß der Mann fort muß aus seinem Amt, unverzüglich fort, das verlangt nur die Sozialdemokratie, die einzige Partei, die Partei der vaterlandlosen Gesellen, die wirklich den bürgerlichen Parlamentarismus in Deutschland ins Leben rufen und für die Ehre Deutschlands ernstlich etwas tun will, nicht nur davon reden.

Den Reigen der Interpellanten eröffnete der Nationalliberale Herr Basser mann. Er verlas in dem nämlichen Plauderton, so zwischen Schlafen und Wachen, fast genau die nämlichen Gedanken, die er bei früheren ähnlichen Gelegenheiten zum besten gegeben hat. Etwas zu tun lehnt er weit von sich ab; die Möglichkeit eines Zusammenwirkens mit der Sozialdemokratie lehnt er mit der nämlichen gezähmten Entrüstung ab, die er gegen die Schlamperei im Auswärtigen Amt zuwege bringt. Er hat immer noch Vertrauen zum Kanzler, der Gute. Und zwischen Kaiser und Volk will er keine Klüfte sich aufstumpfen lassen. Offenbar hat er bisher noch nichts von einer Klüfte bemerkt. Das ist das bis zum Schein der Bornehmtheit kunstvoll aufgeblähte deutsche Bürgertum: Seine Anh' will es haben.

Dann trat der Herr Wiemer auf das Podium, die freisinnige, etwas herbere Nummer aus dem Bloc. Unheilverkündend war, daß er auch bei dieser großen Gelegenheit sich des gegünstigten Bezirktvereinspathos nicht entschlagen konnte. Seine Ausführungen waren jedoch nur ein vergröbertes Echo der Wassermandschen. Nur denkt er wirklich etwas zu tun: er verwies auf das Ministerverantwortlichkeitsgesetz, das seine Partei längst auf dem Papier habe. Aber im Traum nicht dachte er daran, die bereiten Nachtmittel zur Erzwingung auch nur einer Forderung auszunutzen.

Wie eine Erlösung kam es über das Haus, als nunmehr Genosse Singer das Wort ergriff, um, was die Vorbereiter verkannt hatten, mit erschütternder Deutlichkeit zu sagen: Wenn Väterlichkeit töten könnte in Deutschland, so hätten wir Bülow nicht wieder auf seinem Platz gesehen. Aber an der Krankheit geht kein deutscher Staatenlenker zugrunde. So muß man denn mit Bülow im Reichstag noch argumentieren. Nachdrücklich wies Singer die Behauptung des ominösen Interviews über die Englandfeindlichkeit der deutschen Arbeiter zurück und kennzeichnete die Gefährlichkeit der ganzen Sache mit dem Hinweis darauf, daß ein Beamter, der so etwas aus eigener Initiative in die Öffentlichkeit gebracht hätte, zweifellos wegen Hochverrats verurteilt worden wäre.

Schließlich formulierten Singer die sozialdemokratischen Forderungen an den Reichstag, einen würdigen Zustand in Deutschland zu schaffen. Leider blieb dieser Appell an das bürgerliche Gewissen völlig wirkungslos.

Dem konservativen Redner, Herrn v. Heydebrand und der Lasa gelang es, den Tiefstand der Debatte zu erreichen, indem er in Tone eines betrübten Lafalen einige belanglose Bemerkungen über die Veröffentlichung des Interviews hervorhob. Kasualistisch bleiben er und seine Partei kaisertreu bis auf die Knochen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat einmal das Auftreten dieses unbedeutenden

Männchens im Preussischen Abgeordnetenhaus mit den Worten gefeiert, wenn er spreche, so höre man „die Flügel des preussischen Adlers rauschen“. Daß Gott erbarm! Wenn's nicht weiter langt mit seinem Flügelgetöse, dann wird es klar, weshalb an der Decke im Reichstagssaal dieser Vogel dargestellt ist wie eine gerupfte Krähe.

Nachdem der Freikonservative Fürst Hafffeld, wohl im Bewußtsein seiner rednerischen Unzulänglichkeit, sich auf eine kurze Wiederholung der Frage beschränkt hatte, erhob sich Fürst Bülow zur Antwort. Er sprach müde und matt, ohne in vorzüglicher Erwägung seiner Lage durch irgend eine der gewohnten Brüstierungen die Entrüstung der Sozialdemokratie herauszufordern. Die Jörnbesrufe, die ihm sonst für seine tendenziösen Verteidigungsmomente des persönlichen Regiments zuteil geworden wären, entwarfnete er im voraus klüglich durch eine bei erster Gelegenheit fast scheinlich vorgebrachte Bitte um Schonung angesichts des tiefen Ernstes der Situation. Einem kranken Mann mühte die Entrüstung erspart bleiben, für die er in gesunden Tagen reichlich die Schuld angeammelt hatte.

Und was will dieser „Staatsmann“ von Kaisers Gnaden tun, um schlimmeren Dingen vorzubeugen? Er hofft, daß Kaiser Wilhelm II. aus den Erörterungen in Deutschland die Lehre ziehen werde, daß er sich künftig werde Zurückhaltung auferlegen müssen. Er hofft noch in den Tagen der Hirschjagden von Eckartsau und der Kabarettvergnügen von Fürstenberg!

Die bürgerlichen Parteien waren zwar nicht sehr erbaut davon, bis auf die unentwegt höflich ergebenden Konservativen, aber sie gaben sich doch zufrieden. Auch Herr v. Hertling, der für das Zentrum sprach, will beileibe nichts geändert haben an unseren Verfassungsrichtungen. Und Herr Liebermann v. Sonnenberg tobte zwar etwas über verlesene deutsche Gefühle, ändern will auch er nichts.

So stürzten sich diese Vertreter des Bürgerturns, unwürdig der Freiheitsrechte, die ihren Händen sich bieten, einer nach dem andern Hals über Kopf in die Knechtschaft zurück.

Die neueste Blamage.

Die „Lumperei“ der Kasablanca-Affäre, wie ein französisches Blatt es ausdrückt, oder die Frage der „nationalen Ehre“, wie es vor ein paar Tagen in unseren offiziellen Blättern hieß, ist nun endlich gelöst. Fürst Bülow ist des Reichstages sicher und der Zwischenfall, der 48 Stunden lang Europa in die größte Aufregung versetzt hat, ist beendet. Die erlösende Formel, die heute von dem stellvertretenden Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter und dem französischen Vorkämpfer Cambon unterzeichnet wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche und die französische Regierung bedauern die Ereignisse, die sich in Casablanca am 25. September dieses Jahres zugetragen und untergeordnete Organe zur Anwendung von Gewalt und zu ärgerlichen Täuschungen geführt haben. Sie beschließen, die Gesamtheit der hierbei entstandenen Fragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten. In beiderseitigen Einvernehmen verpflichtet sich jede der beiden Regierungen, ihr Bedauern über die Handlungen dieser Organe in Gemäßheit des Spruches auszusprechen, den die Schiedsrichter über den Tatbestand und die Rechtsfrage abgeben werden.

Das also konnte die deutsche auswärtige Politik doch noch leisten und Deutsche und Franzosen brauchen keinen Krieg zu führen!

In dieser ganzen Affäre ist der Ausgang selbst das einzig Gute. Im übrigen liefert die ganze Angelegenheit nur einen Beweis mehr für die vollständige Unfähigkeit und Leichtfertigkeit der deutschen Diplomatie. Es konnte keinen Moment zweifelhaft sein, daß es sich um eine Bagatelle untergeordneter Art handelte. Trotzdem wurde von der offiziellen Presse der Zwischenfall gleich zu Beginn zu einer alarmierenden Sensationsnachricht aufgebauert. Dann wurde der ganze diplomatische Apparat aufgebogen, bis endlich der Staatssekretär v. Schoen auf den Einfall kam, den Schiedsgerichtsvorschlag zu machen. Der Vorschlag war vernünftig, also wurde er vom Fürsten Bülow selbst zurückgezogen und das Verlangen gestellt, Frankreich müsse vorher Satisfaktion geben. Da Frankreich für den Kommet des Korpsstudententums kein Verständnis hatte, wurde die Situation zur selben Zeit, als die Enthüllungen des „Daily Telegraph“ bekannt wurden, „sehr ernst“. Jedoch dieser Ernst wurde außerhalb der offiziellen Presse nicht recht geglaubt und in ganz Europa wurden Proteste gegen diese unwillige Beunruhigung des europäischen Friedens laut. Die deutsche Regierung mühte sich zurückzuziehen und heute ist sie glücklich dort angelangt, von wo Freiherr v. Schoen bereits vor Wochen ausgegangen ist.

Nur daß dieser Standpunkt nie hätte verlassen werden dürfen. Denn jetzt erscheint die deutsche auswärtige Politik wieder als völlig unsterk, unbedacht und unzuverlässig. Selbst bürgerliche Organe müssen dies zugestehen. So schreibt das „Verl. Tagebl.“:

Der Streit um die drei Defecture ist typisch für die Verworrenheit, Unklarheit und Sprunghaftigkeit unserer auswärtigen Politik. Sechs Wochen und länger ist es her, daß der offiziöse Draft in alarmierender Form von dem Zwischenfall in Casablanca Kunde gab. Damals war es Zeit, die Sache genau zu prüfen. Aber Fürst Bülow war in Rodernech und Herr v. Schoen in Werchtesgaden, und sie ließen sich ihren Urlaub auch nicht

kürzen, als zu der marokkanischen Schwierigkeit noch die Orientkrise kam. . . . So kommen wir endlich nach einer Komödie der Irrungen dort an, wo eine zielbewußte und friedfertige Politik eingesetzt hätte. Aber wir haben wieder einmal das Odium der internationalen Ruhestörer auf uns geladen, ohne Zweck, ohne eigenen Nutzen, einfach aus der Planlosigkeit unserer auswärtigen Politik heraus.

Neulich urteilt die „Tägliche Rundschau“, freilich aus anderen Motiven als wir. Aber trotz der Motive bleibt die Kritik zutreffend. Das alldeutsche Organ meint:

Unsere auswärtige Politik hat sich offenbar auch noch auf die letzte und einzige Art, die ihr noch offen stand, eine Niederlage geholt, indem sie auf den Tisch schlug, wo sie besser ruhig und kalten Blutes geblieben wäre. Das ist, was man ihr nach allem Erlebten am wenigsten zugestehen hätte. . . .

Diese neue Blamage ist nach allem Vorhergegangenen doppelt und dreifach fatal. Freilich sind wir nun gegen ungeheuerlicheiten in der Führung unserer früheren Politik nachgerade so abgebracht, daß wir diesen Vorkall nicht so scharf empfinden, wie es sonst wohl der Fall wäre. Man sieht den Laten unseres Auswärtigen Amtes mit einer Art dumpfen Fatalismus gegenüber. Man macht den Puffel krumm und nimmt die neue Last zur alten. Mehr als zusehender werden kann man ja nicht. . . . Die Sache wirklich so, wie man's jetzt hört, so ist an und für sich gewiß nicht der geringste Grund, die glatte Unterbreitung der ganzen Sache an ein Schiedsgericht zu verweigern. Warum um Himmelswillen aber raffen wir denn erst mit dem Säbel? Warum tun wir das, nach so vielen verpöhten Gelegenheiten, ausgerechnet bei dem ungeeignetsten von allen Anlässen? Weil unser auswärtiger Dienst wieder einmal vollständig versagt hat, weil unser Auswärtiges Amt wieder einmal völlig falsch unterrichtet war. Wende man die Sache, wie man wolle. So oder so, wir haben wieder einmal Grund, uns zu schämen. Wenn morgen der Reichstag mit der Regierung sich über die Unmöglichkeit unserer früheren Politik unterhält, vergesse man auch dieses Neue nicht. Man schaffe uns endlich die tägliche Bedrängnis und Gefahr vom Hals, die unsere auswärtige Politik für uns bedeutet. Wahrhaftig, die französische Politik ist uns weniger feindlich und gefährlich, als unsere eigene. Ein Ende, ein Ende!

Die Hoffnung der „Tägl. Rundschau“ auf den Reichstag ist keineswegs in Erfüllung gegangen. Nur der sozialdemokratische Redner hat auf die Kette der Blamagen hingewiesen, die die deutsche Marokkopolitik ausmacht. Die bürgerlichen Parteien waren um ihren Bülow viel zu sehr besorgt, um das neueste Glaso unserer auswärtigen Politik zur Sprache zu bringen. Und so hat sich nur wieder einmal gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien in dem lähmenden Gefühl, die Mitschuldigen des absolutistischen Systems zu sein, vollständig unfähig sind, die so notwendige Kontrolle über die Regierung auszuüben. Diese Aufgabe erfüllt heute allein nur mehr die Vertretung des Proletariats.

„Pension“ Leubus.

Den Emanuel Lubek aus Deuthen haben die Sachverständigen gestern, am dritten Verhandlungstage im Schmidt-Prozess, für geisteskrank erklärt. Wie beschäftigen uns mit der persönlichen Note des Arminialfalles ebenso wenig wie an den ersten Tagen; denn uns interessiert nach wie vor nur die allgemeine, die technischen und die irtren-rechtliche Seite der Frage. Und da müssen wir vorerst noch einmal darauf zurückkommen, daß die „Laienwelt“ auf gewisse autoritative Erklärungen hin, die dieser Prozess an die Oberfläche gespült hat, in Zukunft nicht mehr wird gescholten werden dürfen, wenn sie die Privat-Interessanten für unzulänglich, für bedenklich und gefährlich erklärt und ihre Abschaffung fordert; denn am dritten Tage fand sich wiederum — wie schon am zweiten — ein Zeuge, der unter seinem Eide aus sagte, daß kein Geringerer als der Herr Medizinalrat La Roche aus Deuthen Worte gedruckt hat, wie: „Die anderen (privaten) Anstalten nehmen nur hohe Beträge und nutzen die Kranken aus. Eine öffentliche Anstalt hat kein Interesse an Gesunden! In Leubus (im Gegensatz zu Privatankalten) wird man gleich gelassen, sowie man gesund ist: da wird man nicht unnütz gehalten, da wird man nicht ausgelesen. . .“ Herr Medizinalrat La Roche war an beiden Tagen zugegen, als diese Äußerungen als von ihm stammend reproduziert wurden. Er hat nicht widersprochen; es wird gestattet sein, die sich daraus ergebenden Schlüsse zu ziehen.

Auch die Frage, wie es mit der Behandlung der Briefe interner Geisteskranker bestellt ist, kam noch einmal zur Sprache, und da wurde ein neues, recht interessantes Moment zur Debatte gestellt: Die hochwohlthätige Staatsanwaltschaft hat sich, so befundete Dr. Allet jr., vorbereitet, daß man ihr die Briefe der Irren zusehe, ja — sie ist groß geworden, so daß die Herren Aerzte es vorgehen, nimmere Penfur zu üben und der zweiten Staatsanwaltschaft einen Teil der ihr von Rechts wegen zukommenden, ihr jedoch nicht gerechneten Arbeit zu ersparen. . . .

Von ganz außerordentlichem Interesse sind die Ausführungen des jüngeren Dr. Allet über die berühmten Dauerbäder: Die Badebehandlung der Geisteskranken ist etwa 10 Jahre alt. Bisher hatte man das Jollensystem, das von den Irren mit Recht als eine unsägliche Qual empfunden wurde. Die Einführung der Betteruhe und des Bades an Stelle der Jelle hat die Irrenhäuser aus Gefängnissen zu Heilanstalten gemacht. Die Erziehung des alten Systems durch das neue ist der Tatsache zuzuschreiben, daß die Aerzte sich haben von den — Kranken belehren lassen. Der geschickte Verteidiger machte hier die berechtigte Bemerkung: wer denn dafür garantiert,

doch nach weichen zehn Jahren das Dauerbad nicht ebenso ad acta gelegt sei wie jetzt die Trennung.

Eine wichtige Frage wurde neu in die Debatte geworfen: die Kranke n e g e s i c h t e. Diese wird in den Anstalten von dem behandelnden Arzte geführt. In Tausenden und Abertausenden von Prozessen sind Krankengeschichten zu ungünstigen Erträgen, zu ungünstigen Entmündigungen verwendet worden. Um so größerer Erstaunen muß es erregen, daß Dr. Alter gestern die Krankengeschichte für unmaßgeblich erklärte! Die Feststellungen sind hauptsächlich zur Unterstützung des Gedächtnisses des behandelnden Arztes geführt, so daß ein anderer, auch ein Arzt, unter Umständen mit ihr nicht anfangen kann!

Bemerkungen, die der Oberpfleger pflichtgemäß in die Krankengeschichte einträgt, werden von dem Arzt desavouiert, zumal — wie es scheint — wenn sie dem Kranken günstig sind. Uebrigens erkannte Dr. Alter wenigstens insoweit Mißstände in der heutigen, sonst von ihm so warm verteidigten Krankenpflege an, als er erklärte: wenn im Interesse der Geisteskranken gewisse Funktionen sorgfältiger verrichtet werden sollten, dann müßten mehr Kräfte, mehr Hilfskräfte angestellt werden, bei welcher Neuerung wir das seltsame Vergnügen hätten, uns mit einem der Leubuser Herren einmal in Uebereinstimmung zu befinden, um so mehr, als Dr. Alter jun. darauf hinwies, daß auch sonst mit dem Gelde zum Nachteil der Kranken geknausert wird.

Eine sehr bezeichnende Bemerkung des Vorsitzenden, der gestern übrigens seine Ruhe wiedergefunden hatte, haben wir noch zu registrieren: Er motivierte die Ratfahre, daß er den Oberpfleger, dessen Ladung die Verteidigung angeregt hatte, nicht geladen habe, damit, daß er (der Herr Landgerichtsrat) annahm, daß der Oberpfleger ja doch nicht anders auszusagen werde als die Ärzte von Leubus!

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Lehren dieses Prozesses, der am Mittwoch sein Ende finden soll, sich in mehr denn einer Richtung als heilsam erweisen werden. Hat sich doch gestern herausgestellt, daß sogar — die Polizeibehörde Velebrungen nicht unzugänglich ist, wenn sie ihr in empfindlicher Weise beigebracht werden. So die Beuhörer Polizei, die, als Lubedi zu zweiten Male ins Irrenhaus verbracht werden sollte, plötzlich von Kantaken für den Geisteskranken wukte, die sie ein paar Monate zuvor noch nicht gekannt hatte. —

Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. November 1908.

Der Kaiser ist nicht geflogen!

Verschiedene Blätter wissen zu melden, daß Wilhelm II. mit dem Grafen Zeppelin einen Ausflug in das Reich der Lüfte unternommen habe. In stimmungsvollen Telegrammen wird geschildert, wie der Kaiser in Manzell am Bodensee vom Grafen Zeppelin und dessen Tochter Komtesse Della empfangen sei, denen der Kaiser, der Jagdanzug trag, herzlich die Hand drückte. Vom Grafen Zeppelin geführt, schritt der Kaiser, lebhaft plaudernd, offenbar in heiterster Laune, durch die am Bahnhof errichtete Ehrenpforte den Abgang zum Seeufer hinab und wurde in einem Motorboot nach der Halle gefahren, wo er das neue Lustschiff in Augenschein nahm. Später, nach 2 1/2 Uhr, sei dann der Kaiser, so wird weiter gemeldet, mit dem „Zeppelin I“ in die Luft geflogen.

Diese Nachricht ist unrichtig. S. M. ist, wie das Wolffsche Telegramm-Bureau meldet, vorläufig noch nicht geflogen. Der Kaiser hat sich vielmehr große Zurückhaltung auferlegt. Es folgte nur dem „Zeppelin I“ in einem Dampfer. Offiziell wird darüber per Draht gemeldet:

Friedrichshafen, 10. November. Die Nachricht, daß der Kaiser mit dem Zeppelinschen Lustschiff aufgestiegen sei, beruht auf einer Verwechslung seiner Person mit dem Fürsten zu Fürstberg, der gleichfalls Jagdanzug trug. Die Verwechslung ist entstanden einmal durch die große Entfernung, in der die Vertreter der Presse in Manzell gezwungen waren, dem Ausflug beizuwohnen, ferner dadurch, daß auch im Bureau des Grafen Zeppelin zu Friedrichshafen lange Zeit hindurch die Ueberzeugung bestand, daß der Kaiser sich in der ersten Gondel befände. Der Irrtum hat sich erst nach der Landung des Lustschiffes aufgelöst.

Nach der Landung des Lustschiffes verließ der wiederum in heiterster Laune erstrahlende Kaiser dem Grafen Zeppelin den Schwarzen Adlerorden, lächelte Seine Eggelern, den Grafen Zeppelin dreimal, brachte ein Hoch auf ihn aus und hielt eine Rede — aber nur eine kurze.

Ob der Kaiser nicht später doch noch fliegen wird, steht noch nicht ganz fest. —

Köllers Nachlaß.

Köller ist aus dem Elend geflohen. Sein Nachlaß wird zurzeit geordnet. In der Verfassungfrage hat er einen echten „Köller“-hinterlassen. Er soll, wie der Straßburger Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ behauptet, einen Reformvorschlag ausgearbeitet haben, der die Ausschaltung des Reichstages als gesetzgebenden Körpers für Elend-Verordnungen beschränkt. Weiter soll der Landesauschuh den Titel „Landtag“ erhalten und ihm das Interpellationsrecht gewährt werden. In der Wahlrechtsfrage will Köller sogar das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gewähren, aber nur für die 20 Landkreise, in denen jetzt die Abgeordneten durch die aus den Gemeinderäten herorgehenden Wahlmänner gewählt werden. Die Abgeordneten der vier großen Städte Cosmar, Weg, Mühlhausen und Strahburg sollen dagegen nach wie vor durch die Gemeinderäte selbst bestimmt werden, und auch die 84 aus den Bezirksräten hervorgehenden Abgeordneten sollen beibehalten werden.

Eine echt köllerische „Reform“. Die für das allgemeine Wahlrecht in Betracht kommenden 20 Landkreise würden kaum jemals einen fortschrittlichen bürgerlichen Kandidaten, geschweige einen Sozialdemokraten wählen. In ihnen herrscht meist der Merkantilismus, so daß durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts hier so gut wie gar nichts gebessert würde. Gegenüber diesem zweifelhaften Fortschritt bringt aber die köllerische Reform einen entscheidenden Rückschritt durch die Ausschaltung des Reichstages. Heute kann der Reichstag jederzeit in die inner-elend-lösungsfähigen Verhältnisse hineinreden. Das wäre nach der Durchführung der köllerischen „Reform“ nicht mehr möglich. Die Herren Reaktionen im Landesauschuh müßten tun und lassen, was sie wollen.

Veränderungen im Diplomatencorps.

Der Tod des Freiherrn Sped von Sternburg und die Verabschiedung des bisherigen Vizekonsuls in Madrid, des Geheimrates von Radowski, hat eine ganze Reihe kunter Verschiebungen im diplomatischen Dienst nach sich gezogen. Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, ist zum Nachfolger des Herrn v. Radowski auf dem Vizekonsulatsposten in Madrid der bisherige Gesandte in Lissabon, Winkl. Geh. Rat Graf v. Tattenbach, ernannt, der in Lissabon durch den derzeitigen Gesandten in Belgrad,

Winkl. Geh. Rat Prinzen Max von Ratibor und Corbach, ersetzt wird. Den Gesandtenposten in Belgrad hat der bisherige Gesandte in Rio de Janeiro, von Reichman, denjenigen in Rio de Janeiro der bisherige Gesandte in Athen, Winkl. Geh. Rat Graf von Arco-Valley, erhalten, während nach Athen der zuletzt vertretungsweise in Tanger tätig gewesene derzeitige Gesandte in Mexiko, Freiherr von Wangenheim, berufen und der Posten in Mexiko dem derzeitigen Generalkonsul in New York, Geheimen Legationsrat Wang, verliehen worden ist. Auf den durch den Tod des Freiherrn Sped von Sternburg frei gewordenen Vizekonsulatsposten in Washington geht der bisherige diplomatische Agent und Generalkonsul in Kairo, Gesandter Graf von Bernstorff, als dessen Nachfolger der derzeitige Vizekonsul in Washington, Graf von Haffeldt-Wildenburg, in Aussicht genommen ist.

Daß die Qualität des deutschen diplomatischen Corps durch diese Veränderungen wesentlich verbessert worden ist, das ist kaum anzunehmen; dann unter Wilhelms Regime sind für die Beförderung weniger die Fähigkeiten, als die guten Konnexionen maßgebend.

Belastung des Zigarrenrauchers durch die geplante Tabaksteuer.

Nach der dem Reichstage zugegangenen Sadowschen Tabaksteuer-Vorlage soll die Höhe der Tabakverbrauchsteuer betragen:

für Zigarren im Kleinverkaufspreise	4 M. für 1000 Stück
1. bis zu 4 Pf. das Stück	8
2. von über 4 — 7 Pf. das Stück	1000
3. „ „ 7 — 13 „ „ „	1000
4. „ „ 13 — 25 „ „ „	1000
5. „ „ 25 — 50 „ „ „	1000
6. „ „ 50 Pf. das Stück	90

Nach der Vorlage beträgt der Absatz an Zigarren (Seite 84) von über 15 Pf. das Stück 1/4 Proz. vom Gesamtabsatz; für den Ertrag der Steuer ist es also ganz bedeutungslos, wie hoch man die Zigarren über 15 Pf. beläßt. Die hohen Steuerfüße wirken hier nur als Deflation, um die neue Steuer mit dem Mantel „sozialer Gerechtigkeit“ zu bekleiden. Der Massenkonsum muß dem Reiche die gewünschte Mehreinnahme von 77 Millionen bringen — und dieser beträgt nach der Vorlage für alle Zigarren bis zum Kleinverkaufspreise von 7 Pf. das Stück 93/4 Proz. des Gesamtumsatzes. Die prozentuale Belastung durch die Steuer soll nach der Vorlage (Seite 97) bei diesen Sorten 10 bis 14 Proz. betragen. Auf dem Papier stimmt die Rechnung — in Wirklichkeit wird dieselbe eine ganz andere sein. Nehmen wir zunächst einmal die Bierpfennig-Zigarre. Der Händler, der seinen Kunden ein einigermaßen rauchbares Fabrikat bieten will, zahlt dafür 30 M. pro Tausend; für die Pfennig-Zigarren werden jetzt im Durchschnitt 35 M. bis 38 M. bezahlt. Rechnet man nun lediglich die reine Steuer, ohne Spesen und Verzinsung des angewandten größeren Kapitals für den Fabrikanten, so kostet die bisherige 30 M.-Zigarre plus 4 M. Steuer, 34 M. Der Händler kann sie nicht mehr für 4 Pf. verkaufen, sondern muß 5 Pf. im Detail dafür haben.

Für die 5 Pf.-Zigarre beträgt jedoch die Steuer 8 M., die 30 M.-Zigarre wird also um 8 M. verteuert und ist deshalb schon nicht mehr als 5 Pf.-Zigarre zu detaillieren. Die bisherige 4 Pf.-Zigarre ist also als 5 Pf.-Zigarre nur dadurch zu erhalten, daß das Fabrikat verschlechtert wird.

Die Verschlechterung für die ärmsten der Konsumenten beträgt also nicht, wie die Regierung sich herausrechnet, 10 Proz., sondern 25 Proz.

Wegen Verwendung geringwertiger Tabake zur Herstellung der künftigen 5 Pf.-Zigarre werden diese vielen Rauchern nicht mehr munden; können sie nicht mindestens 6 Pf. für ihre Zigarren anlegen, werden sie entweder zur Pfeife greifen oder Zigaretten rauchen. 66 2/3 Proz. des jetzigen Konsums sind nach der Vorlage 4 und 5 Pf.-Zigarren. Der in der Vorlage wiederholt ausgesprochene Glaube, es werde kein Konsumrückgang eintreten, es brauchten deshalb auch keine Arbeiter entlassen zu werden, klingt dem in der Industrie tätigen Fachmann geradezu lässlich. Genau so wie in anderen Ländern werden auch in Deutschland bei einer höheren Belastung der Zigarren viele Raucher der geringeren Qualitäten im wohlverstandenen Selbstinteresse zum Rauchen von Tabak und Zigaretten übergehen.

Die 6 und 7 Pf.-Zigarren werden in Zukunft zu 7 und 8 Pf. nur zu detaillieren sein, wenn eine Qualitätsverschlechterung vorgenommen wird, selbst bei diesen Sorten wird deshalb mit einer Absatzverminderung gerechnet werden müssen.

Die Rechnung der Regierung auf 77 Millionen Mark Mehreinnahme stimmt also nicht. Ja, wir befürchten, wenn das Minus an direkten Staats- und Gemeindesteuern mit in Rechnung gestellt wird, welche bisher die durch die Steuer um ihre Existenz gebrachten Kleinfabrikanten, Händler und Arbeiter gezahlt haben, wenn wir dazu die Mindererinnahme an Zoll für ausländischen Tabak rechnen, wird die Regierung bald die Steuerkrone auf neue andern müssen, und so dürfte sich die Vandalensteuer für die Industrie als eine Qual ohne Ende erweisen, bis der Weg geebnet ist — zum Staatsmonopol.

Opfer des preussischen Wahlrechtskampfes.

Leipzig, 10. November.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Reichsarbeiters Pasche und von 18 Genossen, die am 18. April vom Landgericht I Berlin wegen „Aufbruchs, Widerstands“ usw. bei den Wahlrechtsdemonstrationen am 9. und 12. Januar verurteilt worden waren.

Die Verwerfung der Revision kommt wenige Tage nach dem großen Wahlrechtsfest der sächsischen Genossen, an dem viele Tausende in friedlicher Demonstration die Straßen der Städte Sachsens durchzogen.

Der Sonntag als Wahltag.

Der bairischen Regierung war in der Zentrumspreß der Vorwurf gemacht worden, sie begünstige die Liberalen, indem sie die Landtagswahl in Gernersheim an einem Wochentage anberaume habe, denn wochentags sei mancher Arbeiter an der Ausübung seines Wahlrechts behindert. Anerkennenswerterweise hat sich die bairische Regierung diesen Vorwurf zu Herzen genommen und angeordnet, daß unter Aufhebung des schon auf den 20. November festgelegten Wahltermins ein neuer Wahltermin auf einen der folgenden Sonntage anzuberaumen sei. Begründet wird diese Maßnahme des Ministeriums damit, daß eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern vorhanden ist, die im Wahlkreise wohnen und außerhalb desselben in Arbeit stehen. Diesen sei die Ausübung des Wahlrechts an einem Wochentage wesentlich erschwert.

Unter dem „liberalen“ Vereinsgesetz.

Dortmund, den 9. November.

In Weisfalen sind wir jetzt soweit, daß Vergarbeiter-Versammlungen, in denen lediglich berufliche Interessen erörtert werden, für öffentliche politische Versammlungen erklärt werden. In Warop bei Dortmund hat eine solche Versammlung stattgefunden, und der Leiter derselben, Genoss Dick, erhielt ein Strafmandat in Höhe von zehn Mark, weil er die Versammlung nicht angemeldet hatte. Zwar sind solche Versammlungen durch Gesetz von der Anmeldepflicht be-

freit, aber das Dortmunder Schöffengericht hat trotzdem das Strafmandat bestätigt. Wahrscheinlich für die Beurteilung war das Zeugnis eines Polizeibeamten, der recht sonderbare Gründe anführte, um die Versammlung als öffentliche politische, also als anmeldepflichtig erscheinen zu lassen. In dem Versammlungsort hätten, so begründete er seine Meinung, früher mal Kaiserbilder gehangen, aber diese Bilder seien entfernt und durch die Bilder von Marx und Lassalle ersetzt worden. Ferner hätte ein Redner auf die Bedeutung der Wahlen hingewiesen und gesagt, die Vergarbeiter müßten sich an den Wahlen beteiligen, um sich in den gesetzgebenden Körperschaften eine Vertretung ihrer Interessen zu sichern.

Das genügt dem Gericht zur Beurteilung. Wenn solche Urteile möglich sind, was bleibt dann noch übrig von den angeblichen großen Errungenschaften des neuen Vereinsgesetzes?

Wie es sich hätte abspielen können.

Die Wiener „Allgem. Ztg.“ erzählt über die Demissionsgeschichte Willows folgende Einzelheiten:

„Eure Majestät haben seinerzeit gerufen, mir die Erlaubnis zu machen, daß keinerlei Neuerungen Ihrer Majestät ohne meine vorherige Verständigung veröffentlicht werden sollen. Ich ersehe aus der mir vorliegenden Nummer des „Daily Telegraph“, daß Eure Majestät vom früheren Standpunkt abgekommen sind. Ich erlaube mir daher, um meine Entlassung zu bitten.“ Darauf schrieb der Kaiser: „Was fällt Ihnen ein, lieber Verahard, der Akt ist ja von Ihnen unterzeichnet.“ Darauf wieder schrieb Willow an den Kaiser: „Nachdem lediglich durch mein Verschulden eine für Eure Majestät so peinliche Situation entstanden ist, erneuere ich mein Demissionsgesuch und bitte um sofortige Entlassung.“ „Ist's nicht wahr, so ist es gut erfunden.“

Arbeitslosigkeit.

Im untererlassenen Bezirksrat, der am Montag zu seiner diesjährigen Session zusammentrat, beantragte die sozialdemokratische Fraktion die ungestimmte Inangriffnahme aller vom Bezirk für die nächste Zeit in Aussicht genommenen Arbeiten. Außerdem soll dem Bezirkspräsidenten ein außerordentlicher Kredit zur Verwirklichung von Notstandsarbeiten bewilligt werden. Weiter verlangt der Antrag, der untererlassene Bezirksrat möge sich an die reichslandische Regierung mit dem Ersuchen wenden, in ähnlicher Weise vorzugehen, und alles zu tun, was geeignet erscheint, die Wirkungen der Wirtschaftskrise abzumildern.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Hat die badische Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus in Karlsruhe angeordnet, daß die für 1909 projektierten Staatsbauten schon jetzt vergeben werden. Dadurch können Arbeitslose mit Erdarbeiten, Jurichtung von Steinen und Eisenarbeiten beschäftigt werden. Am 1. Dezember wird mit der Anlieferung des Straßen-Schotter für 1909 begonnen. Nur einheimische Arbeiter sollen beschäftigt werden.

Proteste gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer.

Die Vertreter von dreißig Städten und Gemeinden des Großherzogtums Hessen, die im Besitz von Elektrizitäts- und Gaswerken sind, beschloßen auf einer Versammlung in Darmstadt einstimmig, in einer durch den Bürgermeister Dr. Sutor-Altes begründeten Eingabe gegen die Elektrizitäts- und Gassteuer bei der hessischen Regierung, dem Bundesrat und dem Reichstage zu protestieren.

Die Sonneberger Handelskammer hat sich ebenfalls entschieden gegen diese Steuer ausgesprochen.

Ferner nahm gestern eine zahlreiche besuchte Versammlung der selbständigen Klempner und Installateure in Berlin eine Protestresolution an, in der es heißt:

„Zirkel 800 selbständige Installateure, Klempner und verwandte Berufscollegen Berlins und Umgebend, welche heute im Reichsausschuss des neuen Lehrervereinshauses versammelt sind, erheben Protest gegen das von der Regierung vorgeschlagene Gas- und Elektrizitätssteuergesetz. Elektrizität, wie auch Gas dienen gerade den kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker nicht nur als Licht, sondern auch als Kraft- und Produktionsmittel. Die Verteuerung von Gas und Elektrizität würde deshalb unsere Konkurrenzsfähigkeit gegenüber den kapitalstärkeren Großbetrieber weiter schwächen.“

Ein Beitrag zur Ehrenmännerliste des Reichslügenverbandes.

Vor der 5. Strafkammer des Dresdener Landgerichts hatte sich der 1875 geborene, konfessionlos Parteiführer Johannes Wilh. Riedel wegen Unterschlagung zu verantworten. R. war früher Oberleutnant beim Infanterieregiment 104 in Chemnitz. Seit dem 9. Dezember 1907 war er Sekretär des konfessionellen Landesvereins für das Königreich Sachsen. Schon damals war er stark überschuldet. Aber auch sein künftiges Einkommen reichte zur Dedung seiner Lebensbedürfnisse nicht aus. Er bekam jährlich etwa 1500 M. Militärpension, dazu 1200 M. Gehalt vom konservativen Verein — mithin also jährlich 3000 M. Einkommen. Er hatte ein „Verhältnis“, ging in seine Weinkeise, fuhr Automobil usw. Da reichten natürlich die 3000 M. nicht aus. Riedel unterschlug nach und nach gegen 3500 M., obendrein machte er noch Schulden.

Der Staatsanwalt beantragte eine empfindliche Strafe, da ihn seine beim Militär erhaltene Vorkasse nicht gebessert habe und weil er nicht aus Not, sondern aus Leichtsinns und Lust am Genuße gehandelt habe. Der Angeklagte bittet mit weinender Stimme um eine milde Strafe und verspricht, in Zukunft ein ordentlicher Mensch zu werden. Das Urteil lautet auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Oesterreich.

Froschmäuskrieg.

Wien, 10. November. An der hiesigen Universität kam es heute vormittag wieder zu heftigen Zusammenstößen zwischen jüdisch-nationalen und deutsch-nationalen Studenten. Jene hatten die Kampe besetzt und wurden von diesen heruntergedrückt, wobei die Gegner mit Steinen aufeinander losschlugen. Die Polizei sperrte schließlich die Zugänge zur Universität ab. Zahlreiche Studenten sind verletzt.

Für das gleiche Recht.

Budapest, 9. November. Die Sozialdemokraten veranstalteten heute trotz polizeilichen Verbotes des Wahlrechtsvorlage. Die Polizei zerstreute die Demonstranten mit blanker Waffe, wobei mehrere Personen verletzt und vierundzwanzig verhaftet wurden.

Schweiz.

Der sechste Abgeordnete gewählt.

Zürich, 9. November. (Fig. Ver.) Im Wahlkreis Oberaargau (Nanton Bern) mit dem Hauptort Langenthal ist gestern unser Genosse Dr. med. Rikli mit 5298 gegen 4578 Stimmen, die auf den Freisinnigen Roth fielen, in den Nationalrat gewählt worden. Im ersten Wahlgang hatte unser Genosse 4026, Roth 3398 Stimmen erhalten, so daß beide einen Stimmengewinn von rund 1200 bzw. 1500 erhalten haben. Die Konservativen, deren

Kandidat im ersten Wahlgange 2125 Stimmen erhalten und denen der kritische Sieg in der letzten Amtsperiode des Nationalrates gehörte, hatten die Stimme freigegeben. Offenbar ist davon ein erheblicher Teil unserem Genossen zugefallen, während der in weiten Kreisen seiner Partei unbeliebte Roth, wohl trotz dieses Umstandes einen weiteren Zuwachs aus den eigenen Reihen erhielt.

In Genf ist unser Genosse Schäfer mit 3857 (4255 im ersten Wahlgange) gegen 6250 Stimmen seines konservativen Gegenkandidaten unterlegen, ebenso im Kanton Argau unser Genosse Suter mit 3380 (gegen 2328 im ersten Wahlgang), indem sein Gegner mit 5674 Stimmen gewählt wurde.

Es steht nun nur noch die Wahl in Zürich aus, die am nächsten Sonntag stattfindet und bei der die Wahl Greulichs, sogar wahrscheinlich ohne Gegenkandidaten, sicher ist.

Im neuen Nationalrat wird somit die Sozialdemokratie durch 7 Abgeordnete auf 167 Mitglieder und gegen nur 2 Vertreter in der letzten Amtsperiode des Parlamentes vertreten sein. Die sieben sozialdemokratischen Abgeordneten sind: Advokat Dr. Studer in Winterthur, Regierungsrat Scherrer in St. Gallen (gewählt in Nordrach), Advokat Dr. Frühlings-Bern (Wase), Pfarrer Eugster-Dundwil (Appenzel), Advokat Ferri-Lugano (Zessin), Dr. med. Rissi-Langenthal (Langenthal) und Arbeitersekretär Greulich-Zürich (Zürich). —

England.

Eine Rede des Ministerpräsidenten.

London, 9. November. Beim Lordmayor-Bankett hielt Premierminister Asquith folgende Rede: England hat seit dem vergangenen Jahre bange Tage durchgemacht. Der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges ist eine Depression gefolgt, die durch besondere Umstände verschlimmert wurde und von der Panik in den Vereinigten Staaten ihren Ausgang nahm. Doch bin ich zuversichtlich genug, vorausgesetzt, daß der Frieden der Welt erhalten bleibt, Anzeichen wahrzunehmen, daß der Rückgang nicht von langer Dauer ist. Die Aufmerksamkeit Europas war einige Wochen lang durch die Ereignisse im nahen Osten in Anspruch genommen. Wir waren Zeugen einer Revolution in der Türkei, die zu einer der wunderbarsten in den Annalen der Geschichte gehört. Ich freue mich, den türkischen Völkern hier als Gast zu sehen, und bin gewiß, den Gefühlen der ganzen Nation Ausdruck zu geben, wenn ich ihnen versichere, daß wir uns fühlen mit dem türkischen Volke in der Frage der Freiheit und der Gewährung einer konstitutionellen Regierung. Wir beanspruchen als älteste konstitutionelle Regierung der Welt das Privilegium, die Geburt freier Institutionen in der Türkei willkommen zu heißen. Was Bulgarien, Bosnien und die Herzegowina betrifft, so hat die Regierung ungewisheit und Klar an dem auf der Konferenz von 1878 abgeschlossenen Übereinkommen der Mächte festgehalten. Internationale Verträge können nicht von einer, ohne Zustimmung der anderen Vertragspartei abgeändert werden. Wir halten daran fest, daß dieser Grundpfeiler auf die Verringerung des Berliner Vertrages anzuwenden ist. Um diesen Vertragsänderungen Rechtskraft zu verleihen, müssen sie die Zustimmung der Mächte einschließlich der Türkei erlangen. Von diesem überaus wichtigen Grundpfeiler ausgehend, wünschen wir alles zu tun, was wir können, um ein allgemeines Übereinkommen zu fördern. Die britische Regierung hat keine vorgefaßte Meinung gegen oder keine Vorliebe für irgendeine besondere Methode, durch die eine Regelung herbeigeführt werden könnte, und niemals gab es den Schatten einer Begründung für den Gedanken, daß wir und den direkten Verhandlungen zwischen der Türkei und Oesterreich-Ungarn sowie zwischen der Türkei und Bulgarien widerstehen. Aber das Übereinkommen muß von den anderen Mächten gegenseitig anerkannt werden, und da die Türkei die am meisten benachteiligte Macht ist, so müssen diejenigen, die sie benachteiligt haben, Mittel finden, eine Regelung zu treffen, die mit ihrer Ehre und ihren Interessen vereinbar ist. Die Türkei muß prüfen und dann Vorschläge machen. Wenn Oesterreich-Ungarn oder Bulgarien zu einer direkten Regelung kämen, würde der Weg für eine allgemeine Regelung glatter sein. Die Bogen gehen hoch auf dem Balkan, wir tun, was wir können, um sie zu befähigen. Es ist eine große Genugtuung für uns, daß die Verhandlungen mit dem russischen Minister Nowitsky gezeigt haben, daß Rußland und Großbritannien sich in der Frage des nahen Ostens demselben Standpunkt genähert haben. Eines der glücklichen Ergebnisse des Abkommens mit Rußland ist, daß wir insbände gemessen sind, die plötzliche Kluft frei und sympathisch zu besprechen. Seit dem Abschluß der englisch-russischen Konvention herrschen in Persien nahe der russischen Grenze Unruhen. Die Regierung erkennt an, daß Rußland unter äußerst schwierigen Verhältnissen Zurückhaltung und Mäßigung bewies. Wir wünschen nicht, daß angenommen wird, wir möchten Europa in verschiedene Gruppen teilen. Wir befinden uns in vollkommener Sympathie mit Frankreich, sind aber gleich offen mit Deutschland und Italien, den Verbündeten Oesterreich-Ungarns, gewesen. Wir haben eine gänzlich uninteressierte Haltung eingenommen, wir fordern nichts für uns selbst, wir wünschen nur, das öffentliche Recht in Europa aufrechtzuerhalten und für die Türkei solche Regelung, die die Störung des Friedens verhindert und einer guten Regierung den Weg zur Freiheit öffnet.

Bezüglich der Beziehungen Großbritanniens zu Deutschland sagte Asquith: Es ist fast genau ein Jahr her, seit Kaiser Wilhelm hier unser Gast war. Ich kann die nachdrückliche Erklärung des Kaisers nicht vergessen, daß das leitende Ziel seiner Politik die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und der guten Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland sei. In diesem Geiste wünschen wir mit den anderen Mächten zu verhandeln, mit Deutschland sicherlich nicht minder als mit den übrigen. Dieser Geist leitete und bei allen Verhandlungen der gegenseitigen Schwierigkeiten in der europäischen Politik. Wenn, wie wir glauben, andere Mächte dieselbe Absicht haben, dann werden die Wolken, die für den Augenblick den Himmel verdunkeln — sei es auf dem Balkan oder anderswo —, ohne Sturm verschwinden, dann wird der Friede gesichert, die Atmosphäre von den Dünsten des Argwohn und des Misstrauens gereinigt und die bestehenden Freundschaften werden nicht beeinträchtigt werden. Man sollte nicht von Isolierung oder von feindlichen Gruppierungen unter den Mächten sprechen, die vereinte Verwalter der Zivilisation und oberste Schützer des Friedens der Welt sind. Nichts veranlaßt uns, zu schwanken oder unsere Verpflichtungen nicht ordentlich zu erfüllen, auch nur für einen Augenblick unseren Freundschaften untreu zu sein. Das ist die unabänderliche Meinung des ganzen Landes. Wir haben weder Animositäten, die wir befriedigen, noch selbstfüchtige Interessen, die wir fördern. Wir würden nicht widerstreben, eine Hand zu ergreifen, die uns in guter Absicht und in Treue entgegengekehrt werden würde. Unsere Flotte ist jeder Verantwortlichkeit gewachsen, vor der sie sich gestellt sehen könnte. Jede auswärtige Macht weiß, daß, wenn wir unsere Überlegenheit zur See unbestreitbar aufrechtzuerhalten wünschen — wie wir es tun —, dies nicht zu etwaigen Angriffen oder Abenteuer geschieht, sondern um eine für unser Reich elementare Pflicht zu erfüllen, nämlich unseren Handel und unsere Industrie außerhalb des Bereiches der Gefahr eines erfolgreichen Angriffes von außen zu sehen. Das Land mag sich freuen, daß nichts ungeschehen bleibt, um unsere Flotte voll auf der Höhe unserer nationalen Notwendigkeit zu halten. Regierungen kommen und gehen, Majoritäten entstehen und vergehen, aber eine Überzeugung wird das britische Volk einmütig festhalten: Das ist unsere unabweisbare und unbedingte Vorherrschaft zur See.

Australien.

Ein Arbeiterministerium.

Melbourne, 10. November. Nachdem in der heutigen Sitzung des Repräsentantenhauses das Ministerium bei der Abstimmung über einen formellen Antrag mit 13 gegen 36 Stimmen in der Minorität geblieben war, wurde das Haus auf Donnerstag vertagt. Der Rücktritt des Kabinetts Dealin steht unmittelbar bevor. Allgemein wird erwartet, daß das neue Ministerium unter der Premierchaft des Führers der Arbeiterfraktion bisher gebildet wird.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Englische lokale Selbstverwaltung und ihre Erfolge ist der Titel einer neuen im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 88, erschienenen Schrift.

Diese Broschüre gibt einen Vortrag wieder, den der Londoner Grafschaftsrat Genosse William Sanders in Berlin gehalten hat.

Sanders kam es darauf an, in einem an dem Fortschreiten der sozialen Tätigkeit der Gemeinden interessierten Kreise darzutun, daß sich weitgehende Selbstverwaltung mit einer gedeihlichen Führung öffentlicher Geschäfte nicht nur vereinbaren lasse, sondern überhaupt das einzig solide Fundament erspriehlicher Gemeindegliederung darstelle. — Eine Einleitung ist vom Genossen Dr. Südekum geschrieben.

Die Hinweise auf die demokratische Grundlage der Selbstverwaltung englischer Gemeinwesen ist durchaus geeignet, die Anstrengungen vorwärts drängender Elemente in den kleinsten und kleinsten Gemeinden zu beleben und zu stärken. Gerade auf diesem Gebiete hat unsere Partei eine Kulturaufgabe zu erfüllen.

Preis der Broschüre 30 Pf. In guter Ausstattung 75 Pf.

Zum zweiten Parteisekretär für die Provinz Brandenburg wählte die Leitung der sozialdemokratischen Provinzorganisation am Sonntag den Genossen Schmidt-Belton.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Berweigerte Bestätigung.

In der altenburgischen Vorgemeinde Lößschütz haben bei den vor einigen Wochen stattgefundenen Gemeindevoten unsere Genossen die Mehrheit im Gemeinderat erlangt. Die Folge davon war, daß der gerade erledigte Posten des Gemeindevorstehers mit einem Genossen besetzt wurde. Diesem ist nun die nach der altenburgischen Dorfordnung erforderliche Bestätigung vom Landrat versagt worden mit der Begründung, daß der Gewählte „ein fährdendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei“ sei, „der als solches für die dem Wohle des Staates in jeder Weise zuwiderlaufenden Interessen seiner Partei eintritt“. Er könne daher unmöglich ein Amt verwalteln, in dem er das Staatsinteresse wahrzunehmen habe.

Der verantwortliche Leiter dieses Miniaturstaatswesens, ein Herr v. Vorries, ist ein vormaliger preussischer Landrat, der sich im Landtage dieses Landes ganz entrückt darüber aufstellte, weil ihm von den Sozialdemokraten vorgehalten wurde, daß im Lande nach preussischem Muster regiert werde.

Gewerkchaftliches.

Eine zusammengebrochene Massenanklage.

Obwohl die Anklagebehörde in Hamburg wiederholt Schiffbruch gelitten hat bei ihren Versuchen, die Breslauer Erpressungsjudikatur auf Hamburg zu übertragen, hat sie abermals eine ganze Verhaftung — 16 Personen — angeklagt, sich des Erpressungsversuchs und des Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung schuldig gemacht zu haben. Die Angeklagten arbeiteten im vorigen Jahre in einer Werkstätte, in der auch ein Mitglied des „Vaterländischen Arbeitervereins“ beschäftigt war, das im Jahre 1905 Streikbrecherarbeit verrichtet hatte. Die Angeklagten, die sämtlich Mitglieder des „sozialdemokratischen“ Holzarbeiterverbandes sind, wie er von der Staatsanwaltschaft genannt wird, stellten ohne Bedingungen die Arbeit ein, weil sie mit dem „Vaterländischen“ nicht zusammenarbeiten wollten. Als der Arbeitgeber den Grund dieser Arbeitseinstellung erfuhr, entließ er den „Stein des Anstoßes“. Die Anklagebehörde nahm an, daß die Angeklagten beabsichtigt hätten, den Wirklichen ihrer Organisation und damit dieser einen rechtswidrigen Vermögensvorteil in Gestalt der Beiträge zuzuführen. Zugleich sollen sie auch gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoßen haben, weil in der Handlung eine Abtötung liege.

Zunächst lehnte die Strafkammer III die Erhebung der Anklage ab, da schon in ähnlichen Anlagen mehrere Freisprechungen erfolgt waren, aber auf eingelegte Beschwerde überwies das Oberlandesgericht die Angelegenheit der Strafkammer II zur Verhandlung, die das Gericht am Montag bis zu später Abendstunden beschäftigte.

Der Staatsanwalt beantragte gegen zwei Angeklagte je 10 Tage, gegen drei Angeklagte je 8 Tage Gefängnis und gegen die übrigen Freisprechung. Der Verteidiger Dr. Herz wies in längerer Rede auf das Absurde der Anklage hin, bei der der Wunsch der Vater des Gedankens sei. Seit wann soll es denn nicht mehr erlaubt sein, daß Arbeiter darüber bestimmen können, wo sie ihre Arbeitskraft verwerten wollen. Geradezu komisch berühre es, daß es der Angeklagten Absicht gewesen sein soll, dem großen Verbands mit dem Millionenvermögen durch Zuführung eines Mitglieders einen Vermögensvorteil zu verschaffen, zumal sie stets erklärt haben, sie würden unter keinen Umständen mit einem Streikbrecher in einem Verbands sein, eher würden sie diesem den Rücken kehren. Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten, da weder eine verbotene Erpressung noch ein Vergehen gegen die Gewerbeordnung vorliege.

Berlin und Umgegend.

Die Erfahrungen des Herrn Anwalts.

Die Dreher Diecke und Pannicke hatten sich dieser Tage vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen wörtlicher und tätlicher Beleidigung sowie wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Die Delikte sollten bei dem Streik der Rolandswerke zu Weissenhof im Sommer vorigen Jahres verübt sein. Insbesondere wurden die Angeklagten beschuldigt, dadurch, daß sie den Arbeitswilligen auf die Füße getreten hätten, versucht zu haben, diese zum Eintritt zum Streik zu veranlassen. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, bestritt, daß der § 153 der Gewerbeordnung Anwendung finden könne. Die Streifenden hätten, da ihnen durch die Firma zugemutet worden sei, durch die Arbeitsordnung nicht vorgesehene Überstunden zu machen, durch den Streik lediglich gesetzwidrige Maßnahmen abzuwehren wollen. Der als Zeuge vernommene Angeklagte des Metallarbeiterverbandes, Genosse Behrendt, bestätigte diese Behauptung und fügte noch hinzu, daß die Firma den

Arbeitsausschuß, der nicht weiter gelan habe, als daß er die Direktion der Rolandswerke gebeten habe, die Arbeitsordnung einzuhalten, einfach entlassen habe. Hierauf sei der Streik ausgebrochen. Die angeblich Beleidigten, die dem gelben Verband angehören, konnten lediglich behaupten, daß die Angeklagten in der Erregung das Wort „Streikbrecher“ gebraucht hätten. Daß die Angeklagten sie absichtlich auf die Füße getreten haben, vermochten beide nicht auszusagen. Der Anwalt erklärte, daß er trotzdem tätliche Beleidigung annehme, seine Erfahrungen sprächen dafür, daß Streikposten derartiges täten. Da einem solchen Terrorismus nicht energisch genug entgegengetreten werden könne, beantrage er gegen jeden der Angeklagten drei Monate Gefängnis. Er beantrage eine „so niedrige“ Strafe nur deshalb, weil die Angeklagten unbescholten seien und man aus der Presse wisse, daß die Angeklagten regelmäßig die Verführten seien. Die eigentlich Schuldigen, die die Verführer seien, könnten nicht gefast werden. Der Verteidiger der Angeklagten wies darauf hin, daß die angeblichen Erfahrungen des Herrn Anwalts außer Betracht bleiben müßten, solange er sie nicht als Zeuge unter Eid fundierte. Ohne diese Voraussetzung seien sie wertlos, da die Strafprozedur ihre Berücksichtigung sonst nicht gestatte. Eine kleine Geldstrafe sei wegen der allein vorliegenden wörtlichen Beleidigung genügt ausreichend, wenn man sich auf den Standpunkt stelle, daß der Gerichtssaal kein Ort sei, in dem die politischen Leidenschaften mitzusprechen hätten, sondern der konkrete Vorgang allein entscheidend sei. Das Gericht erkannte an, daß der § 153 nicht Anwendung finden könne, da der Streik nicht die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Gegenstand gehabt habe. Es liege einfache wörtliche Beleidigung vor. Von tätlicher Beleidigung könne nach der Aussage der Belastungszeugen selbst keine Rede sein. Da die Angeklagten unbescholten seien, rechtfertige sich eine Geldstrafe von 20 bzw. 40 M.

Der Herr Anwalt ist um eine Erfahrung auf juristischem Gebiet reicher. Öffentlich zieht er daraus größeren Nutzen als seinen angeblichen Erfahrungen auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes!

Deutsches Reich.

Ein Streik um die Arbeiterehre.

Mit vorstehender Stichmarke brachten wir in Nr. 203 des „Vorwärts“ vom 8. November eine Notiz über den Streik der Steinseher in Osnabrück. Durch die ganze unnötige Schnelligkeit des Stadtbaurats Kado war der Konflikt ausgebrochen, da sich die Arbeiter nicht beschimpfen lassen wollten. Wie uns nun gemeldet wird, ist dem Unternehmer, der sich auf Seiten seiner Arbeiter stellte, da auch er das Vorgehen des Herrn Baurats für ungerechtfertigt hielt, die gesamte Arbeit der betreffenden Baustelle entzogen worden. Ein anderer Unternehmer hat mit unorganisierten Steinsehern und Arbeitern die Tätigkeit dort aufgenommen. Polizei bewacht die Baustelle, damit den Arbeitswilligen kein Leid angetan werden kann. Da keine Aussicht für die Streikenden vorhanden war, in absehbarer Zeit in Osnabrück Arbeit zu bekommen, haben sie den Ort verlassen müssen. Der misgeschickte Unternehmer will gegen den Magistrat der Stadt Osnabrück Klage erheben.

Berrat an der Arbeiterehre!

Wieder sind es Sozialorganisierte Maurer in Hamburg. Vom Zentralverband der Maurer (Ortsverwaltung Hamburg) wird berichtet:

Der Unternehmer Harber aus Hildesfeld hat in der Feldbrunnstraße hierseits für den Architekt Heilmann drei Villen zur Ausführung übernommen. Am Anfang dieser Woche wurde mit der Maurerarbeit begonnen. Da der Architekt auf gute Arbeit sieht und nur vier Maurer am Bau beschäftigt waren, so zeigte der stiernehmer Reizung, die Arbeit in Afford zu verlegen. Er forderte die Maurergesellen auf, ihn am Mittwoch mitzutreten, welchen Preis sie für 1000 Steine zu vermauern beanspruchten. Die Forderung lautete, da es sich um Villen- und Verdienarbeit handelt, auf 9,50 M. pro Tausend, während der Unternehmer nur 7 M. bot, ein Preis, der zwar schon vereinzelt bei Stagenhäusern von Bauhöfen gezahlt wurde, die an guter Ausführung aber kein Interesse haben, für den aber die hier fragliche Arbeit, auch wenn regelrecht Busharbeit geliefert wird, abfolgt nicht geliefert werden kann. Der Meister erklärte: „Wenn Ihr es dafür nicht machen wollt, dann nicht, — ich habe schon eine andere Kolonne an der Hand, die es dafür macht.“ Weitere Worte wurden nicht gewechselt. Am Donnerstagabend aber erhielten vier Familienwäter und Verbandsmaurer die Nachricht, und heute morgen zog die Kolonne Gang und Genossen, Mitglieder der „Freien Vereinigung“, fünf Mann hoch, ein. Alle Vorhaltungen über ihr unfollegalisches Verhalten prallten wirkungslos ab, eher war eine gewisse Schadenfreude an ihren Gesichtern zu sehen.

Wenn die Unternehmer von diesem Vorwissen Kenntnis erhalten, werden sie beim Frühstück noch einen mehr genutmäßig. Eine Zeit, in der ihre Interessen so gründlich von Maurern vertreten werden, haben sie in Hamburg noch nicht kennen gelernt. Wie sehr aber die Interessen der Gesamtarbeiterschaft geschädigt werden, braucht nicht weiter erörtert zu werden. Das aber steht fest: Mit derartigen Handlungen gräbt sich eine Organisation selbst ihr Grab!

Schwarze Listen.

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat wieder ein Rundschreiben erlassen. Dasselbe lautet:

Rundschreiben Nr. 203 pro 1908.
Bei der Firma Lederfabrik von J. H. Stecker, Elmshorn, haben am 11. d. M. circa 70 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Wir bitten, alle von genannter Firma kommenden Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

Diese Schurkerei stehen jetzt hinter jeder Bewegung, um ja in keiner Industrie eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auskommen zu lassen, weil sie fürchten, daß dann auch die noch nicht organisierten Arbeiter den Wert der Organisation erkennen.

Wie die Eisenindustriellen sich anmaßen, in die Bewegung in der Lederindustrie einzugreifen, zeigt vorstehendes Rundschreiben.

Eine Konferenz der bayerischen Gewerkschaftskartelle

tagte am Sonnabend und Sonntag im Gewerkschaftshaus zu Nürnberg. Von den 57 bayerischen Kartellen waren 51 durch 57 Delegierte vertreten, außerdem waren anwesend für die General-Kommission Legien, für den Parteivorstand Bengels und Ebert, die Vertreter der Zentralverbände des Fabrikarbeiterverbandes, des Staats- und Gemeindefabrikarbeiterverbandes, des Holzarbeiterverbandes und der Sozialdemokratischen Partei, Gau Nordbayern, endlich war die Agitationskommission der Gewerkschaften für Nordbayern durch 8 Genossen vertreten. Der erste Punkt betraf die Organisation der Land- und Waldarbeiter, wozu Seglitz-Büsch ein sehr instruktives Referat hielt. In die Diskussion griffen auch Legien und Ebert, sowie die Vertreter der Zentralverbände ein. Beschlüsse wurden nicht gefast, da es sich lediglich um eine orientierende Aussprache handelte.

Am Sonntag wurde über den Punkt: „Die Arbeitslosenfrage durch Staat und Gemeinde“ verhandelt. Simon-Nürnberg referierte und beleuchtete die Frage nach verschiedenen Richtungen. Ferner verbreitete er sich über die Konferenz, die demnächst von der bayerischen Regierung einberufen wird, um Unterlagen für die Arbeitslosenfrage zu gewinnen. Zu dieser Konferenz sind auch Vertreter der freien Gewerkschaften zugezogen. Redner erwartet von der Konferenz nicht allzuviel, schon wegen ihrer Zusammensetzung, aber es sei schon ein Fortschritt, daß man überhaupt endlich einmal Stellung zu der Frage nehmen würde, und zudem müsse man suchen, aus allem möglichst viel Praktisches für die Arbeiter herauszuholen. Das Bayerische Statistische Bureau hat kürzlich Vertreter der verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen und anderer Körperschaften zu einer Sitzung eingeladen, an der von den freien Gewerkschaften Simon-Nürnberg, und

Jakobson-Rünchen teilnahmten, und auf der man sich einigte, daß die Arbeitssämter und die Gewerkschaften, die Arbeitsnachweise befehlen, ihre Nachweisungen allmonatlich nach München schicken, damit ein allgemeines Bild über den Arbeitsmarkt gewonnen werden kann. Auch über die Arbeitslosigkeit sollen die Gewerkschaften berichten. Als Zentralstelle wurde der Münchener Gewerkschaftsverein eingesetzt, an den alle Nachweisungen einzufinden sind, und der sie zusammenstellt und dem Statistischen Bureau übermittelt. Das Unternehmen soll sich zunächst auf 18 größere Städte, zwei in jedem Regierungsbezirk, erstrecken. Nach längerer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die die Kartelle verpflichtet, in ihren Gemeinden die sofortige Inangriffnahme von sogenannten Notstandsarbeiten zu fordern. Da aber durch diese Notstandsarbeiten in der Regel nur den Bauarbeitern und den ungelackten Arbeitern Beschäftigung zugewiesen werden kann, fordert die Konferenz die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung Arbeitsloser in Form von Zuschüssen an die Gewerkschaften. Den Gewerkschaften wird zur Pflicht gemacht, überall, wo sich die Möglichkeit bietet, Versammlungen zu veranstalten, mit der Tagesordnung: „Die Arbeitslosigkeit und ihre Einwirkung auf die Arbeiter“. Die Arbeitslosenstatistik soll monatlich durch die örtlichen Kartelle an die Zentralstelle in München eingereicht werden. Ferner soll durch die Kartelle eine Arbeitslosenstatistik für das Jahr 1908 veranstaltet und von der Zentralstelle bearbeitet werden.

Der nächste Punkt betraf: „Die Gewerkschaften und das Genossenschaftswesen“, wozu ebenfalls Simon-Rürnberg referierte. Hierzu wurde eine Resolution angenommen, die im Genossenschaftswesen einen Hebel zur Befreiung der Arbeiterklasse aus wirtschaftlicher Abhängigkeit erblickt, vorausgesetzt, daß es entsprechend ausgestaltet werde. Zu diesem Zweck haben die Konsumvereine u. a. darauf Rücksicht zu nehmen, beim Warenbezug nach Möglichkeit nur solche Firmen zu berücksichtigen, bei denen angemessene gewerkschaftliche Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschen. Produktivgenossenschaften sind in erster Linie zu berücksichtigen, in denen angemessene Lohn-, tarifliche Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschen. Warenbezug aus Strafankalten ganz auszuschließen, die Heimarbeit nach Möglichkeit zu bekämpfen. Die Eigenproduktion ist als vornehmstes Ziel zu betrachten und mit allen Mitteln anzustreben. Die Gewerkschaftskartelle werden verpflichtet, in den Gewerkschaften tatkräftig für die Konsumvereine Propaganda zu machen, aber auch Sorge zu tragen, daß die Beschlässe der Aufsichtsräte von wirklichem genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Geiste erfüllt sind. Ferner spricht sich die Konferenz gegen die geplanten Sonderbestrebungen der Konsumvereine aus, die nachdrücklichste aus. Die Konferenz verpflichtet, zu gegebener Zeit die Protestbewegung der Genossenschaften mit aller Entschiedenheit zu unterstützen.

Zum vierten Punkt: „Bezirksgewerbegerichte“ hielt Genosse **W. L. Nürnberg** ein kurzes Referat. Es wurde beschlossen, daß die Gewerkschaftskartelle überall dort, wo die Möglichkeit geboten ist, die Errichtung von Bezirksgewerbegerichten fordern.

Krise und Arbeitslosigkeit. Die Verwaltungsstelle Nürnberg des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits 214 594 M. für Erwerbslosenunterstützung ausbezahlt. Im ganzen vorigen Jahre wurden für diesen Unterstützungszweig nur 139 865 M. ausbezahlt, obwohl sich schon damals die Krise in der Metallindustrie stark bemerkbar machte. Daraus kann man ersehen, wie groß in diesem Jahre das Elend der Arbeitslosigkeit ist.

Aus der Frauenbewegung.

Ethisch-phantastische Ueberhebung.

In der „Ethischen Kultur“ polemisiert Professor Bruno Meyer, dem Beispiel der reaktionären Presse folgend, gegen vermeintliche Ueberhebungen in den Frauenforderungen. Dabei paßiert dem Herrn eine Entgegnung, die zeigt, daß ihm von dem Wesen ethischer Kultur kaum der geringste Schimmer einer blauen Ahnung aufgegangen ist. So spottet Professor Meyer: man dürfe nicht „den lieben Wirza Schatz“ zu Ehren bringen und den Rang der „Vergil“ zu weit treiben, daß man den dem weiblichen Geschlecht als solchen zugebilligten besonderen Schutz nicht nur weiter in Anspruch nimmt, sondern sogar noch gesteigert wissen will, — wie wenn z. B. ein großes Frauenkongreß ernsthaft die — rein physiologisch genommen schon lächerliche — Forderung aufstellt, daß das Schulalter des § 182 von 18 auf 18 Jahre erhöht werde.

Wenn früher eine gewisse Spielart der bürgerlichen Frauenbewegung, von der sich noch Reste in England erhalten haben, die Idee von der Gleichheit zwischen Mann und Weib auf die Spitze trieb und jeden besonderen Arbeiterinnenschutz verworft, so lächelt man heute über derartige Verirrungen. Was soll man aber dazu sagen, wenn ein Ethiker im Jahre 1908 einen ganz ähnlichen Standpunkt einnimmt und den gesetzlichen Schutz des unbefehltenen jungen Mädchens gegen Verführung bis zum 18. Lebensjahre für eine „lächerliche“ Forderung hält? Allerdings kommt der Schutz des § 182 für die wohlbehüteten Töchter der höheren Stände wenig in Frage. Um so notwendiger aber ist er für die jugendlichen Proletarierinnen, die als halbe Kinder noch ins Erwerbsleben hinaus müssen.

Reint Professor Meyer, daß so ein unerfahrenes junges Ding immer den Gefahren der Verführung, eine noch nicht achtzehnjährige den fast übermenschlichen Anforderungen einer etwaigen anherberühenden Mutterpflicht physisch und wirtschaftlich gewachsen ist? Findet er es in der Ordnung, daß einem verführten jungen Mädchen nicht nur in den Augen der Spießbürger, sondern auch von Rechts wegen der Rabel der „Bescholtenheit“ anhaftet, während der gewissenlose Verführer frei ausgeht? Zu welchen rechtlichen Konsequenzen die bisherige Fassung des § 182 führte, dürfte zur Genüge aus einer Reihe von Gerichtsurteilen bekannt sein. Vielleicht erinnert Herr Meyer sich noch des berühmten Blankenfurter Notzuchtprozesses?

Die Forderung der Erhöhung des weiblichen Schulalters ist in der Tat — schon rein physiologisch genommen — eine überaus ernste, und sie wird und muß sich durchsetzen, auch wenn die ganze weibliche Sippe der Meyer u. Co. heute noch der entgegengesetzten Ansicht ist.

Ihr ethischer Wortführer denkt freilich überhaupt sehr gering von der Frau. Das zeigt eine von ihm produzierte Variation der mit Recht so beliebten Gehirntheorie. Er verneint eine durchschschnittlich gleiche Veranlagung beider Geschlechter und glaubt an die geistige Ueberlegenheit des Mannes. Die männlichen Gehirne, meint Professor Meyer, seien infolge vieltausendjähriger Arbeit an ihnen kräftiger entwickelt als die weiblichen. „Wenn diese Arbeit an den weiblichen Gehirnen gefehlt habe, dann fehlt selbstverständlich an ihnen auch die Entwicklung, auf Grund deren eine durchschnittlich gleiche Veranlagung auch nur denkbar wäre.“ Nicht einmal die Möglichkeit vermag der Verfasser sich vorzustellen, daß selbst nach ebenso vielen weiteren Jahrtausenden der Kulturentwicklung, wie sie hinter uns liegen, eine völlige Gleichwertigkeit der männlichen und weiblichen Anlagen im Durchschnitt zu erreichen sein wird.

Wenn das wahr wäre, dann läte die Frauenbewegung in der Tat am besten, sie legte sich schlafen und überlasse alle Kulturarbeit auf alle Zukunft ausschließlich dem Mann. Allein die Meyersche Auffassung ist falsch und unhaltbar. Jeder Volksschullehrer, der Knaben und Mädchen in derselben Klasse unterrichtet, könnte dem Verfasser sagen, daß von einer durchschnittlich intellektuellen Ueberlegenheit des männlichen Geschlechts unter seinen Schülern nichts zu merken sei. Die ursprüngliche geistige Veranlagung beider Geschlechter ist in der Tat gleich. Auch die mit den Entwicklungsjahren hervortretende Differenzierung der Geschlechter bedingt durchaus keine Mindertätigkeit der weiblichen Eigenart. Der intensiveren Kraftentfaltung des Mannes obliegt gleichwertig die geistige Beweglichkeit, die schnelle Fassungsvermögen, die Geduld, die Ausdauer des Weibes, alles Eigenschaften, die zu ihrer vollen Entfaltung nur einen größeren Wirkungskreis erheischen, aber heute der Frau beschieden.

Die heutige Gesellschaftsordnung ist doch wahrhaftig nicht so vortrefflich, wie sie Herrn Professor Meyer und seinen Gesinnungsgenossen in pharisäischem Dunkel erscheint. Das Fehlen des geistig-sittlichen Einflusses der Frau hat sich vielfach bitter gerächt und eine Reihe von Uebelständen gerechtfertigt, unter denen die ganze Gesellschaft schwer leidet. Das hat der Sozialismus seit langem erkannt. Ihm ist die Frau gleichwertig und gleichberechtigt mit dem Manne, ihre Eigenart eine erwünschte Ergänzung des männlichen Elementes; und so schafft er ihr freie Bahn, damit sie im Wettstreit mit dem Mann bereinst ihre individuellen Kräfte dem Wohle der Gesellschaft widme.

Leserabende.

Zweiter Kreis. Donnerstag, den 12. d. M., Leserabend bei Hemp, dann am dritten Freitag, den 20. d. M.

Deutschlands innere und äußere Politik.

Am Nachmittag hatte Fürst Bülow im Reichstage Del auf die Wogen gegossen. Aber verzweiflungsvoll rief einer der dort verammelten „Volksvertreter“ aus: „Man muß etwas sagen!“ Gefagt wurde von den bürgerlichen Abgeordneten unter dem Schutze der Immunität dennoch im Grundherzlich wenig. Was wirklich zu sagen war, das führten, abgesehen von der Vertretung der Sozialdemokratie im Reichstage, am Abend ungeschont die Redner der Partei aus, die zu den Massen der erschienenen Arbeiter sprachen.

Hier war auch ein anderer Resonanzboden als dort im Parlament, wo nicht das heisse Sehnen nach Wahrheit über unsere Zustände herrscht, sondern wo man schon ihrer Aufdeckung aus dem Wege geht. Noch nie ist ja Ozenstiernas beühmtes Wort über das Quantum Verstand, mit dem die Welt regiert wird, so drastisch illustriert worden, wie in diesen Tagen. Das Proletariat könnte sich vielleicht genug sein lassen daran, diese Tatsache zu konstatieren. Aber das arbeitende Volk kann deswegen sich damit nicht begnügen, weil es die Kosten solcher Regierungsmethoden zu tragen hat. In der Tat, wer wagt in diesem Augenblick zu behaupten, daß unsere innere Politik der äußeren Politik (oder was man so nennt) nicht konform sei? Und die Lasten einer solchen — sagen wir unverständlichen — Regierungsmethode packt die herrschende Klasse in Deutschland patriotisch dem schaffenden Proletariat auf.

So geh denn am Abend Bülow's Rede nicht Del auf die Wogen, sondern Del ins Feuer!

In Massen war die Arbeiterschaft in den 26 Versammlungen erschienen. Mit wenigen Ausnahmen waren die Säle von der zahlreich erschienenen Polizei abgeperrt. Aber immer neue Scharen strömten hinzu. Am stärksten dürfte der Andrang in der „Neuen Welt“ in der Hofenheide und in der „Brauerei Groterjan“ in der Schönhauser Allee gewesen sein. Als wir um 9 Uhr den überfüllten Riesenaal der „Neuen Welt“ verließen, wälzte sich von Rixdorf her riesenschlangengleich noch eine gewaltige Menschenmasse nach dem Lokal, das lange, lange schon abgeperrt war. Aber die Polizei war auf dem Posten. Niemand fand Einlaß mehr.

In der Schönhauser Allee zwischen der „Brauerei Groterjan“ und dem Bahnhof Schönhauser Allee wogten die Menschenmassen, die keinen Einlaß zu finden vermochten, noch um 10 Uhr auf und ab, teils das westliche Trottoir, teils die breite Mittelpromenade benutzend. Um 8 Uhr war hier schon abgeperrt worden. Aber die Außenstehenden vermochten sich trotz der bitteren Kälte nicht zum Fortgehen zu entschließen.

Überfüllt waren auch alle anderen Lokale an der Peripherie der Stadt. Das „Elysium“ in der Landsberger Allee mußte bereits um 7 1/2 Uhr abgeperrt werden. Ebenso die mächtigen Prachtsäle Nordwest in der Willestraße. In den weniger proletarischen Vierteln im Innern der Stadt unterließ die Polizei teilweise die Abperrung. Immerhin waren auch diese Lokale teilweise derart überfüllt, daß ein Teil der Versammlungsbesucher sie der drangvoll fürchterlichen Enge wegen noch vor Schluß freiwillig verließ. Aber neuer Zutrom aus anderen überfüllten Versammlungen füllte schnell den entstandenen geringen Raum wieder bis zum Erdrücken.

Im Saale stand die Menge Kopf an Kopf, aufmerksam den Worten der Redner lauschend und bei besonders markanten Stellen Beifall kläuschend, um zum Schlußes tosend ihre Zustimmung zu dem Ausgeführten zu bekunden.

Einstimmig wurde überall die nachstehende Resolution angenommen:

Die Versammlung erklärt:
Das persönliche Regiment im Deutschen Reich, großgeworden durch die Energielosigkeit und Feigheit des deutschen Bürgertums, bedroht je länger je mehr die wichtigsten Lebensinteressen des deutschen Volkes.

In der auswärtigen Politik treibt es das Deutsche Reich in einen steigenden Gegensatz zu allen Kulturländern und macht die Kriegsgefahr zu einer chronischen Erscheinung. In der inneren Politik hat es mit den unabsehbaren Rüstungen zu Wasser und zu Lande das Reich zum finanziellen Zusammenbruch getrieben und das Volk mit immer neuen Steuern und Abgaben aufs schwerste belastet.

Die Versammlung protestiert daher auf das energischste gegen die neuesten Taten des persönlichen Regiments und gegen die neue, vom Bundesrate vorgelegte Reichsfinanzreform.

Die Versammlung fordert eine Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk und eine volle Verantwortlichkeit durch Reichsministerien, die allein dem Reichstage unterstehen. Die Versammlung lehnt es ab, für die herrschenden Klassen und ihre Regierung neue, die breiten Massen belastende Steuern zu bewilligen, wie sie in der neuen Reichsfinanzreform wiederum gefordert werden.

Die Versammlung demonstriert für den Frieden, gegen den Krieg; für das Volk, gegen das persönliche Regiment; für die Sozialdemokratie, als einzige Volkspartei, gegen alle bürgerlichen Parteien, als die direkt oder indirekt Verantwortlichen der gegenwärtigen Zustände im Deutschen Reich.

Die Versammlung sendet schließlich, von solchen Gesinnungen ausgehend, ihre brüderlichen Grüße des Friedens und der Solidarität allen sozialistischen Parteien der Welt.

Störende Zwischenfälle waren fast nirgends zu verzeichnen. Die in Massen aufmarschierte Polizei hielt sich außerordentlich zurück. Rixdorf und die Schönhauser Allee wurden durch Polizeiketten nach Schluß der Versammlung gegen das Innere der Stadt abgeperrt. Eine überflüssige Maßnahme, die denn auch bald wieder aufgehoben wurde. In mehreren Versammlungen machten sich auch die bekannten Nicht-Genossen bemerkbar, so unter anderem in Charlottenburg, wo einer dieser Herren hinausgewiesen werden mußte. Im allgemeinen betrachtete man allerorten die Tätigkeit der Polizei mit einem gewissen stillen Humor.

Bürgerliche Politiker, die in einigen Versammlungen beobachtet wurden, hielten sich zurück. Die Wucht der Anklagen, die von unseren Rednern in die Massen geschleudert wurden, ließ sich nicht abwäachen, das vernichtende Urteil des Volkes nicht hintanhalten. Und seine Beschwichtigungsrede im Reichstage vermag es aus der Welt zu schaffen!

Versammlungen.

Freiungehilfen. In der letzten vollbesetzten Versammlung im „Rosenhauser Hof“ referierte Genosse Koerster über das Proportional-Wahlrecht und die Bedeutung des Gewerbegerichts. Im Verlaufe seines Vortrages führte der Redner aus: Die Wahlzeit am Sonntag, den 20. d. M., von 10—3 Uhr sei für die Freieungehilfen ausnahmsweise rechtungünftig. Es würde sich deshalb empfehlen, an die Arbeiterschaft im „Vorwärts“ die Aufforderung zu ergehen zu lassen, an diesem Tage rechtzeitig zum Barbier zu gehen, anstatt erst kurz vor 2 Uhr. Die Verteilung an der Wahl müsse größer werden als je zuvor. Die Liste der freien Gewerkschaften trage die Nummer 1. — Redner erörterte sodann die verschiedenen Arten des Proportional-Wahlrechts und legte die dem Siegfriedschen System zugrunde liegende Abicht klar. Im zweiten Teil seiner Ausführungen bemerkte Redner einleitend, daß die Bedeutung der Gewerbegerichte, eine Folge der Sondergesetzgebung zum Schutze des Arbeiters, noch nicht genügend erkannt sei. In den Gewerbegerichten solle besonders das Recht des Arbeiters aus § 115 der Gewerbeordnung und § 304 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Geltung kommen. Das gelte nur dann, wenn die Weisung energisch dafür eintreten. Aus der Gewerbegerichtspraxis schildert Genosse Köster die verschiedenen Praktiken zur Abweisung der klagenden Arbeiter, die Rechtsbeugungen und die Bestrebungen zur Durchlöcherung des Grundrechts, des Verbots der Aufrechnung. Die Arbeiterschaft müsse sich mehr um diese Vorgänge kümmern und wo irgend die Möglichkeit gegeben sei, müsse jeder mit Hand ans Werk legen. — In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Freieungehilfen besonders an der Durchführung der Forderung interessiert seien, die Altersgrenze zur Wahlberechtigung auf 21 Jahre herabzusetzen, da die Arbeiterbelegschaft meist so junge Gehilfen beschäftigen, daß es an vielen Orten noch nicht einmal möglich sei, einen Gehilfenauschuss auf gesetzlicher Grundlage zu wählen, obgleich hierzu jeder volljährige Gehilfe das Wahlrecht habe. Die Arbeiterschaft im allgemeinen habe sich mit der jetzigen Altersgrenze so ziemlich abgefunden. Doch gerade in den mit dem Kost- und Logiszwange verbundenen Arbeitsverhältnissen, wo an Stelle klarer Vereinbarungen Abmachungen unter der Hand getroffen werden, lämen die meisten Streikfertigkeiten vor, weshalb auch die Arbeiter dieser rückständigen Verufe mehr als bisher die Möglichkeit haben müßten, sich an den Gewerbegerichtswahlen beteiligen zu können. Im Anschluß an die Ausführungen des Referenten über die Verträge, das Lohnaufrechnungsverbot durch Nichtstahlkonstruktionen illusorisch zu machen, wurde an dem Trinkgeldwesen im Barbiergeberde geschilbert, wie leicht hier die Arbeitgeber „Diebstahl“ und „Unterjochung“ vorgeben können, wenn ein Gehilfe sein Trinkgeld in die Tasche steckt. Der Arbeitgeber habe außer seiner Tage noch für jeden Stunden einen besonderen Preis, der die Tage jeweils gerade um den Betrag überhöre, welchen der Kunde dem Gehilfen mehr gegeben hat, weshalb viele Worte darüber zu verlieren, daß er das Recht dem Gehilfen als Trinkgeld gebe. Ferner wurde ein besonders trauriger Fall erwähnt, in welchem die Kammer VI unter dem Vorsteh des Gewerbegerichts Sedt der Widerlage eines Arbeitgebers auf Grund § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuchs stattgegeben hat, ohne den angebotenen Sachverständigenbeweis zuzulassen, daß weder Vorfach noch Fahrlässigkeit vorgelegen hat. Dem Gehilfen wurde der ihm vom Ausfühlslohn einbehaltene Betrag von 150 M. zugesprochen, er jedoch gleich zur Zahlung von 175 M. Schadenersatz verurteilt. In seinem Schlusswort empfahl der Referent, einen Unterrechtskursus in der Sozialgesetzgebung einzuführen. Mit der Aufforderung, am 20. November um 9 Uhr pünktlich die Arbeit einzustellen und vollständig zur Wahl zu gehen, sowie der Aufforderung an die arbeitslosen Kollegen, sich sowohl an der Arbeitslosenversammlung der Freieungehilfen am 18. November, wie auch an der Arbeitslosenversammlung am 17. November ausnahmslos zu beteiligen, wurde die Versammlung geschlossen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wieder eine Kaiserrede!

Donauerschingen, 10. November. (B. L. Z.) Die Rede, die der Kaiser bei Ueberreichung des Schwarzen Adlerordens an den Grafen Zeppelin hielt, hatte folgenden Wortlaut:

„In meinem Namen und im Namen unseres ganzen deutschen Volkes freue ich mich, Euer Erzellenz zu diesem herrlichen Werke, das Sie mir heute so schön vorgeführt haben, aus tiefstem Herzen zu beglückwünschen. Unser Vaterland kann stolz sein, einen solchen Sohn zu besitzen, den größten Deutschen des zwanzigsten Jahrhunderts, der durch seine Erfindung und an einen neuen Entwicklungspunkt des Menschengeschlechts geführt hat. Es dürfte wohl nicht zu viel gesagt sein, daß wir heute einen der größten Momente in der Entwicklung der menschlichen Kultur erleben haben. Ich danke Gott mit allen Deutschen, daß er unser Volk für würdig erachtete, Sie den Unseren zu nennen. Möge es uns allen vergönnt sein, dereinst auch, wie Sie, mit Stolz an unserem Lebensabend und sagen zu dürfen, daß es uns gelungen, so erfolgreich unserem teuren Vaterlande gedient zu haben. Als Zeichen meiner bewundernden Anerkennung, die genüz alle Ihre hier versammelten Gäste und unser ganzes deutsches Volk teilen, beleihe ich Ihnen hiermit meinen hohen Orden vom Schwarzen Adler. (Es erfolgte hier sogleich die Inbetriebung durch Seine Majestät und den Obermarschall Rüstzen zu Jüsterberg.) Nun gestalten Sie mir, mein lieber Graf, daß ich Ihnen jetzt schon inoffiziell die Akolade erteile. (Dreimalige Umarmung.) Seine Erzellenz Graf Zeppelin, der Bewinger der Rüste, hurra!“

Die Zugen des wahrhaft erhebenden Aktes stimmten gerührt und begeistert in das dreimalige Hurra ein. Dem Grafen Zeppelin standen Tränen in den Augen, und so manchem anderen auch.

Opfer des Eisenbahnbetriebs.

Halle, 10. November. Amtliche Meldung. Heute vormittag wurde bei nächstem Nebel vom Personenzug 502 (Sagan—Halle) unterwegs Halle ein Streckenarbeiter überfahren und getötet. Ein zweiter Arbeiter wurde schwer, aber nicht lebensgefährlich, verletzt.

Charleroi, 10. November. (B. L. Z.) In der Nähe der Station Sambre wurden fünf Arbeiter, die an den Schienen entlang gingen, von einem vorübergehenden Zuge erschlagen. Drei der Arbeiter wurden getötet, die beiden anderen verletzt.

Die Komödie der Trunkbekämpfung.

Chicago, 10. November. (B. L. Z.) Das Gesuch der Bundesregierung um Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Standard Oil Company wurde vom Appellationsgericht abgewiesen. Das Bundesgericht hatte im Juli dieses Jahres die Geldstrafe von 29 Millionen Dollars aufgehoben, die im August 1907 durch den Richter Landis über die Standard Oil Company wegen Verletzung des Prohibitionsgesetzes durch Annahme von Rabatgeldern von den Eisenbahngesellschaften verhängt worden war. Von zuständiger Seite wird gemeldet, daß die Regierung nun versuchen werde, die ganze Angelegenheit vor den obersten Gerichtshof zu bringen.

Reichstag.

158. Sitzung vom Dienstag, den 10. November, nachmittags 1 Uhr.

Sämtliche Tribünen sind überfüllt. Auf der besonders überfüllten Journalistentribüne sieht man zahlreiche auswärtige Journalisten, in der ebenfalls stark besetzten Diplomatentribüne viele auswärtige Diplomaten. Das Haus und die Bundesratstribünen sind ebenfalls stark besetzt. Besonders zahlreich sind die Vertreter der süddeutschen Staaten im Bundesrate zur Stelle. Das Haus ist in feierlicher Erregung.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Grafen Stolberg erscheint Reichskanzler Fürst Bülow in Begleitung der Staatssekretäre v. Bethmann-Hollweg, Tirpitz, Dernburg, Dr. Lieberding.

Auf der Tagesordnung stehen die fünf

Interpellationen über das Kaisergespräch,

nämlich:

1. Interpellation Wassermann (natl.): Ist der Reichskanzler bereit, für die Veröffentlichung einer Reihe von Gesprächen S. M. des Kaisers im „Daily Telegraph“ und für die in demselben mitgeteilten Tatsachen die verfassungsmäßige Verantwortung zu übernehmen?

2. Interpellation Dr. A. Blah (Freiwirtschaftliche Fraktionsgemeinschaft): Durch die Veröffentlichung von Aeußerungen des deutschen Kaisers im „Daily Telegraph“ und durch die vom Reichskanzler veranlaßte Mitteilung des Sachverhaltes in der „Nordd. Wg. Ztg.“ sind Tatsachen bekannt geworden, die schwere Mängel in der Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten bezeugen und geeignet sind, auf die Beziehungen des Deutschen Reiches auf andere Mächte ungünstig einzuwirken. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um Abhilfe zu schaffen und die ihm durch die Verfassung des Deutschen Reiches zugewiesene Verantwortlichkeit in vollem Umfange zur Geltung zu bringen?

3. Interpellation Albrecht (Soz.): Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um Vorgänge zu verhindern, wie sie durch die Mitteilungen des „Daily Telegraph“ über Handlungen und Aeußerungen des deutschen Kaisers bekannt geworden sind?

4. Interpellation von Norman (l.): Ist der Reichskanzler bereit, nähere Auskunft zu geben über die Umstände, die zur Veröffentlichung von Gesprächen S. M. des Kaisers in der englischen Presse geführt haben?

5. Interpellation Fürst Hafffeldt von Camp (Npt.): Ist der Reichskanzler gewillt, Vorzüge zu treffen, daß ähnliche Vorkommnisse, wie sie durch die Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ zutage getreten sind, sich nicht wiederholen?

Reichskanzler Fürst Bülow erklärt sich zur sofortigen Verantwortung der Interpellationen bereit.

Zur Begründung der nationalliberalen Interpellation erhält das Wort

Abg. Wassermann (natl.):

Am 28. Oktober sind im „Daily Telegraph“ Veröffentlichungen erfolgt, die die Ueberschrift tragen: „Der deutsche Kaiser und England“. Zuerst glaubte man bei uns an eine böswillige Erfindung. Dies Gefühl machte dann maßlose Erstaunen und tiefer Trauer Platz, als die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die Veröffentlichung übernahm. — Man hatte das Gefühl wie nach einer verlorenen Schlacht. (Sehr wahr!) Die Tendenz des Gesprächs geht offensichtlich dahin, die Beziehungen zwischen Deutschland und England zu heben. Die Wirkung war eine andere. (Sehr wahr!) Der Kaiser spricht in den Gesprächen davon, daß die breiten Massen des Volks englandfeindlich seien (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und betont, wie er zur Zeit des Burenkriegs für England eingetreten sei. Er erzählt von dem Feldzugsplan, den er den Engländern gegen die Buren geliefert habe (Hört! hört!); er legt dar, daß die deutsche Flotte bestimmt sei, einst mit der englischen Flotte gegen die asiatischen Völker zu kämpfen. Die Kritik war im Ausland und Inland nahezu einmütig ungünstig, teilweise vernichtend. England hat die dargebotene Hand zurückgewiesen. Es erblühte darin den Versuch, Mißtrauen zu säen zwischen England, Frankreich und Rußland. Der englische Stolz wurde verletzt durch die Erzählung von dem Kriegspläne, die Chauvinisten jubelten auf über die Mitteilung, das deutsche Volk sei englandfeindlich. Frankreich und Rußland bestreiten die Michtigkeit der in dem Gespräch mitgeteilten Vorgänge zur Zeit des Burenkrieges, wonach

die beiden Mächte versucht haben sollen, Deutschland zu einer Intervention zu bewegen.

Die Verständigung über Marokko wird erschwert. Die Beziehungen zu Japan sind gestört, beinahe zerstört (Sehr richtig! links), wir lesen von einem vollständigen Aufbruch in der gesamten großen Presse.

Die Buren und Niederländer sind entrüstet über den von ihnen so genannten Neutralitätsbruch. Das gesamte Ausland spricht von einer

Zweifelhafte deutsche Politik.

(Sehr richtig!) Man sagt, es sei schwierig, an Deutschland noch vertrauliche Mitteilungen zu machen (Sehr richtig!); es wird mit einem Schläge dargelegt, weshalb die deutsche Politik mehr als andere im Auslande auf Schwierigkeiten stößt.

Die einmütige Meinung des Inlandes andererseits hallt wider in der ganzen Presse, in Tausenden von Aufschriften an die Abgeordneten. Sie alle wenden sich gegen das Eingreifen Sr. Majestät des Kaisers in die auswärtige Politik gegen das so persönliche Regiment (Lebhafte Zustimmung.) Die Konjunktur für Majestätsbefehle ist so günstig, daß eine Beschlagnahme aller wegen ihrer Waffe unmöglich ist. Bis tief in die Herzen aller ist die Ueberzeugung gedrungen, so geht es nicht weiter! (Lebhafte Sehr richtig!) Ueberall verlangt man

die volle Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Nur wer Tag für Tag alle Fäden in Händen hat, kann Verwirrungen berühren und einen guten Faden spinnen. Ich will nicht in die Vergangenheit zurückgreifen, sondern nur kurz erinnern an die Vorgänge, die sich an den Namen Tweedmouth anknüpfen, und an die Vorgänge aus Anlaß der Berufung des Vorkämpfers Hill. Heute sehen wir die Bestätigung dieser persönlichen Politik in das hellste Licht gestellt und erkennen sie in ihrer vollen Schädlichkeit. (Lebhafte Sehr richtig!)

Der Herr Reichskanzler hat sich wiederholt über die Grundsätze seiner auswärtigen Politik ausgesprochen. Er hat stets die Wichtigkeit einer ruhigen, stetigen, sachlichen auswärtigen Politik betont. Der monarchisch gefärbte Teil des Volkes ist in tiefer Trauer versetzt darüber, daß durch das Eingreifen des Kaisers diese Stetigkeit und Sachlichkeit der auswärtigen Politik gestört wird. Wir können als Monarchisten nicht wünschen, daß der Kaiser der Mittelpunkt einer abschließenden Kritik wird. Er verdient deshalb unser monarchisches Gefühl nicht; (Lachen bei den Sozialdemokraten.) aber weite Kreise, die republikanischen Anschauungen anhängen, finden in solchen Vorgängen einen willkommenen Agitationsstoff. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokr.) Wenn Fehler gemacht werden, so wollen wir nicht, daß sie an dem König hängen bleiben, die miserablen Vorkommnisse sollen dem Monarchen nie fehlen. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Gegen die Behauptung, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes England nicht freundlich, sondern feindlich gesinnt sei, müssen wir im Reichstage Verwahrung einlegen. (Lebhafte Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.) Dieser Teil der Aeußerungen beruht auf unrichtigen Informationen. (Sehr wahr!) Wir haben zu Hunderten von Wahlen im Parlament und draußen im Lande ausgesprochen, unsere Flottenpolitik richtet sich nicht gegen England. Das Maß unserer Rüstungen muß und selbst überlassen bleiben. Aber es ist der Wunsch des deutschen Volkes, freundschaftliche Beziehungen zu England zu unterhalten. (Lebhafte Zustimmung.) Nur eine kleine Minorität in Deutschland hat diesen Wunsch nicht. Und zweitens:

die alte Wunde aus dem Burenkrieg

ist wieder aufgerissen. Fast vergessen ist der Richteimpfang Krügers, und da erfahren wir von der Aufstellung eines Kriegsplanes gegen die Buren. Das mußte unglaublich erscheinen. Die Begeisterung des deutschen Volkes für die Buren mag unpolitisch gewesen sein, aber sie entsprang dem Mitleid mit einem um seine Freiheit kämpfenden Bauernvolke, und das gereicht uns nicht zur Schande. (Sehr wahr!) Drittens lege ich Verwahrung dagegen ein, daß die deutsche Flotte erbaut ist behufs einer Weltpolitik im Stillen Ozean. Die deutsche Flotte hat einen lediglich defensiven Charakter zur Verteidigung unserer Flußläufe und Küstenstädte. Solche Aeußerungen sind nicht geeignet, weitere

Bewilligungen für die Flotte zu erleichtern. (Sehr wahr! links.)

Wir wünschen Frieden und Freundschaft mit allen Völkern; wir unterschreiben, was Fürst Bülow früher gesagt hat: Wir haben es nicht nötig, anderen Völkern nachzulaufen; das wäre unser nicht würdig und wäre nicht einmal klug. (Sehr wahr!)

Der Schwerpunkt der ganzen Sache

liegt aber nicht in der Veröffentlichung, sondern in den Tatsachen. (Sehr richtig!) Auch wenn diese Gespräche nicht allgemein bekannt geworden wären, in England lesen sie von Mund zu Mund, und wieviel andere Gespräche mögen noch in den Archiven anderer Nationen liegen! (Sehr wahr!)

Ich wende mich zu der Rechtsfrage. Persönliche Meinungsäußerungen Sr. Majestät des Kaisers unterliegen nicht der Gegenzeichnung und Verantwortung des Reichskanzlers. Immerhin ist selbstverständlich, daß je höher ein Mensch steht, er um so vorsichtiger und zurückhaltender im Verkehr mit Ausländern ist. Verfügungen und Anordnungen des Monarchen aber bedürfen der Gegenzeichnung und Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, und das bezieht sich auf die Aufstellung des Kriegsplanes gegen die Buren und auf die Mitteilung von Anfragen Frankreichs und Rußlands an England.

Und nun die Veröffentlichung selbst! Hier beginnt die

Komödie der Irrungen,

die und den Spott des Auslandes eingetragen hat. (Sehr richtig!) Hier erwarten wir Aufklärung; denn die Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen“ ist nicht läckenlos. Wir wissen, daß der Reichskanzler das Manuskript nicht gelesen und daß er, wenn er es gelesen hätte, die Veröffentlichung verhindert hätte. Aber es mußte dafür Sorge getragen werden, daß das Manuskript von einer absolut zuverlässigen Persönlichkeit gelesen und daß Bericht darüber erstattet wurde. Die Fehler in dieser Mitteilung sind psychologisch nicht ganz erklärlich. Bei der bekannten impulsiven Natur des Kaisers erachte ich eine genaue Prüfung von Schriftstücken, die sich mit der Person Sr. Majestät betreffen, für absolut notwendig, wenn Schaden vermieden werden soll. (Hört! hört! links.)

Natürlich ist die Verantwortung sehr erschwert, wenn die verantwortlichen Personen in der Welt zerstreut sind. (Sehr richtig!) Die gleichzeitige Verurteilung verschiedener maßgebender Personen muß auf alle Fälle vermieden werden. Gewiß war der Herr Reichskanzler durch die Orientierung sehr in Anspruch genommen, aber es muß bei seiner Verhinderung für brauchbare Vertretung gesorgt werden. Es sollen vier Personen das Manuskript gelesen haben. Das klingt geradezu unglücklich. Denn man muß sagen, daß jeder mäßig begabte Kanzleibeamte die internationale Tragweite dieser Veröffentlichung erkennen mußte. (Heiterkeit und allgemeine Zustimmung.) Ich lasse dabei dahingestellt, ob Unfähigkeit, Pflichtverletzung oder Schen vor einer Kritik kaiserlicher Aeußerungen vorgelegen hat. Die Prüfung wäre zweifellos anders ausgefallen, wenn sie tüchtigen Offizieren des General- oder Admiralstabes übergeben wäre. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Keine Fremde wünschen eine Amtsniederlegung des Fürsten Bülow angesichts der schweren Aufgaben in der inneren und äußeren Politik nicht! Wir hoffen, daß es dem Reichskanzler gelingen möge, die Marokkofrage bald zu erledigen, natürlich in einer Weise, wie sie die Ehre Deutschlands erfordert. Auch die Reichsfinanzreform ist eine dringende Notwendigkeit. Man spricht nun im Lande: Was soll geschehen? Wir wünschen, soweit möglich,

sichere Garantien gegen das persönliche Regiment.

Wird der Herr Reichskanzler in der Lage sein, und nach dieser Richtung eine Zusicherung zu geben, eine Erklärung des Kaisers zu extrahieren, dann würde das zur Beruhigung des Landes beitragen. Wir verlangen weiter, daß der Kaiser besser als bisher informiert werde und wir verlangen eine Reorganisation des auswärtigen Amtes. Die vielleicht ungewollte Folge der Vorgänge wird zweifellos eine gewisse Nachwirkung des Reichstags sein. Er muß einen größeren Einfluß auf die auswärtige Politik in der Richtung einer verstärkten Kontrolle haben. Die Vorschläge der Schaffung einer Ministerverantwortlichkeit, der Mitwirkung des Reichstags bei der Ernennung des Reichs-

Kleines feuilleton.

Theater.

Kgl. Schauspielhaus. „Kaiser Heinrich der Sechste“. Tragödie in fünf Aufzügen von Christian Grabbe. Hinzugewonnen Theaterzeitel genannte Personen, das Dieb- und Diebsache an Statistenrollen, pompöse Ausstattung und dabei achtmaliger Dekorationswechsel in den fünf Akten — ein mächtiger Aufwand an Kosten und Arbeit, doch ohne nennenswertes Resultat. Was an Grabbe, dem verpöbelten Nachzügler der Sturm- und Drangperiode, interessiert, ja junge Menschen auch heute noch begeistert, die fessellos im Flug fortwährende Phantasie, davon läßt das Werk wenig spüren. Sieht man von der Verwendungsart ab, die er hier mit Menschennaturen auf der Bühne treibt, so deutet kaum ein Zug darauf, daß der Verfasser „Heinrich VI.“ derselbe ist, dem der erstaunlich lächerliche Wurf der „Hundert Tage“, das große Napoleon-Drama, gelang. Ist es unmöglich, diese Dichtung, in der sich seines Besens Eigenart konzentriert und gesteigert offenbart, im engen Rahmenrahmen vorzuführen, dann ist es besser, Grabbe wie bisher überhaupt nicht zu spielen.

Bei seinen Hohenstaufen-Stücken „Barbarossa“ und „Heinrich VI.“ mögen ihm Shakespeares englische Königsdramen als Muster vorgeleuchtet haben. Indes die Zeit gleichgültiger Geschicklichkeit, die für unser Empfinden die Wirkung selbst des großen Briten in jenen Werken vielfach mindert, ist bei Grabbe noch unvergänglich größer. Ohne für das bunte Gebränge der Ereignisse einen geistigen Mittelpunkt zu suchen, durch den das Mannigfaltige, aus seiner rohen, zerstreuten Stofflichkeit herausgehoben, dichterische Einheit und Gliederung gewinnt, läßt er sich einfach von dem Gange der Ereignisse treiben, bringt eine abgelesene, mit großen Worten ausgestaffierte Chronik alles Möglichen, was seinem Helden im Kampfe um die Behauptung kaiserlicher Macht passiert ist. Als ob historische Begebenheiten als solche im Theater irgend ein Interesse hätten! Beziehunglos fällt Schicksal und Charakter des Helden auseinander. Je weiter das Stück voranschreitet, um so sichtbarer tritt dieser Grundmangel hervor. Am Anfang gab es noch manch Eindrucksvolles, das Erwartungen weckte: So die Zusammenkunft Normannischer Rebellen auf dem Vesuv, realistische Soldatenleben, eine lebendige Darstellung von Heinrichs glühendem, vor seinem Wagnis wie vor keinem graufamen Frevler zurückweichendem Ehrgeiz im ersten Akte, als die Trauertunde, daß sein Vater Friedrich Barbarossa gestorben sei, entrisst. Dann geht es unauffällig abwärts. Von Italien bringt das Drama nach Deutschland. Die Kämpfe um Neapel und Sizilien, auf die der Dichter anschließend die Aufmerksamkeit richten wollen — der Normanne Lanfred schien zum Gegenspieler Heinrichs auszuwählen — verschwinden für lange Zeit vollständig aus dem Horizonte. Statt Lanfred tritt des toten Barbarossa einstiger Rivale Heinrich der Löwe in den Vordergrund, der, vom Kreuzer heimgekehrt, in Sachen des Wagnis der Empörung wider den neuen Kaiser erhebt. Man sieht auf der Bühne eine

erklärte Stadt, durch deren brennende Gassen der „Löwe“ rachsüchtig triumphierend reitet. Grabbe schwelgt in den Schilderungen seines Helden, um dann den brutalen, blutigen Fesseln im nächsten Akte rührsam bengalisch zu beleuchten; zur Steigerung der Stimmung wird sogar die Abstraktion des Geistes als Geist herbeigezogen. Zwischen durch gibt's eine Reichsversammlung, der Kaiser Heinrich präsidiert, und die Vermählung einer Hohenstaufentochter mit dem Welfensproßling. Der Schluß spielt wieder in Italien. Heinrich befreit die ihm treu gebliebenen, von den Normannen belagerten Truppen und bestreift am Ende, um wirkungsvoll im Antlitz einer seiner eigenen Größe würdigen Natur zu sterben — den Kerna. Prompt, grad' als er auf des Berges Gipfel von seinen letzten, höchsten Plänen phantasiert, stößt er ein Schlaganfall ein. Von den fünfzig Figuren trat in der Aufführung nur die des jugendlichen Kaisers in der Darstellung Staegemanns, daneben etwa noch die von Pohl gegebene Episodenrolle von Richard Löwenberg markanter hervor. Wolkenes Heinrich der Löwe brachte es nur hier und da zu einiger Wirkung. Die Inszenierung war nicht nur glänzend, sondern auch ungewöhnlich stimmungsgevoll.

Münchener Theater. Der neue Regisseur und Dramaturg der Münchener Hofbühne, Herr Dr. Kilian, hat mit der Umnahme und Inszenierung eines sogenannten „Deutschen Spiels“, „Der schwarze Kavaller“ von Heinrich Villenfeld, und im Residenz-Theater bei der Uraufführung ausgelacht und ausgepöffelt wurde, wenig Gehmaß bewiesen. Villenfeld, der junge schwäbische Autor, galt nach seinem Schauspiel „Maria Friedhammer“, dem Paul Lindau die Wege ebnete, und seinem Drama „Der Herrgottswarter“, das das Berliner Schiller-Theater herausbrachte, als eine Hoffnung der romantisch-realistischen Jung-Literatur. Er hat diese Hoffnung mit seiner halb grünen, halb sentimentalen, verfeindeten Kalendergeschichte, die mit dem Bild auf den Hans Klapperstein in den mittelalterlichen Totenmägen die Figur der Pest als „Schwarzen Kavaller“ einführt und zur Haderin in einem trivialen Liebesverhältnis mihbrucht, gründlich zu schanden gemacht. Als im Schlußakt der sonderbare Kavaller einen regeltesten Schußplatter mit seinem Duser tanzte und danach ins Parquet stürzte: „Ja bin der schwarze Tod“, holte man — ein Revue im königl. Theater — die Hansschlüssel zu einem Pfeiffkonzert herans.

Humor und Satire.

Chorgefang aus Leubus.

Wie sind die Pensionäre, man sieht uns reich und spät ins Bad, das hat doch vierunddreißig Grad... Du fragst, was und denn wäre? Phhohoh! Fort die Hufe, und schleimig in das Bad hinein! O welche Zeit, phhohoh zu sein — es lebe die Phhohoh!

Sind wir einmal nicht glücklich und feuzen Ach und feuzen D, da sagt der Oberarzt: „Oh, ich seh' es augenblicklich: Phhohoh! Fort die Hufe.“ usw. Und sind wir einmal lustig, vergessen unser Mißgeschick, so sagt der Arzt mit ernstem Blick: „Da haben wir's, das wußt' ich: Phhohoh! Fort die Hufe.“ usw. Und ärgert uns die Nase, dieweil wir kolossal verknümpft, so kommt der Arzt herangehuspt und urteilt mit Empfasse: „Phhohoh! Fort die Hufe.“ usw. Und kommt ein Patient, der noch ein wenig zweifelhaft, so sagt der Arzt voll Mut und Kraft: „Als ob ich das nicht kenne! Herunter mit der Hufe! Und ist sie's nicht, so wird sie's sein — nur erst geschwind ins Bad hinein, dann kommt auch die Phhohoh!“ Franz.

Notizen.

— Ernst Hardt ist nunmehr auch der Volla-Schiller-Preis für sein Drama „Lautrid, der Rarr“ zugesprochen worden. Küher dem Werte des Preisgeföhrens standen zur engeren Wahl noch die Dichtungen „Ant“ von Julius Bab, „Oedipus und die Sph.“ von Hugo v. Hofmannsthal und „Das Weib des Volendeten“ von R. Gellert.

— Schon wieder soll ein neues Theater in Berlin erbaut werden: das „Moderne Theater“, die Gegend des Potsdamer Platzes wird mit dem Bau beschickt werden.

— Dem Schiller-Museum in Warbach ist eine Zimmererichtung aus dem Nachlaß Schillers (durch Dr. P. Höring in Berlin) überwiesen worden.

— Jint und Vodenbungung. Die „Chemiker-Zeitung“ berichtet nach dem „Annuaire de l'Institut Pasteur“ über Untersuchungen, die M. Joviller über das Jint im Pflanzenreich angestellt hat. Jint findet sich nicht nur, wie man bisher annahm, in allen zinkreichen Boden gewachsenen Pflanzen, sondern ist in kleinen Mengen ganz allgemein im Pflanzenwachstum im allgemeinen aufzufinden zu sollen. Laboratoriumsversuche mit Getreide scheinen diese Ansicht zu bestätigen, und auch in größerem Maßstabe hat Jintföpfung von kleinen Mengen Jint (und gleichzeitige Nangan) zu zusammengefügten Dängemitteln ermutigende Resultate ergeben.

langere, mögen manches für sich haben, aber sie treffen den Kern der Sache nicht. Von einer gemeinschaftlichen Adresse der bürgerlichen Parteien an den Kaiser verprochen wir eine gewisse Wirkung und sind nach wie vor bereit, daran mitzuwirken. Ich meine aber, daß schon diese Verhandlungen von heute und morgen ihre Wirkung nicht verfehlen werden (Lachen bei den Sozialdemokraten.) und wir erwarten, daß der Kaiser genau über diese Verhandlungen in Kenntnis wird. (Erneutes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen nicht, daß zwischen der Nation und dem Kaiser sich eine Kluft aufreißt. Aber gerade deswegen wünschen wir, daß die Verwaltung des Reiches ausschließlich in den Händen der verantwortlichen Organe liegt. —

Die Uebertreibungen, die in diesen Tagen gefallen sind, weisen wir zurück. Wir haben keinen Anlaß, bezüglich unserer auswärtigen Lage Schwärzereien zu treiben. — Im Gefühl unserer Lage fühlen wir uns jeder Gefahr gewachsen. Aber wir wünschen dringend, daß nicht durch Fehler die an sich ernste Lage gefährlicher wird. Wenn das Ausland meinen sollte, daß für Deutschland eine Zeit des Wirrwarrs und Verfalls gekommen sei, so würde das ein Verirrtes sein. Wegen Angriffe des Auslandes werden wir eine geschlossene Front bilden. (Bravo! bei den Nationalliberalen und Rechts.) Wir fühlen uns hart genug, diese offene Aussprache im Reichstage zu pflegen, die Finger auf die Wunde zu legen und hoffen, daß durch die Verhandlungen der Heilungsprozeß eingeleitet ist. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Mögen unsere Vorstellungen gehört werden an der Stelle, an die wir uns mit Befürchtung, aber auch mit Nachdruck wenden. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die Interpellation Dr. Ullrich begründet

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.):

Das bezeichnendste Moment nach den Veröffentlichungen des „Daily Telegraph“ war wohl, daß niemand an ihre Echtheit glauben wollte, so unerhört erschienen sie. (Sehr richtig! links.) Nachdem sie als authentisch erwiesen waren, schlug die Erkenntnis überall Wurzel, daß das deutsche Ansehen einen schweren Schlag erlitten habe und daß das Vertrauen zu dem leitenden Staatsmann erschüttert ist. (Sehr richtig! links.) Dabei lastet noch die Furcht vor neuen ähnlichen Veröffentlichungen auf uns. Heute wird schon jeder Tag vom Volke als Gewinn empfunden, an dem es sich nicht mit derartigen Veröffentlichungen zu beschäftigen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist ein Schaden an materiellen, nationalen Werten und an Imponderabilien angerichtet worden, der kaum wieder gut zu machen sein wird. (Bravo! links.) Wenn man nach dem Schuldigen fragt, so ist jedenfalls festzustellen, daß der Herr Reichskanzler das Manuskript hätte lesen müssen, da es sich um Äußerungen des Kaisers handelte. (Sehr richtig! links.) Fürst Bismarck hat sich gewiß in schwierigen Lagen als begabter und geschickter Staatsmann erwiesen (Lachen bei den Sozialdemokraten), aber die Erfahrung hat doch gezeigt, daß er zeitweilig die Fingel schleifen läßt. (Sehr wahr! links.) Im Reich und in Preußen geschieht vieles, was gegen den Kurs geht, den der leitende Staatsmann für den richtigen hält. Regierungspräsidenten und Landräte treiben nicht selten Politik auf eigene Hand und führen die Kreise, die der leitende Staatsmann gezogen hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Gewiß! Der Reichskanzler hat viel zu tun. Aber vor dem Lande ist er der verantwortliche Staatsmann und er muß Vorkehrungen treffen, daß die Politik seiner Absicht entsprechend geführt wird. Vor allem fallen in die Augen die schweren Mängel in der Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten. Ich kann mir schwer vorstellen, daß bei dem langen Weg des Schriftstückes sich niemand gefunden hat, der die Tragweite übersehen und den Reichskanzler aufmerksam gemacht hat. Hier kommt etwas nicht und es muß scharf eingegriffen werden. Herr Vosslermann meinte, wenn Offiziere aus dem Generalstab ins Auswärtige Amt berufen würden, würde es besser klappen. Ich glaube das nicht. Die Offiziere würden das Gefühl der Subordination gegen die höchste Stelle mitbringen und wir würden noch mehr eine

Politik des Strammstehens

betonen als bisher. (Lebhafte Zustimmung links.) Bei der Auswahl unserer Vertreter im Ausland entscheidet nicht Lässigkeit, sondern Herkunft und soziale Stellung; hier tut eine Blutausreinigung dringend not.

Wie der Vordränger sind auch wir der Meinung, daß die Zeitung der Geschäfte erleichtert wird durch die häufige Abwesenheit der verantwortlichen Personen von Berlin. Die Veröffentlichung wäre wohl vermieden worden, wenn der Staatssekretär oder mindestens der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin gewesen wären. Wie soll es erst werden, wenn künftig auch das Aufsehen das Reich noch mehr erleichtert. Der Kanzler hat die Macht, hier Wandel zu schaffen, und unsere Interpellation verlangt, daß er das tut. Aber die Hauptquelle des Übels ist das fortgesetzte Hervortreten des persönlichen Regiments. (Sehr richtig! links.) dem guten parlamentarischen Grundgedanken zu folgen, den Träger der Krone aus der Diskussion herauszulassen, ist gegenwärtig nicht möglich, denn er tritt ohne die ministeriellen Redensarten herauf, und wir sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß Deutschlands Interessen in der Welt nicht Schaden leiden. Die „Kreuz-Zeitung“ freilich schreibt, nicht die Parlamentarier, sondern die Führer einer monarchischen Volkspartei haben die Wünsche des Volkes vor der Krone zum Ausdruck zu bringen. Darin liegt eine Herabsetzung des Parlaments. (Sehr richtig! links.) Auch wir wollen nicht, daß diese Äußerungen zu einer Waagefrage zwischen Krone und Parlament werden, aber laut und einmütig sollen die gewählten Vertreter des Volkes ihre Stimme erheben; wir wollen daran erinnern, daß der deutsche Kaiserthron und der Reichstag an ein und demselben Tage geboren sind. (Bravo! bei den Freisinnigen.) Vor zwei Jahren hat der Reichskanzler hier ausgesprochen, daß ein zu weit getriebener monarchischer Subjektivismus nicht förderlich sei, und daß ein gewissenhafter Kanzler nicht im Amte bleiben würde, wenn er solche Dinge nicht zu verhindern wissen würde. Damals glaubte der Reichskanzler, in den Klagen über persönliches Regiment komme eine Reizung zu Uebertreibungen zum Ausdruck. Ist das auch heute der Fall? Am wenigsten angebracht sind Impulsivitäten und Willkürlichkeiten auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Am augenfälligsten bei der Veröffentlichung der Äußerungen ist der Mangel an Beurteilung ihrer politischen Tragweite. (Sehr richtig! links.) Wie konnte etwas Derartiges publiziert werden,

wie aber ist es möglich, daß es gesagt wurde?

(Lebhafte Zustimmung links.) Das Bestreben, die Beziehungen zu England freundschaftlich zu gestalten, billigen wir durchaus. Wir wünschen Frieden und Freundschaft mit England. (Sehr richtig! links.) in der Uebereinstimmung, daß das für beide Teile gut ist.

Wie der Uebereinstimmung des Feldzugsplans können meine Freunde sich in keiner Weise einverstanden erklären. (Sehr richtig! links.) Abgesehen von der Frage, ob dadurch nicht die Neutralitätspflicht verletzt worden ist, haben wir auch nicht das Recht, uns in Dinge hineinzumischen, die uns nichts angehen. (Sehr wahr! links.) Auch gegen die Mitteilung der Vorschläge Frankreichs und Russlands an England müssen wir uns entschieden wenden. Dieser Liebesdienst hat ja auch England nicht verhindert, mit Frankreich und Russland zu einer Entente cordiale zu kommen und wir sind in eine Isolation gekommen, die man nicht splendid nennen kann. (Sehr wahr! links.) Wir haben keine Veranlassung, irgend eine Nacht nachzulassen, ihr Freundschaftsdienste zu erweisen, die sie nicht will. Die Verstimmlung, die durch die Veröffentlichungen im Ausland hervorgerufen ist, zeigt sich bereits in wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Deutschland. (Hört! hört! links.)

Das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Jüdelässigkeit ist zweifellos schwer erschüttert. (Sehr wahr! links.) Auch über die Auffassung, daß unsere Flotte ausgebaut werden müsse zu dem Kampfe gegen China oder Japan, sind wir aufs höchste erkant gewesen. (Sehr wahr! links.) Wir haben an solche Ziele nie gedacht.

Angesichts dieser Erfahrungen richten wir an den Herrn Reichskanzler die Frage, was er zu tun gedenkt, um seine Verantwortlichkeit zur vollen Geltung zu bringen. Wir sehen die Abhilfe der Zustände in der Herstellung einer wahrhaft konstitutionellen Staatsverfassung. (Sehr gut! links.) Wir haben bereits im vorigen Jahre in einem Antrag die Ministerverantwortlichkeit gefordert, in der wir den Angehörigen einer konstitutionellen Verfassung lebten. Die Statthalter der Krone sollen nicht bürgerliche Höflinge sein, die nachher die Verantwortung übernehmen, auch wenn sie vorher nicht gefragt sind, sondern Staatsmänner, die sich ihrer Verantwortlichkeit aber bewußt sind. Auf der anderen Seite verlangen wir von dem Träger der Krone mehr Zurückhaltung. Die komplizierte Staatsmaschine verträgt keine ungeschickten Eingriffe. Es gibt keinen Monarchen und auch keinen Kaiser, der alle Teile dieser Maschine richtig handhaben könnte. Napoleon I. hat einmal gesagt: Ich brauche mehr Kopf und weniger Junge. (Sehr gut! links.) Wir hoffen mit dem Herrn Vordränger, daß diese Verhandlungen Abhilfe schaffen werden. Geschieht das nicht, so wird die Frage der Abänderung der Verfassung in allem erwogen werden müssen. Das monarchische Empfinden ist im deutschen Volke leider im Rückgang begriffen. Ich bedauere das als Anhänger eines monarchisch-konstitutionellen Staates. Aber ich trete der Auffassung entgegen, als ob der Träger der Krone der entscheidende Faktor im öffentlichen Leben Deutschlands ist. Die Kraft des Landes liegt in der geistigen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Volkes, in der Wehrhaftigkeit und Einigkeit seiner Bürger. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich bedauere, daß diese Einmütigkeit nicht zu einer einmütigen Rundgebung des Reichstages geführt hat. Ich möchte die Auffassung meiner Freunde dahin zusammenfassen: Der Wiederkehr der vom deutschen Volke schwer empfundenen Mißstände kann dauernd nur vorgebeugt werden durch Herstellung eines wahrhaft konstitutionellen Verfassungslebens, durch Kräftigung der Rechte der Volksvertretung. Wir erachten insbesondere den Erfolg eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes, die Unterstellung des Zivil- und Militärkabinetts unter die verantwortlichen Regierungsbehörden für geboten. Das deutsche Volk, dem die Aufgabe zufällt, mit Gut und Blut für die Folgen dieser Politik einzutreten, erwartet in voller Einmütigkeit, daß das Präsidium des deutschen Bundes, das verfassungsmäßig dem König von Preußen zugehört, in allen politischen Fragen diejenige Zurückhaltung beobachtet, die das Reichsinteresse erfordert. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Singer (Soz.):

(Lebhafte und anhaltende Rufe: Zur Tribüne!) — Der Abgeordnete spricht jedoch vom Platte aus.) Herr Vosslermann hat in der Begründung seiner Interpellation davon gesprochen, daß die Vorgänge, die zu dieser Veröffentlichung Anlaß gegeben haben, maßloses Erlaunen und tiefes Bedauern erregt haben. Ich gebe ihm darin recht, aber er hat dazwischen, hinzuzufügen, daß daneben ein sehr berechtigter Jura und Entrüstung und, wie ich hinzufügen muß, eine tiefe Beschämung im deutschen Volke entstanden ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) daß in Deutschland solche Dinge möglich sind. Das Ausland hat die Veröffentlichung und Bekanntmachung dieser Vorgänge, wie ja nicht anders zu erwarten war, mit Hohn und Spott begleitet. Die Stellung, die sich das Deutsche Reich in der Welt erworben hatte, ist durch diese Vorgänge noch tiefer gesunken, als es schon durch die bisherige Politik der Fall war. Aber verwunderlich sind nach allen früheren Vorgängen diese Dinge nicht. Wenn in Deutschland die verantwortlichen Minister für Handlungen der Krone erklärt werden, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß in dem Reichsoberhaupt nicht das Gefühl Platz greift, er habe die verantwortlichen Minister vorher zu informieren. Wenn wir in Deutschland Zustände hätten, bei welchen Lächerlichkeit und Unfähigkeit töten, so würden wir heute einen anderen Vertreter der Regierung an diesem Platte sehen. (Lebhafte Zustimmung links.) Bei den Sozialdemokraten. Trotz der eben gehörten Reden und trotz der Versicherungen der beiden Herren, daß sie und ihre Parteien über diese Vorgänge entsetzt sind, muß hier doch konstatiert werden, daß die Majorität des Reichstages, die Parteien, deren Vertreter hier gesprochen haben,

mitschuldig sind an diesen Vorgängen,

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Anhaltender Rufe bei den Vlodparteiern.) mitschuldig durch ihren Byzantinismus und ihre Verherrlichung des persönlichen Regiments. Wenn man, wie Herr Vosslermann berichtet hat, mit Ernst daran gehen will, diese Zustände zu ändern, so muß man sich über ihre Ursachen klar werden. Es handelt sich nicht darum, den Finger in die Wunde zu legen, wie Herr Vosslermann sich ausgedrückt hat, sondern darum, mit einem scharfen Messer die Wunde auszuschneiden, damit die Gesundung erfolgt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Durch die Entsetzung, die der Reichstag in allen seinen bürgerlichen Parteien sich bisher in der Verpöndung der äußeren Politik auferlegt hat, die ein noli me tangere für die bürgerlichen Parteien bildete, durch diese Entsetzung und Gewöhnung sind solche Vorgänge erst möglich geworden. In den wirklich konstitutionellen Ländern, wo die Parlamente nicht nur vom Volke gewählt werden, sondern in denen sie auf Selbstachtung und Würde halten, wären solche Zustände unmöglich. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Zuruf rechts: Sehen Sie doch hin!) Aber ich konstatiere, daß ein guter Teil der Vorgänge, über die heute von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken geredet wird, von den bürgerlichen Parteien verschuldet sind.

Ich beginne mit dem Sage des Kaisers: „Die in breiten Schichten der mittleren und unteren Klassen meines eigenen Volkes vorwaltende Meinung ist England nicht freundlich; ich bin sozusagen in meinem eigenen Lande in der Minderheit.“ Woher und von wem ist der Kaiser von dieser angeblichen Stimmung der mittleren und unteren Schichten unterrichtet?

Daß er sich im eigenen Lande in der Minderheit befindet, muß zugegeben werden. (Weiterer Zuruf.) Denn die dreiten Wägen der arbeitenden Bevölkerung ergeben sich nicht in Byzantinismus und bösslicher Heuchelei gegen den Kaiser. (Sehr richtig! d. d. Soz.) Ich möchte ausdrücklich an dieser Stelle erklären, daß auch nach unserer Meinung der Kaiser sich in der Minderheit befindet und daß er diese Lage seinen eigenen Äußerungen und Handlungen gegen die Majorität des Volkes, die Arbeiterklasse, zuzuschreiben hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber die Behauptung, daß die mittleren und unteren Schichten Englands feindselig gesinnt seien, schlägt den tatsächlichen Verhältnissen geradezu ins Gesicht. (Sehr wahr! links.) Ersinnt man sich man fragen, ob denn der Kaiser über die Vorgänge der letzten Jahre und Monate absolut ununterrichtet ist. Weiß er denn gar nichts von all den Bemühungen der Völker haben und drüben, den heftigsten Kriegsgeschäften entgegenzutreten, hat er nichts davon gehört, daß in diesem Hause hier die interparlamentarische Union geübt hat, daß der Reichskanzler sie empfangen hat, die hergekommen war, friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen unter den Völkern zu fördern? Und das sind nur die Tatsachen aus den oberen Schichten, für die der Kaiser und sein Kreis wohl mehr Interesse und Verständnis haben. (Weiterer Zuruf und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeiterklasse

aber ist am allerenergischsten für die Freundschaft mit England eingetreten. Der internationale Sozialisten-Kongress zu Stuttgart hat den Friedensgedanken

des Proletariats in feierlichster Weise zum Ausdruck gebracht, und das Massenmeeting der Tausende und Abertausende von Arbeitern in Berlin hat gepöndelt in der gegenseitigen Versicherung der deutschen und der ausländischen Arbeiter, daß sie alle Völker zu Freundschaft und Frieden anrufen wollten. Sie alle haben ihre Uebereinstimmung zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiter an kriegerischen Zusammenstößen kein Interesse haben, und gewillt sind, weiter der friedlichen Kulturarbeit nachzugehen, der sie obliegen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Äußerungen des Kaisers klingen also gerade so, als ob er in den Völkern schwäch. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall. Zurufe: Tut er ja!) Ich halte es für notwendig, auch von dieser Stelle aus energisch Protest gegen seine Äußerungen einzulegen. Ich betone mit aller Energie, daß seine Äußerungen über unser Verhältnis zu England falsch sind, daß der Kaiser nicht gewußt hat, welche Stimmung im deutschen Volke herrscht. Ich hoffe, daß dieses Haus allezeit seinen Behauptungen widerprechen wird und daß dadurch nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt erfahren wird, daß der Kaiser in dieser Frage nicht das deutsche Ansehen des deutschen Volkes gewelen ist. (Stürmischer Beifall.)

Die

zweite Äußerung des Kaisers,

die besondere Beachtung verdient, ist die über den südafrikanischen Feldzug. In dieser Beziehung erzählt der Kaiser seinem englischen Freunde, daß als der Kampf auf dem Höhepunkt stand, die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens ihn eingeladen hätten, gemeinsam England zur Beendigung des Krieges aufzufordern. Man könne dadurch nicht nur die Republik retten, sondern England bis in den Staub demütigen. Diese Mitteilung habe der Kaiser dann benutzt, um seine ablehnende Antwort telegraphisch England bekannt zu geben, und die Antwort werde einst den Wortlaut der Depesche erfahren, die im Schloßarchiv zu Windsor ruhe. Als der Kaiser dann von der englischen Königin einen Brief voll Sorge um ihr Land erhielt, da hat er sich nicht damit begnügt, seine Großmutter zu trösten, sondern hat ihr tatkräftig helfen wollen, indem er einen Kriegesplan zur Niederwerfung der Buren entwarf. (Lachen und Bewegung.) Der deutsche Generalstab habe ihn dann geprüft, und der Kaiser spricht seine Genugtuung darüber aus, daß dieser Kriegesplan die Engländer zum Siege geführt habe. Ich denn einen Mann in der Stellung des Kaisers, als er Privatkonkurrenz gegenüber solche Äußerungen tat, nicht einen Augenblick wenigstens das Bewußtsein gekommen, welche schweren Schäden er dadurch dem von ihm so geliebten deutschen Volke zufügte? Wenn diese Äußerungen, die natürlich nicht erst durch die Veröffentlichung, sondern schon viel früher zur Kenntnis der Regierungen von Frankreich und Russland gekommen sind, gefallen sind, kann man sich denn dann wundern, daß Deutschland isoliert ist und kein Vertrauen im Arcopag der Völker genießt, daß Deutschland immer vor vollendete Tatsachen gestellt wird, ohne den Gung der Ereignisse beeinflussen zu können? Solche Judisifikationen sind die natürliche Ursache dafür, daß Deutschland im Konzert der Völker nicht mehr mitspielt, dafür, daß man im Konzert der europäischen Regierungen der deutschen Regierung die roten Blätter vorantreibt. (Weiterer Zuruf und sehr gut! links.) Auch hier handelt es sich ja nicht um Einzelheiten, nicht um einmalige Entgleisungen, sondern um das ganze System des persönlichen Regiments.

Diese Mitteilungen und Äußerungen des Kaisers sind ja nur ein Glied in der Kette seiner Äußerungen, die alle dem Größenbewußtsein des Monarchen entsprungen sind. Diese Ausschüttung des persönlichen Regiments führt Deutschland in die großen Schwierigkeiten, die das deutsche Volk begehren muß, indem auf Grund der schwierigen Situation die ewigen Mächtigungen verlangsamt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In dieser Politik des persönlichen Regiments sind alle Mitglieder der Regierung von oben bis unten mitschuldig, weil sie nicht den Mut haben, dagegen aufzutreten. Heute führt uns diese Politik des persönlichen Regiments in unerschwingliche Geldopfer, und morgen kann sie uns in schwere Kriege stürzen. (Anhaltender lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Als ich diese Teile der kaiserlichen Äußerungen las, dachte ich unwillkürlich an die Veröffentlichung des Tagebuches Kaiser Friedrichs durch Professor Gelfken, worüber vor 20 Jahren Fürst Bismarck einen Immediatbericht an den jetzigen Kaiser richtete. Auf Grund dieses Immediatberichtes wurde damals gegen Professor Gelfken die Untersuchung wegen Verleumdung eingeleitet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es heißt ja wohl in der konstitutionellen Fiktion, in der wir leben, daß der König der erste Diener des Staates sein soll. Ich glaube sagen zu dürfen, wenn irgendeinem Staatsdiener etwas Ähnliches passieren würde, das Reichsgericht würde in Funktion treten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts.) Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ins Justizhaus läme er! (Erneute große Unruhe rechts.) Wenn in dieser Weise Staatsgeheimnisse weiter getragen werden, dann liegt es auf der Hand, daß die Regierung zur deutschen Regierung kein Vertrauen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte nur wünschen, daß den maßgebenden Kreisen, die für die deutsche Reichspolitik verantwortlich sind, einmal das Licht darüber aufgeht, daß das deutsche Volk in den Abgrund gerissen wird, wenn diese Praxis weitergeführt wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Äußerungen, die der Kaiser seinem englischen Freunde gegenüber

über die deutsche Flotte

gelesen hat, sind nicht minder bedeutungsvoll für die Beurteilung der Art, wie bei uns Reichspolitik gemacht wird. Bei dieser Gelegenheit möchte ich in Vorentsche auf eine recht beachtliche Lücke in der offiziellen Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ aufmerksam machen. Es wird allgemein zugedrungen, daß es sich um verschiedene Gespräche mit verschiedenen Herren zu verschiedenen Zeiten handelt. Bismarck hat der Reichskanzler die Güte, uns darüber anzukündigen, auf welchem Wege der eine Herr, der das Manuskript veröffentlicht hat, zur Kenntnis der übrigen Gespräche gelangt ist? (Sehr richtig! links.) Ich weiß nicht, ob die Herren, die solche Informationen von hoher Stelle erhalten, einer Gesellschaft mit beschränkter Gastpflicht zur Verantwortung kaiserlicher Äußerungen angehörend? (Stürmische Heiterkeit.) Jedenfalls haben wir ein Recht zu verlangen, daß diese Lücke ausgefüllt wird. Vielleicht heißt der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit auch Ich, ob er noch Kenntnis von anderen Interviews hat? Ein amerikanisches Interview ist ja noch glücklicherweise zurückgezogen worden. Es entzieht mir die Frage: auf wie lange? (Sehr richtig! links.) Ich habe keinen Zweifel, daß wir auch von dem Inhalt dieser Unterredung gelegentlich etwas hören. (Sehr richtig!) Was sonst noch in der Welt herumwirrt, kann kein Mensch wissen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Bei der Fruchtbarkeit, mit der bei uns derartige Äußerungen oder Briefe in die Welt gesetzt werden, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß irgendwo im Dunkel noch etwas liegt. (Sehr richtig!) Wo Grund für die Vernehmung der deutschen Flotte gibt der Kaiser die Beschreibungen Japans und Chinas an, im Konzert der Völker eine Rolle spielen zu wollen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was ist die Folge solcher Äußerungen? Ich habe bereits in den Zeitungen gelesen, daß die japanische und chinesische Regierung durch ihre Vertreter über diese Äußerung sich auszusprechen haben. (Hört! hört! links.) Ich halte das auch für ganz natürlich. Wie sollen denn die beiden Völker anders handeln, wenn ihnen aus solchem Munde ein Injunktionskrieg angelündigt wird? Eine eigenständige Besetzung bekommt diese Äußerung, wenn man mit ihr die Verteilung des Schwarzen Adersens an einen japanischen Prinzen in Zusammenhang bringt. (Sehr gut! links.) Alle diese Äußerungen sind nicht geeignet, das Vertrauen

des deutschen Volkes zu seiner Reichspolitik zu stärken. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, nichts ist geeigneter, das Vertrauen gegen die deutsche Politik zu stärken, als solche Aeußerungen, die auf der einen Seite einem Volke gegenüber in Freundschaftsbeteuerungen überhäufelt und auf der anderen Seite gegen dasselbe Volk mit Heißzungen arbeiten. Diese Politik ist keine zielbewusste, ketzerische Politik, sondern eine Augenblickspolitik der schwankenden Gefühle, die nicht in der Lage ist, die Folgen zu überblicken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich nun zu dem zweiten Teil der Veröffentlichungen. Hier wird

das Drama zur Post.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diese Veröffentlichungen sind so grotesk und absurd, daß man erstarrt über sie kaum sprechen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Reichskanzler würde sich aber irren, wenn er glaubte, daß der Schwerpunkt in den Klagen über die Veröffentlichung der Vorgänge liegt, nein, der Schwerpunkt liegt darin, daß diese Aeußerungen gemacht werden konnten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) daß er nicht in der Lage war, nicht nur die Veröffentlichung, sondern auch die Aeußerungen zu verhindern, und daß, wenn er es nicht gekonnt hat, er es bei dem Anbieten seiner Demission hat bewenden lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Anbieten der Demission war gewiß ein korrekter Entschluß, aber in dem Augenblick, wo er als bestimmter Mann sich zur Erklärung genötigt sah, daß er diese Aeußerungen widerstehen hätte, wenn er sie gekonnt hätte, und damit zugleich, daß er von der Schädlichkeit dieser Aeußerungen für das deutsche Volk überzeugt war, mußte er, wenn die Demission nicht angenommen wurde, trotzdem seinen Posten verlassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das wäre ein Verhalten gewesen, das mit seinen Versicherungen, wie wir sie hier wiederholt gehört haben, in Einklang zu bringen wäre. Was er aber getan hat, zu erklären: Ich billige die Aeußerungen nicht und biete meine Demission an! Dann aber zu sagen: Ich bleibe und übernehme für die vorher nicht gebilligten Aeußerungen die Verantwortlichkeit! — dafür fehlt dem deutschen Volke jedes Verständnis. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch wird die Sache in Wahrheit zur Komödie. Oder will der Herr Reichskanzler sich in die Lage bringen, hier vor der Welt die Aeußerungen zu dekonstruieren und ihre Schädlichkeit nachzuweisen? (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn er das will, werden wir die ersten sein, die sich darüber freuen. Ob er es tun wird, wollen wir abwarten.

Aus einem seltenen konstitutionellen Empfinden heraus hatte der Kaiser sein Manuskript dem verantwortlichen Kanzler zur Prüfung überlassen. Wegen der Schrift, vielleicht auch, weil es so lang war, oder aus irgendwelchen anderen Gründen, schickte er der Kanzlerin an das Auswärtige Amt zur Durchsicht. Ich habe mich über die Verschickung, die seitens des Herrn Reichskanzlers einem kaiserlichen Manuskript gegenüber darin liegt, hier nicht zu äußern. (Heiterkeit.) Aber ich muß doch sagen, wählte der Herr Reichskanzler gar nicht, daß der Chef des Auswärtigen Amtes seinen Urlaub in Verhinderung hatte? Man kann es ja begreifen, daß er die Situation, daß beide höchsten Beamten, die für die Leitung der auswärtigen Politik verantwortlich sind, verreist waren, als eine gewöhnlichsmäßige in Deutschland bereits so erfährt hatte, daß sie ihm gar nicht mehr auffiel. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben ja überhaupt

eine Regierung im Umberziehen,

auch der Kaiser ist dauernd auf Reisen. Der Reichskanzler also überließ das Manuskript dem Auswärtigen Amt und nun kam so ein unglücklicher, armer preussischer Geheimrat (Heiterkeit) in die Lage, das Manuskript lesen zu müssen, und dieser arme Mann ist nun derjenige, dem Deutschland die Blamage verdankt. Die Leitung einer auswärtigen Politik, in der solche Dinge möglich sind, verdient wirklich nicht ernst genommen zu werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In jedem einigermaßen gut geleiteten Geschäft wären solche Vorgänge unendlich. Ein Beschluß eines großen Weltunternehmens, der sich sagen müßte, daß durch seine Nachlässigkeit, durch seine Fehler, durch seine falsche Organisation das Unternehmen an den Rand des Ruins gebracht wird, würde, glaube ich, selbst wenn der Chef ihn bittet, zu bleiben, es nicht mit der Autorität, die er als Leiter eines solchen Unternehmens haben muß, mit dem Respekt, den er von seinen Untergebenen verlangen muß, vereinbaren können, diesen Posten weiter zu behalten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der erste Eindruck der Veröffentlichung in der „Nordd. Allg. Ztg.“, wodurch, wie gesagt, das Drama zur Post wurde, war dann, daß in der ganzen Welt ein Hüllengelächter ausbrach und daß Deutschland mit Hohm und Spott überschüttet wurde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das dankt das deutsche Volk dem Herrn Reichskanzler, der diese Folgen voraussehen mußte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Von großer Wichtigkeit ist nun auch für uns die Frage: Wie ist es möglich, aus dieser

Politik der Konfusion,

aus dieser Politik der Reden, Briefe und Telegramme herauszukommen, zum Wohle des deutschen Volkes zu einer Politik, welche das deutsche Volk kraft seiner Intelligenz, kraft seiner Leistungen in der Welt zu verlangen berechtigt ist. Es ist die allerhöchste Zeit, vielleicht ist es die zwölfte Stunde, in der heute der Reichstag in der Lage ist, Wandel zu schaffen gegen den Kanzler, Wandel zu schaffen gegen den Kaiser. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Frage überträgt an Ernst und Tiefe weit die übrigen. Hier trennen wir uns von den bürgerlichen Parteien aller Schattierungen. Ich halte es für einen Gewinn, und ich sehe ich mich gar nicht, das anzuspüren, daß in der Beurteilung der Vorgänge eine erfreuliche Einigkeit in allen Schichten der Bevölkerung und allen Parteien sich gezeigt hat. Aber in der Beurteilung der Konsequenzen trennen wir uns. Wenn ich der Empfindung Ausdruck gebe, welche die Forderungen des Herrn Wasserfall auf die Frage, was nun geschehen soll, erwecken, so muß ich sagen, ich habe die Empfindung, daß seine Forderungen eine bestechende Arbeit des Reichstages darstellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Lebhaftest Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Was Herr Wasserfall namens seiner Freunde gefordert hat, ist nichts weiter, als die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes mit einigen Modifikationen, die auf den guten Willen des Reichskanzlers aufzubauen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Forderungen, die Herr Wasserfall am Schluß seiner Rede gemacht, enthalten einen guten Kern, der sich aber niemals entfalten kann, wenn die Herren nicht die Konsequenzen aus ihren Forderungen ziehen. Zwar sagte er, wenn seine Forderungen nicht erfüllt würden, so würde seine Partei die Konsequenzen ziehen, aber diesem Wechsel auf die Zukunft wird der Reichskanzler ruhigen Mutes entgegensehen, ist er sich doch der langen und häufigen Proklamationen von vornherein sicher. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie als Volkvertreter etwas tun, so ist jetzt die Möglichkeit dazu vorhanden. Hio Rhodus, hio salta! Beweisen Sie den Willen, Ihre Macht zu benutzen und verweisen Sie das Volk nicht wieder auf die Zukunft! Die bisherigen Modifikationen sind nicht von derartig liberaler Weise, daß das deutsche Volk Neigung haben könnte, den Wechsel auf die Zukunft zu akzeptieren, sondern das deutsche Volk wird jetzt Fassung verlangen, es wird verlangen, daß Sie jetzt die notwendigen gesetzgeberischen Schritte ergreifen. Auch wir Sozialdemokraten sind lebhaft daran interessiert, vielleicht mehr wie die anderen Parteien, daß in Deutschland Regierungsverhältnisse eintreten, die eines Kulturvolkes würdig sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben alles Interesse daran, daß neben der wirtschaftlichen Freiheit, für die wir kämpfen, auch die politischen Rechte für Deutschland mehr gewährleistet werden, als es jetzt in den Einzelstaaten der Fall ist. Wir werden also alle

Maßregeln, die auf diesem Gebiete Verringerung schaffen, mit aller Lebhaftigkeit und Energie unterstützen. Aber ebenso bestimmt muß ich zum Ausdruck bringen: Auch in diesem Falle lassen wir uns nicht zum Narren machen! Wir geben nichts auf Worte, sondern wir wollen Taten sehen! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen gesetzliche Maßnahmen, die das deutsche Volk vor einer Wiederholung solcher Vorgänge schützen. Dazu ist

eine Verfassungsänderung notwendig,

die der Volkvertretung die Entscheidung über Krieg und Frieden gibt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In letzter Linie sind es doch die am Horizont auftauchenden Kriege, deren Gefahr erhöht wird, wenn diese unverantwortliche Politik, dieses persönliche Regiment weiter geführt wird. In letzter Linie muß doch das Volk Gut und Blut zu Markte tragen, wenn es zum Kriege kommt. In den Zeitungen war in den letzten Tagen zu lesen, daß die Situation so gespannt war, daß man sagte, wir ständen unmittelbar vor dem Kriege. Wenn es möglich ist, daß wegen einer solchen Unannehmlichkeit, wie sie dort in Calabianca sich ereignete, die Situation sich derartig zuspitzt, daß es zum Kriege kommen kann, so ist das nur der Tropfen, der den Eimer zum Überlaufen bringt, während die Zustände selbst längst schon zugehopt sind. Daß sie aber so zugehopt sind, daran trägt die unverantwortliche und persönliche Politik schuld. Ich brauche bloß an die Vorgänge in Marokko zu erinnern, die in der berühmten Algeirasade ihr Ende gefunden haben. Ich erinnere an die Orientvorgänge, in denen wir uns ebenfalls nicht mit Ruhm bedeckt haben — das werden wohl auch die Anhänger des Reichskanzlers zugeben. Also auf die unüberwindlichen Vorurteile, die hier gemacht sind, gehe ich nicht ein. Dafür sind die Vorgänge viel zu ernst, ganz abgesehen davon, daß die Zeit zu kostbar ist, als daß ich mich mit ihnen beschäftigen sollte. Aber notwendig und auch durchführbar ist es, eine Bestimmung in die Verfassung hineinzusetzen, welche die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände der Volkvertretung legt. Ferner brauchen wir eine Ministerverantwortlichkeit und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers. Bereits im Jahre 1900 haben wir einen Initiativvortrag an Erlass eines Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit eingebracht. Er hat das Schicksal so vieler Initiativvorträge geteilt, er ist nicht zur Beratung gekommen, weil so viele volkshässliche Gegenvorschläge des Bundesrats verhandelt werden mußten. Den Sinn dieses Antrages haben wir in eine Resolution gegossen, die von der Mehrheit dieses Hauses abgelehnt wurde, und damit hat die Mehrheit dokumentiert (Kurze bei den Freisinnigen: Wir beantragen ja daselbe!) Auch Ihr Antrag wird daselbe Schicksal haben. (Zuruf bei den Freisinnigen: Abwarten!) Glauben Sie, daß Ihr Einfluß im Bund schon so groß ist? (Heiterkeit.) Oder glauben Sie gar, Ihr Einfluß reicht schon so weit, die Regierung bis in die Wilhelmstraße hinein und den Bundesrat zu beeinflussen? Daran erlaube ich mir bis zur vollendeten Lächerlichkeit zu zweifeln. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Unser Antrag also ist abgelehnt worden, und damit hat die Mehrheit des Reichstages dokumentiert, daß sie praktisch eine Ministerverantwortlichkeit nicht will. Und doch ist die Ministerverantwortlichkeit notwendig, um solche Vorgänge zu vermeiden. Der Reichstag muß ein Anklagerecht gegen den Reichskanzler haben, der Reichskanzler muß vor einen Gerichtshof kommen, der aus Richtern und aus Mitgliedern der Volkvertretung besteht. Die öffentliche Gewalt in Deutschland muß sich von der Ueberzeugung durchdringen lassen, daß neben dem Monarchen und dem Bundesrat die Volkvertretung ein Recht hat, über die Geschichte des Volkes zu entscheiden.

Weiter müssen wir verlangen, um den Einfluß der Volkvertretung auf die auswärtige Politik zu sichern, daß der Reichstag selbst bei der Ernennung des Reichskanzlers und der Minister mitzuwirken berufen ist. Gegenüber den Umständen, die sich entwickelt haben, ist das Ernennungsrecht des Kaisers keine genügende Garantie für die Sicherheit und Wohlfahrt des Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die vom Vertrauen des Volkes zusammenberufene Volkvertretung muß Einfluß auf die Ernennung haben, damit Männer ernannt werden, die sich auf das Vertrauen der Volkvertretung stützen können. Das einseitige Vertrauen des Kaisers, das sehr plötzlich von einem Tag zum anderen wechseln kann und von dem wir auch nicht wissen, was für Anforderungen er an die Minister stellt, welches Mindestmaß von Wissen und Kenntnissen er für einen Minister verlangt, reicht nicht hin, um das deutsche Volk über seine Zukunft zu beruhigen. In England und Frankreich kennt man keine Minister, die nicht das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments besitzen, sie werden dort vielmehr aus den Reihen der Mehrheit des Parlamentes selbst genommen. Und diesen Zustand in irgend einer Form auch in Deutschland herbeizuführen, muß Aufgabe des Reichstages sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ferner müssen wir uns durch

Änderungen in der Geschäftsordnung

in eine Position bringen, die uns ermöglicht, zu jeder Zeit, wenn es die Mehrheit des Reichstages für notwendig erachtet, in die Besprechung äußerer und innerer Fragen einzutreten. Etwas Ähnliches müssen wir jederzeit hier zur Vespredung bringen können und wir müssen den Reichskanzler zwingen können, hier zu erscheinen. Daß die Besprechung wichtiger aktueller Fragen verlagert wird, bis es dem Reichskanzler gefällt, hier zu erscheinen, ist geradezu ein Hohn für den Reichstag. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Stellung, die dem Reichstages unwürdig ist. (Lebhaftes Bravo links.) Es handelt sich hier gar nicht um eine Parteifrage, sondern um eine Ehrenfrage des ganzen Reichstages. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wird der Reichstag sich seiner Pflicht bewußt sein, wird er aus der tiefen Erregung im deutschen Volke die richtige Zeit ziehen? Es könnte sein, als ob jetzt nach so langer Zeit die Erregung schon abgeklungen ist. Ich halte es für einen unerträglichen Zustand, daß der Reichstag erst jetzt zur Vespredung dieser Dinge kommt. Aber wir müssen es tun, weil es unsere einfache Pflicht ist. Wenn der Reichstag gezwungen war, bis heute zu warten, dann ist das in der Hauptsache nicht die Schuld des Reichstages. Es müssen deshalb die Zustände derart geändert werden, daß Dinge, wie sie vorgekommen sind, nicht wieder vorkommen. Dabei entsteht die Frage, welche Maßnahmen hat der Reichstag, um solche Änderungen durchzuführen? Das beste Mittel, welches der Reichstag hat, ist die Geldbewilligung. Es trifft sich gut, daß in dem Augenblick, wo diese Aeußerungen des Kaisers gefallen sind, wo das ganze Volk und die gesamte Volkvertretung von tiefer Indignation erfüllt sind, wo vor aller Welt gesagt werden muß, daß diese Aeußerungen geeignet sind, die Interessen des deutschen Volkes auf schwerste zu schädigen, die Reichsregierung in einer Finanzkrise dem deutschen Volke eine Last von 500 Millionen Mark aufbürden will. Das beste Mittel, um Inzucht herbeizuführen, die die Wiederkehr solcher Vorgänge verhindern, liegt in diesem Augenblick beim Reichstag in der Verhandlung der Reichsfinanzreform. (Sehr gut! links. Unruhe rechts.) Der Reichstag darf nicht eher in die Behandlung irgend eines Gesetzes eintreten, ehe nicht gesetzliche Garantien gegeben sind, die für die Zukunft solche Dinge unmöglich machen. (Sehr gut! links.) Sonst hat der Reichstag wieder einmal pro nihilo geredet, er hat geredet und es wird nicht geändert. Jetzt ist der Moment gekommen, wo im Reichstage nicht geredet werden soll, sondern gehandelt werden muß. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Reichsregierung hat sich den Kredit, den sie meiner Ansicht nach unberechtigt bei den bürgerlichen Parteien bisher hatte, auch bei diesen Parteien nunmehr verlohren. Einmütigkeit sollte deshalb im Reichstage darüber herrschen, daß dieser Regierung gegenüber gesetzliche Schranken geschaffen werden müssen darüber, daß weder die Zusage des Reichskanzlers, noch die Zusage des Kaisers, noch die Zusage irgend eines anderen etwas nützt. Die Volkvertretung hat ihrerseits die Pflicht, Forderungen

der Regierung nicht eher zu bewilligen, als bis solche Schranken aufgerichtet worden sind. Der Reichstag muß die Parole ausgeben:

Hort mit dem persönlichen Regiment!

(Stürmischer Beifall links.) Der Reichstag muß dafür sorgen, daß eine wirkliche Verantwortlichkeit des Reichskanzlers geschaffen wird, nicht ein Spinnwebgewebe, wie es bisher bestand. Der Reichstag muß sich auf sich selbst bestimmen und die Ehre, Würde und Wohlfahrt des deutschen Volkes wahren. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Wahrung dieser Dinge verlangt, daß der Volkvertretung ein größerer Einfluß auf die Entscheidungen der Reichsregierung eingeräumt wird. Sie von der Majorität haben die Pflicht, das zu tun. Wir Sozialdemokraten können unserer Zahl nach in diesem Hause nichts weiter tun, als zu warnen, wir können Ihnen nur das sagen, was das deutsche Volk in seiner großen Masse denkt und fühlt. Wir sind die Vertreter von Millionen von Arbeitern. Wir haben Fassung mit der deutschen Arbeiterkraft und brauchen unsere Kenntnis bisher nicht aus der „Lokal-Anzeiger“-Presse zu schöpfen. Wir sagen Ihnen: es ist höchste Zeit, daß etwas geschieht. Laßt der Reichstag aus diesem Augenblick unbekannt vorübergehen, so wird die deutsche Arbeiterkraft auch zu dem Reichstage sein Vertrauen mehr haben, wie sie es zur Regierung schon lange nicht mehr hatte. Jetzt hat die Volkvertretung das Wort. Das Geldbewilligungsrecht müssen Sie zur Durchsetzung dieser wichtigsten konstitutionellen Forderung brauchen. Wenn Sie das tun, dann soll es an unserer Mitarbeit nicht fehlen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Heidebrand und der Laus (L.):

Der Vordemmer war nicht konsequent genug. Nicht konsequent, daß er nicht die Veseitigung der Monarchie in Deutschland verlangt hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Besser wäre es auch!) Auch meine politischen Freunde haben eine Interpellation eingebracht, weil etwas gesagt werden muß. Ich spreche es offen aus, daß es sich für uns nicht nur um die letzte Veröffentlichung handelt, sondern um eine Summe von Sorgen, Gedanken und Unruhe, die sich im Laufe der Jahre angesammelt hat. (Sehr wahr!) Aber wenn auch diese Erregung in trennmonarchischen Kreisen vorhanden ist — gewisse Leute brauchen mögen es sich gesagt sein lassen — in der Stunde der Gefahr wird das deutsche Volk stets einig sein. (Lebhaftes Bravo rechts.) Was die Veröffentlichung im „Daily Telegraph“ anlangt, so meinen wir, daß solche Dinge zwar einmal vorkommen dürfen, aber andererseits glauben wir nicht, daß sie sich wiederholen werden. (Zuruf links: Ja, na!) Die der Veröffentlichung zugrunde liegenden Handlungen sind Handlungen des Kaisers, für uns Konstante gilt deshalb der verfassungsmäßige Grundsatz, daß der Kaiser uns nicht verantwortlich ist, sondern nur sich selbst. Wir haben es nur mit dem Reichskanzler zu tun, an dem sich unsere Interpellation richtet. Es wäre ungerath, in diesem Augenblick zu verkommen, was der Reichskanzler in seiner achtjährigen Tätigkeit für das Deutsche Reich und das deutsche Volk geleistet hat. (Lauter Beifall rechts.) Man kann nicht mit einem Wort besetzen, was er in treuer Pflichterfüllung und aufrichtiger Vaterlandsliebe getan hat. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Fürst Dagseldt (Sp.) verliest die Interpellation seiner Fraktion und erklärt, vor weiteren Ausführungen erst die Erwiderung des Reichskanzlers abwarten zu wollen.

Reichskanzler Fürst Bismarck:

Ich werde nicht auf alle Punkte eingehen, die von den Herren Vordemmer betührt worden sind. Ich muß auf die Wirkung meiner Worte im Ausland sehen und ich will nicht neue Nachteile zu dem großen Schaden hinzufügen, der durch die Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ bereits angerichtet worden ist. (Hört! hört!) In Verantwortung der vorliegenden Interpellation habe ich das Nachstehende zu erklären. Seine Majestät der Kaiser hat zu verschiedenen Zeiten gegenüber privaten englischen Periodikaleiten private Aeußerungen getan, die aneinander gereiht vom „Daily Telegraph“ veröffentlicht worden sind. Ich muß bezweifeln, daß alle Einzelheiten von diesen Gesprächen richtig wiedergegeben worden sind. (Hört! hört!) Von einem weiß ich, daß es nicht richtig ist. Das ist die Geschichte mit dem Heißzungenplan. (Hört! hört!) Es handelt sich nicht um einen ausgearbeiteten, detaillierten Heißzungenplan, sondern um rein akademische Gedanken. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, wir befinden uns in einer so ernsten Debatte. (Lebhaftes Bravo rechts.) Die Dinge, die ich bespreche, sind ernster Natur und von großer politischer Tragweite. Ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie mich mit Ruhe anhören wollten. Ich werde mich möglichst kurz fassen. Ich wiederhole also, es handelt sich nicht um die Ausarbeitung eines Heißzungenplanes, sondern um rein akademische Gedanken, sie waren ausdrücklich, wie ich glaube, als „Aphorismen“ bezeichnet, über die „Kriegsführung im allgemeinen“, die Seine Majestät der Kaiser im Briefwechsel mit der bereinigten Königin Victoria ausgesprochen hat. Es waren theoretische Betrachtungen ohne jede praktische Bedeutung für den Gang der Operationen und für den Ausgang des Krieges. Der Chef des Generalstabes, Graf von Wolke und sein Vorgänger General Graf Schlieffen haben beide erklärt, daß der Generalstab über jenen südafrikanischen Krieg wie über jeden anderen großen und kleinen Krieg, der seit Jahrzehnten in der Welt stattgefunden hat, seiner Majestät Vortrag gehalten hat. Sie haben aber beide versichert, daß der Generalstab niemals einen Heißzungenplan oder eine ähnliche auf den südafrikanischen Krieg bezügliche Arbeit des Kaisers geprüft oder nach England weitergegeben habe. (Hört, hört! links.) Ich muß aber auch unsere Politik gegen den Vortwurf in Schutz nehmen, als ob sie den Engländern gegenüber eine zweideutige gewesen wäre. Wir haben, das steht offenkundig fest, die Engländer rechtzeitig gewarnt. Wir haben der Transvaal-Republik keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie im Falle eines Krieges allein stehen würde. Wir haben im Mai 1899 direkt und durch die Vermittlung der befreundeten holländischen Regierung ihr nahegelegt, sich gütlich mit England zu verständigen, da der Ausgang im Falle eines Krieges nicht zweifelhaft sein könnte. In der

Frage der Intervention

sind die Forderungen zu klar aufgetragen. Die Sache selbst war längst bekannt. (Lebhaftes Bravo! hört!) Sie bildete erstlich den Gegenstand einer Polemik zwischen der „National Review“ und der „Deutschen Review“. Von einer Entschädigung kann gar keine Rede sein. Nun hat man gesagt, die kaiserliche Mitteilung an die Königin von England, daß Deutschland einer Anregung zu einer Mediation oder Intervention nicht Folge gegeben habe, sei eine Verletzung der im diplomatischen Verkehr üblichen Regel. Ich will nicht an die Indiscretionen erinnern, an denen die diplomatische Geschichte aller Völker reich ist. Die sichere Politik ist wohl diejenige, die keine Indiscretionen zu fürchten braucht. Um im einzelnen Falle zu entscheiden, ob das Vertrauen verletzt ist, müßte man über die näheren Umstände bekannt sein, als in dem „Daily Telegraph“ gesagt ist. Die Mitteilung konnte berechtigt sein, wenn von einer Seite verläßt worden war, unsere Absichten zu entdecken oder unsere Haltung zu verächtlichen; es können Dinge vorausgegangen sein, die eine Verletzung dieser Angelegenheit in einer vertraulichen Privatkorrespondenz mindestens erklärlich erscheinen lassen. Ich sage eben, in dem Artikel des „Daily Telegraph“ wären die Ausdrücke zu stark gewählt. Das gilt in erster Linie von der Stelle, wo der Kaiser gesagt haben soll, die Mehrheit des deutschen Volkes wäre von selbstwillingen Meinung gegenüber England erfüllt. Zwischen Deutschland und England haben sich Verständnisse stattgefunden, bedauerliche und ernste Mit-

verständnis; ich weiß mich aber nicht mit diesem ganzen Hause, wenn ich sage, das deutsche Volk will auf der Basis gegenseitiger Achtung friedliche und freundliche Beziehungen zu dem englischen Volke (Sehr richtig), und ich konstatiere, daß sich die Redner aller Parteien in diesem Sinne ausgesprochen haben. (Sehr richtig.) Eine andere Stelle, wo der Ausdruck zu stark gewählt war, war der Passus, der sich bezog auf

unsere Interessen im Stillen Ozean.

Diese Stelle ist in einem für Japan feindlichen Sinne ausgelegt worden. Mit Unrecht! Wir haben in Ostasien nie an etwas anderes gedacht als an dies: Für Deutschland einen Anteil am Handel in Ostasien bei der großen wirtschaftlichen Bedeutung dieser Gebiete und zu erwerben und zu erhalten. Wir denken gar nicht daran, uns in Ostasien auf irgendwelche maritimen Abenteuer einzulassen. Aggressive Absichten liegen unserem Schiffbau für Ostasien gerade so fern wie in Europa. Der deutsche Kaiser bezieht sich mit dem verantwortlichen Leiter der deutschen Politik in der Anerkennung der hohen politischen Bedeutung, die sich das japanische Volk durch politische Tatkraft und militärische Leistungsfähigkeit erworben hat. Die deutsche Politik betrachtet es nicht als ihre Aufgabe, dem japanischen Volk den Genuß und den Ausbau des Erworbenen irgendwie zu schmälern. Ueberhaupt habe ich den Eindruck, als würde, wenn die materiellen Dinge — vollends in der richtigen Form in einzelnen bekannt geworden wären, die Sensation keine so große gewesen sein. Auch hier gilt der Satz, daß die Summe mehr war als alle Einzelheiten zusammen. Ueber der materiellen Seite sollte vor allem nicht ganz die psychologische übersehen werden. Seit zwei Jahrzehnten ist unsere Kaisers Mächten unter oft sehr schwierigen Verhältnissen darauf gerichtet gewesen, ein freundschaftliches Verhältnis zwischen England und Deutschland herbeizuführen. Er hat bei diesem ehrlichen und aufrichtigen Bestreben mit Hindernissen zu kämpfen gehabt, die manchen entmutigt hätten. Die leidenschaftliche Parteinahme unseres Volkes für die Buren war menschenlich begreiflich. Die Teilnahme für die Schwächeren ist gewiß ein sympathischer Zug, sie hat aber auch zu ungerichten und vielfach maßlosen Angriffen gegen England geführt, und auch von englischer Seite sind ungerichte und häßliche Angriffe gegen Deutschland gerichtet worden. Unsere Absichten wurden entstellt, es wurden uns Pläne unterworfen, an die wir nie gedacht haben. Der Kaiser aber, durchdrungen von der wichtigen und richtigen Ueberzeugung, daß dieser Zustand eine Unmöglichkeit für beide Länder und eine Gefahr für die zivilisierte Welt war, hat unentwegt an dem Gedanken, an dem Ziele festgehalten, das er sich gesetzt hat. Ueberhaupt geschieht unserem Kaiser mit jedem Zweifel an der Lauterkeit seiner Absichten, an seiner idealen Bestimmung, an seiner tiefen Baparlamentarische Schwere Unrecht. Meine Herren, wir wollen alles vermeiden, was nach übertriebenem Werben um fremde Günst, was irgendwie nach Unsicherheit oder nach Laune aussieht, aber ich verstehe, daß der Kaiser gerade, weil er sich bewußt war, immer eifrig und ehrlich an der Verständigung mit England gearbeitet zu haben, sich getränkt fühlte durch Angriffe, die seine besten Absichten entstellten. Ist man doch so weit gegangen, seinem Interesse für den deutschen Schiffbau geheime Absichten gegen englische Lebensinteressen unterzuschreiben, an die er nie gedacht hat. Der Kaiser hat in Privatgesprächen mit englischen Freunden durch den Hinweis auf seine Haltung in einer für England schwierigen Zeit den Beweis führen wollen, daß er verkannt und ungerichtet beurteilt werde. Meine Herren! Die Einsicht, daß die Veröffentlichung dieser Äußerungen in England nicht die von Seiner Majestät dem Kaiser erwartete Wirkung gehabt, in Deutschland aber tiefgehende Erregung und schmerzliches Bedauern hervorgerufen hat, wird — diese feste Ueberzeugung habe ich in diesen schweren Tagen gewonnen — Seine Majestät dem Kaiser dahin führen, künftig auch in seinen Privatgesprächen sich diejenige Zurückhaltung aufzuerlegen, die für eine einheitliche Politik, die für die Autorität der Krone eine unerlässliche ist. Wäre dem nicht so, so könnte weder ich noch einer meiner Nachfolger dafür die Verantwortung tragen. (Bravo! recht.)

Meine Herren! Für den Fehler, der bei der geschäftlichen Behandlung des Manuskripts des „Daily Telegraph“ gemacht worden ist, trage ich die ganze Verantwortung, wie ich das in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ habe sagen lassen. Auch widerpricht es meinem persönlichen Befehl, Beamte, die ihr Seelchen ihre Schuldigkeit getan haben, als Sündenböcke hinzustellen, weil sie sich in einem Falle zu sehr darauf verlassen haben, daß ich meist alles selbst lese und letzten Endes entscheide. Wie Herr von Heubrand bedauere ich es auf das tiefste, daß in der Maschinenrie des Auswärtigen Amtes, die elf Jahre lang unter mir tadellos funktioniert hat (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten. Kurze: Tadellos?), sich einmal ein Defekt gezeigt hat. Ich sehe dafür ein, daß sich das nicht wiederholt und daß alle hierfür erforderlichen Maßnahmen getroffen werden ohne Ungerechtigkeit, aber auch ohne jedes Ansehen der Person. (Bravo! recht.) Aus der Artikel des „Daily Telegraph“ erschienen war, dessen verhängnisvolle Wirkung wir nicht einen Augenblick zweifelhaft sein konnte, habe ich

meine Entlassung eingereicht.

Dieser Entschluß war geboten, und er ist mir nicht schwer geworden. Der schwerste und ernsteste Entschluß, vor dem ich in meinem politischen Leben gestanden habe, war es, dem Wunsch Sr. Majestät des Kaisers folgend, noch im Amte zu bleiben. Ich habe mich dazu nur entschlossen, weil ich glaube, gerade unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen dem Kaiser und dem Lande weitere Dienste leisten zu können. (Lebhafter Beifall rechts.) Wie lange mir das möglich ist, sieht dahin. (Bewegung und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Und nun will ich noch eines sagen: In dem gegenwärtigen schwierigen Augenblick, wo die Dinge in der Welt wieder einmal in Fluß geraten sind, wo wir unsere Stellung nach außen zu wahren, wo wir unsere Interessen, ohne uns vorzubringen, aber mit ruhiger Stetigkeit zur Geltung zu bringen haben, dürfen wir vor dem Auslande keine Kleinmütigkeit zeigen, dürfen wir ein Unglück nicht zur Katastrophe machen. Ich will mich jeder Kritik der Ueberhebungen enthalten, die wir in diesen Tagen erlebt haben. Der Schaden aber — ich hoffe, daß unsere Betrachtungen das zeigen werden — ist nicht so groß, daß er nicht mit Stetigkeit wieder gut gemacht werden könnte. Gewiß soll keiner die Warnung vergessen, welche die Ereignisse dieser Tage uns allen erteilt haben. Aber wir dürfen vor dem Auslande nicht Rücksichtslosigkeit zeigen, die von unseren Gegnern so aufgefaßt werden würde, als wäre das Reich im Innern wie im Aufruhr getrieben. An den berufenen Vertretern der Nation ist es jetzt, diejenige Besonnenheit zu zeigen, die dem Ernst der Lage entspricht. Ich sage das nicht für mich, ich sage es für das Land. Diese Mitwirkung ist eine Pflicht, der sich dieses hohe Haus nicht entziehen wird. (Lebhafter Beifall rechts. Rufen bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Baasche (natl.) beantragt die Besprechung der Interpellationen.

Die Besprechung wird einstimmig beschlossen. Abg. Frhr. v. Hertling (Z.): (zur Geschäftsordnung): Ich halte es für unmöglich, jetzt in die Besprechung der Interpellationen einzutreten, ehe wir den Wortlaut der Äußerungen des Reichskanzlers in Händen haben. Ich beantrage daher, jetzt die Sitzung zu vertagen. Für den Antrag stimmen Zentrum, Polen und Sozialdemokraten und einige wenige Mitglieder der freisinnigen Parteien und der Reichspartei. Das Bureau bleibt zweifelhafte. Die Abstimmung muß durch Sammelstimmung wiederholt werden. Sie ergibt die Ablehnung des Vertagungsantrages mit 179 gegen 167 Stimmen.

In der Besprechung der Interpellationen erhält das Wort Abg. Frhr. v. Hertling (Z.): Mein Vertagungsantrag entsprach der Tatsache, daß die Erklärung des Reichskanzlers sich nicht der Veröffentlichung im „Daily Telegraph“ nicht bedachte, die wir bisher für authentisch hielten. Ich werde nunmehr so sprechen, als ob die Erklärung des Reichskanzlers noch nicht gegeben wäre. (Lachen rechts und bei den Nationalliberalen.) Am wichtigsten sind für uns die veröffentlichten Tatsachen selbst. Der heutige Tag ist ein Meilenstein in unserer parlamentarischen Geschichte. Denn es mußte der gute Brauch, mit der Kritik vor der allerhöchsten Person Halt zu machen, vollständig außer Acht gelassen werden. So schmerzhaft mir deshalb der heutige Tag ist, so bestimmt hoffe ich, daß solche Vorgänge nicht wiederkehren. (Ruf bei den Sozialdemokraten.) Unsere gefährliche Situation ist durch die Veröffentlichung im „Daily Telegraph“ grell beleuchtet worden. Wir wollen nicht, daß die Worte des Kaisers im Ausland als die Ziele der deutschen Politik angesehen werden. Die große Mehrheit des deutschen Volkes ist nicht englandfeindlich, — ich erinnere nur an die Aufnahme der Engländer auf dem letzten Internationalen Historikerkongress und den Beschlüssen, die nächsten in London abzuhalten. — Den Feldzugsplan hat der Reichskanzler als eine ganz harmlose Handlung hingestellt. Ich sehe auch nicht darin mit Notwendigkeit eine Staatshandlung und eine Verletzung der Neutralität. Aber jedenfalls muß man bedauern, daß der Kaiser sich damals mit dem Volksempfinden so in Widerspruch gesetzt hat. Eine Vernehmung Englands mit Frankreich und Rußland hat zweifellos nicht in der Absicht des Kaisers gelegen. Jedenfalls würde eine solche Äußerung mit den offiziellen Erklärungen des Fürsten Bülow in Widerspruch stehen. Auch die Äußerung über die gelbe Gefahr hat der Herr Reichskanzler abzuschwächen gesucht. Nun, wir haben ja ähnliche Äußerungen über die gelbe Gefahr schon früher gehört. (Sehr wahr!) Gewiß kann es in ferne Zukunft einmal zu Konflikten im fernem Osten kommen, aber von einer aktuellen Gefahr in dieser Hinsicht kann keine Rede sein. Vor allem muß ich auch für meine Freunde auf das entschiedenste die Auffassung zurückweisen, als wenn der Ausbruch unserer Flotte den in jenen Äußerungen angegebenen Zweck habe. Wäre das der Fall, dann hätte sich niemand von uns daran beteiligt. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die Veröffentlichungen des „Daily Telegraph“ haben uns klar gezeigt, was der eigentliche Grund des Mißtrauens im Ausland gegen die deutsche Politik ist. Es ist

die Zweispaltigkeit

zwischen den offiziellen Äußerungen und solchen Veröffentlichungen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die Interpellanten haben gefragt, was der Herr Reichskanzler zu tun gedenkt, um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu vermeiden. Ich habe aus der Antwort des Herrn Reichskanzlers nichts herauslesen können, was er zu tun gedenkt. (Sehr wahr! im Zentrum.) Aber es kommt auch mehr darauf an, was der Reichskanzler getan hat. (Sehr gut! im Zentrum.) Nachdem wir, was die Stunde erforderte, unsere Stellung zu den Äußerungen des Kaisers klargestellt haben, haben wir uns an den verantwortlichen Kanzler zu halten. Der Herr Reichskanzler hat früher ausdrücklich die Verantwortung für Äußerungen des Kaisers, auch jenseits der Grenzen der Verfassung, übernommen. Er hat erklärt, daß ein gewisser hafter Kanzler nicht im Amte zu bleiben vermöchte, wenn er Dinge nicht verhindern kann, die er mißbilligt. Ich muß auch nach den heutigen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers annehmen, daß er mit den Handlungen, die in den Veröffentlichungen angeführt sind, nicht einverstanden ist. Er hat seine Demission eingereicht, aber er hätte sie nicht wieder zurückziehen dürfen, ohne bestimmte Garantien für die Zukunft zu verlangen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Meine Freunde hätten gewünscht, daß eine einheitliche Kundgebung der Parteien zustande gekommen wäre. Da dies nicht möglich war, haben wir in einer Erklärung zu den Vorgängen Stellung genommen. Redner verliest eine, seine Ausführungen zusammenfassende Erklärung, die mit den Worten schließt: Nach der Verfassung ist dem Reichstag für die Politik des Reiches ausschließlich der Reichskanzler verantwortlich. Das deutsche Volk muß verlangen, daß der Reichskanzler den Willen und die Kraft besitzt, dem Kaiser gegenüber denjenigen Einfluß zur Geltung zu bringen, ohne welchen seine staatsrechtliche Verantwortlichkeit jegliche Bedeutung verliert. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Vg.): Die Kollision, die Herr Bassermann angesprochen hat, entspringt nicht der Stimmung des deutschen Volkes. Man kann vielmehr das, was Herr Singer gesagt hat, Wort für Wort unterschreiben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eben der furchtbare Zustand, daß die überzeugtesten Monarchisten der Rot gehörend, nicht dem eigenen Trieb, sich mit schwerem Herzen entscheiden müssen, eine deutsche Sprache anzuschlagen. Das Vertrauen im Volke ist nicht vermindert, wie hier gesagt wurde, es ist auf den Nullpunkt gesunken. Wir glauben nicht, daß der Reichskanzler die Verantwortung übernehmen kann, daß es besser wird. (Hört! hört! und Bravo! links.) Hörsing legte ein ausländisches Blatt, der Kaiser sei so beweglich, wenn er mit einem Amerikaner spreche, empfinde er amerikanisch, wenn er mit einem Engländer spreche, englisch. Das ist es gerade, was die tiefste Mißstimmung im Volke erzeugt, daß der deutsche Kaiser nicht in jedem Augenblick seines Lebens deutsch denkt und deutsch spricht. (Sehr wahr!) Das Wort des Großen Kurfürsten an seinen Sohn: Bedenke, daß Du ein Deutscher bist, ist an alle seine Nachfolger gerichtet. Der deutsche Kaiser darf nicht anders als deutsch denken. — Ueber die Organisation des Auswärtigen Amtes heute zu sprechen, ist zwecklos. Man sollte lieber bei der Staatsberatung mehr Gewicht auf die Beratung gerade seines Staats legen und ihn nicht wie bisher ganz zuletzt behandeln. Das ist reorganisiert werden muß, ist klar. Alle Vorschläge in dieser Richtung werden zu prüfen sein. Ob aber das Haus einheitlich eine Adresse an den Kaiser richten will, das zu entscheiden, wird ihm noch Gelegenheit geboten werden. Nur auf diese Weise glauben wir, einen Einfluß auf den Kaiser ausüben zu können. Wir müssen ringen um das Ohr, um die Seele des Kaisers. (Bravo! bei der Reichspartei.) Dem Vertagungsantrag schließe ich mich nicht an; eine Einwirkung darauf, ob der Reichskanzler bleiben oder gehen soll, haben wir nicht; die Entscheidung liegt nur beim Reichskanzler selbst. Ueberhaupt sollen wir uns bescheiden, auswärtige Angelegenheiten nur im bescheidenen Maße zu besprechen. Wir sollen vielmehr in Ruhe unsere Finanzen in Ordnung bringen, und wenn das Ausland uns angreift, so wird, was uns an Begeisterung etwa fehlt, Deutschlands Zorn ersetzen. (Bravo! rechts.)

Darauf vertagt das Haus die weitere Besprechung der Interpellationen auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 6¼ Uhr.

Parlamentarisches.

Arbeiterinnenklub in zweiter Lesung.

Die zweite Lesung des Abschnitts der großen Gewerbeordnungsnovelle, der zu der Verner Konvention in Beziehung steht, wurde gestern in der Kommission begonnen. Unsere Genossen wiederholten ihre auf Ausdehnung des Fabrikbegriffs abzielenden Anträge. Die Vorlage will die Schutzbestimmungen auf Betriebe erstrecken, in denen mindestens zehn Arbeiter durchschnittlich beschäftigt werden. Kollendauer und Stadthagen wiederholten kurz die in der ersten Lesung vorgebrachten, von uns wiedergegebenen Gründe. Die Kommission lehnte die Anträge auch in dieser Lesung mit allen gegen die drei Stimmen der Sozialdemokraten ab. Ebenso erging es den sozialdemokratischen Anträgen, statt des Achtstundentags den

Achtstundentag einzuführen und Entbundenen nach Vorgang der spanischen Gesetzgebung die von ihnen innegehabten Stellen offen zu halten. Die Sozialdemokraten behielten sich für das Plenum vor, mit der Novelle einen Antrag auf Änderung der Krankenversicherung in dem Sinne zu stellen, daß das Obligatorium für Krankenkassen und für die Gemeindekrankenversicherung die Krankenfürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen auf die Dauer von insgesamt 8 Wochen erstreckt werde. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg hatte erklärt, er hoffe, daß die nächste Krankenkassennovelle die Gemeindekrankenversicherung beseitigen und die Krankenkassenunterstützungen für Wöchnerinnen mit der von der Kommission beschlossenen Ausdehnung des Wöchnerinnenschutzes für die Dauer von 8 Wochen in Einklang bringen werde.

Eine längere Debatte entspann sich bei einem Antrage der Nationalliberalen und Konserverativen auf Streichung der in erster Lesung festgelegten Höchsttarbeitszeit von 8 Stunden an den Sonntagen für verheiratete Frauen (für die übrigen Arbeiterinnen soll eine Höchsttarbeitszeit von 8 Stunden gelten). Schließlich wurde mit 14 gegen 13 Stimmen trotz der Versicherungen durch den Staatssekretär der Ansturm gegen diese kleine Verbesserung abgelenkt. Die Sechstundenzzeit an den Sonntagen wurde vielmehr auf alle Arbeiterinnen, ohne Rücksicht, ob sie verheiratet sind, ausgedehnt, die ein Hauswesen zu besorgen haben.

Heute vormittag findet die Fortsetzung der Kommissionsberatungen statt.

Beamtenbesoldungen.

Nach dreitägiger Pause hat die verhärtete Budgetkommission des Abgeordnetenhauses am Dienstag ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Die Beratung wurde fortgesetzt bei den Beamten der Klasse 12 (Gehalt 1650 bis 3300). In diese Klasse fallen u. a. 1708 Gerichtsdienstgehilfen und Assistenten bei den Landgerichten und Amtsgerichten bezw. Staatsanwaltschaften. Nach dem Vorschlag der Regierung sollen die pensionsfähigen Lokalkalugeln, welche den vor dem 1. April 1897 in Berlin angestellten Beamten künftig wegfallend bewilligt worden sind, in Höhe der Beiträge in Wegfall kommen, welche infolge der neuen Gehaltserhöhung gegen die bisherigen Gehaltsätze mehr zu zahlen sind. Außerdem beantragt die Regierung, für die in einzelnen Bezirken als Dolmetscher beschäftigten Beamten die pensionsfähigen besonderen Gehaltszulagen, soweit sie vor dem Tage der Verkündung des Gesetzes verliehen sind, auf die Hälfte, jedoch höchstens um diejenigen Beträge herabzusetzen, welche infolge der Gehaltserhöhung gegen die bisherigen Gehaltsätze mehr zu zahlen sind. Vom Tage der Verkündung des Gesetzes an sollen Gehaltszulagen nicht mehr bewilligt werden, an ihre Stelle sollen nichtpensionsfähige Stellenzulagen bis zu 300 M. treten. Nach längerer Debatte, in der aus der Kommission heraus die Forderung aufgestellt wurde, daß wenigstens die jetzt im Amt befindlichen Dolmetscher ihre Nebenbezüge weiter behalten sollen, gelangten die Vorschläge der Kommission zur Annahme. Abgelehnt wurde ein Antrag, den vor dem 1. April 1903 angestellten Assistenten eine pensionsfähige Stellenzulage von 300 M. zu gewähren. Das gleiche Schicksal widerfuhr einem Antrag auf Verringerung der Spezialkommissionsschulden.

Zu Klasse 13 (1500 bis 3300 M.) lief ein konserverativer Antrag ein, wonach die Polizeitelegraphenassistenten bei der Polizeiverwaltung in Berlin in die Klasse 12 (1650 bis 3300 M.) eingereiht werden sollen, und zwar mit der Maßgabe, daß das Besoldungsdienstalter der vor dem Tage der Verkündung des Gesetzes angestellten um zwei Jahre vorzubereiten ist. Die Abstimmung hierüber wurde ausgesetzt.

Zu Klasse 14 (2100 bis 3300 M.) liefen u. a. 28 Werkmeister bei Maschinenbauwerken und sonstigen Fachschulen für Metallindustrie. Auf Anfrage, warum diese Werkmeister bedeutend schlechter gestellt sind als die der Eisenbahnverwaltung, erwiderte ein Regierungskommissar, daß diese Beamten meist aus der Praxis genommen werden; es seien Leute, die jahrelang in der Praxis gearbeitet haben.

Ein Wunsch, die Navigationsvorführer besser zu stellen, verdrängte sich zu keinem Antrag, es wurde aber ein entsprechender Antrag für die zweite Lesung in Aussicht gestellt.

Eine längere Diskussion zeitigte ein Antrag auf Besserstellung der Lehrer bei den Gefängnissen der Justizverwaltung und bei der Strafanstaltsverwaltung. Diese Lehrer sollen nach der Vorlage nur 1900 bis 3000 M. beziehen und ihre bisherige Organistenzulage soll in Fortfall kommen, sie stehen sich also schlechter als die Lehrer an Präparandenanstalten, obwohl beide aus den Reihen der Volksschullehrer hervorgegangen sind. Die Regierung widersetzte sich dem Antrag, sie glaube, daß es genüge, wenn den Strafanstaltslehrern ein Teil ihrer Tätigkeit als Volksschullehrer auf ihre Dienstzeit angerechnet wird. Ein entsprechender Vermerk soll in die Vorlage aufgenommen werden. Die Abstimmung erfolgte später.

Lebhaft wurde von verschiedenen Rednern über die Besoldung der Eichmeister geredet. Zwar sollen diese Beamten, die jetzt 1500 bis 2700 M. haben, in Zukunft 1800 bis 3000 M. beziehen, aber dafür werden ihre Nebenbezüge erheblich gekürzt, so daß einige von ihnen einen Verlust von 400 M. und darüber erleiden. Es wurde deshalb beantragt, sie in Klasse 17 (2000 bis 4000 M. Gehalt) zu versetzen. Die Regierung widersprach auch diesem Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die vorgesehene Besoldung den Leistungen des Gros der Eichmeister entspricht, die sich aus den Militärämtern rekrutieren und keine besondere Vorbildung zu haben brauchen.

Die Beratung wurde dann auf Mittwoch vertagt.

Die Lehrerbefoldungskommission des Abgeordnetenhauses

Begann heute Dienstag, 10. November, die Beratung des Lehrerbefoldungsgesetzes. Die Konserverativen rüsten gleich mit dem Antrag der Einführung von Befoldungsklassen heron. Dieser Antrag beherrschte die Debatte vollständig. Ministerialdirektor Schwarzkopff sprach sich ablehnend dagegen aus und meinte, daß durch die Provinzialbefoldungsklassen Berlin viele Millionen zugewiesen erhalte. Auch die Nationalliberalen sprachen gegen diese Klassen, bezüglichen die Preissinnigen, die namentlich darauf hinwiesen, daß dann doch auch das Fortbildungsausschreiben von diesen Klassen bestritten werden müßte, ebenso das von den Gemeinden bestrittene höhere Schulwesen. Das Zentrum verurteilte ebenfalls die Möglichkeit der Befoldungsklassen, die nur von denjenigen bereitigt würden, die für das Einheitsgehalt schwärmen. Auch würde die Einrichtung solcher Klassen gegen die Verfassung verstoßen. Der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben warnte davor, die Gehälter der Lehrer allzu hoch zu bemessen, weil die Bemessung der Lehrergehälter nicht ohne Wirkung auf die Gehälter der übrigen Beamten bleiben werde.

Drucksachen.

Aus dem Reichstag. (Nr. 1022.) Entwurf eines Besoldungsgesetzes (nebst 8 Anlagen).

Eingegangene Druckschriften.

„In freien Stunden“. Von dieser im Verlage der Buchhandlung Sorwärdt erscheinenden Romanbibliothek liegen uns die Hefte 43 und 44 vor. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pfennig.

Von der „Kommunalen Praxis“ sind die Hefte 44 und 45 erschienen. Aus dem Inhalt geben wir folgende Artikel besonders hervor: Der Achtstundentag in den Gemeindebetrieben von Emil Dittmer. — Die Dorfparlage von Edmund Richter. — Auf zum Protest wider die geplante Gas- und Elektrizitätssteuer. — Zur Frage der Arbeitslosenabteilung. — In vielen kleineren Mitteln werden Angelegenheiten behandelt, welche die in der Gemeinde tätigen Genossen lebhaft interessieren. Der Preis beträgt pro Quartal 3 M.

In Sachen Mussial-Wahl

geht und folgendes Schreiben zu:

Erklärung.

Der unterzeichnete Ausschuss hat sich mit der Angelegenheit der Schriftleiter Mussial und Wahl beschäftigt, und erklärt, daß die Art, wie die Redaktion des „Vorwärts“ versucht hat, die Genannten durch den Prozeßbericht „Fischer-Pöhl“, durch das diesbezügliche „Stimmungsbild“, eine „Berichtigung“ und eine Briefkastennote mit Polizeipfeifen auf eine Stufe zu stellen, jeder der Berechtigung entbehrt. Die Redaktion wird deshalb ersucht, den Genannten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und eine diesbezügliche Nichtigstellung im „Vorwärts“ zu veröffentlichen.

In einer gemeinsamen Sitzung mit den Firmenträgern und der Reuenerkommission wurde dem Ausschuss erklärt, daß die Aussagen der beiden Entlassenen als Zeugen in dem Prozeß „Fischer-Pöhl“ nicht den Grund zur Entlassung gegeben hätten. Die Entlassung der beiden liegt vielmehr auf anderem Gebiet.

Wahl sei entlassen, weil ein weiteres gedächliches Zusammenarbeiten mit der Geschäftsleitung nicht mehr möglich war.

Mussial sei aus folgenden Gründen entlassen worden: Am Abend des 29. Oktober, also vor Drucklegung der Nr. 255 des „Vorwärts“, in welcher der fragliche Prozeßbericht und das Entseifen dazu enthalten war, hat Mussial einen Redakteur des „Vorwärts“ aufgesucht, um mit diesem über den scharfen Inhalt der fraglichen Schriftsätze zu sprechen. Am anderen Tage habe Mussial der „Vorwärts“-Redaktion einen Artikel zur Veröffentlichung überhandelt und darin den vermeintlichen Verfasser wiederholt namentlich aufgeführt und mit Klagen bedroht. Darin sei ein mit den Berufspflichten des Zeitungsjehrs unvereinbarer Vertrauensbruch erblidbar worden und deshalb die Kündigung erfolgt.

Der Arbeiterschied hat erklärt hierzu einstimmig, daß er in dieser Handlungsweise einen Vertrauensbruch nicht erblicken kann, um so weniger, da kein Ansehenstehender von diesem Vorgang etwas erfahren hat.

Er spricht außerdem sein Bedauern darüber aus, daß er keine Gelegenheit hatte, vor Entlassung der beiden Mitarbeiter sich darüber zu äußern.

Diese Erklärung hat dem gesamten Personal zur Urabstimmung vorgelesen und ist fast ausnahmslos genehmigt worden.

Der Arbeiterschied der Buchdruckerei Paul Singer u. Co.

Wir haben zunächst zu bemerken, daß die Erklärung auch der Geschäftsleitung des „Vorwärts“ vorgelesen hat, die gegen die Veröffentlichung, soweit die Äußerungen sie betreffen, nichts einzuwenden hatte und keine Bemerkungen daran knüpfen will.

Die Redaktion kann indes auf einige Bemerkungen nicht verzichten.

Wir waren wegen des ersten Absatzes dieser Erklärung bedrückt, die Veröffentlichung abzulehnen. Wir haben wegen des in den Absätzen 2 und 7 Gesagten davon abgesehen. Was im ersten Absatz gesagt ist, überschreitet die Kompetenz des Arbeiterschiedes durchaus. Wir haben in unseren Artikeln die Herren Mussial und Wahl nicht in ihrer Eigenschaft als Buchdrucker, noch in ihrer Eigenschaft als Angestellte der Vorwärtsdruckerei gekennzeichnet, sondern einzig und allein die Menschen Mussial und Wahl, und die zu vertreten, ist der Arbeiterschied nicht berufen.

Nachdem wir die Erklärung oder einmal aufgenommen haben, wollten wir uns auch zu der Aufforderung äußern, die darin an uns gerichtet wird. Der Arbeiterschied wendet sich dagegen, daß wir die Herren Mussial und Wahl mit Polizeipfeifen auf eine Stufe gestellt hätten, was jeder Berechtigung entbehrt. Wenn der Arbeiterschied damit meint, daß die beiden keine Polizeipfeifen seien, so hat er recht. Wir haben nicht behauptet, daß sie es wären. Wir haben lediglich das unanständige Verhalten der beiden Herren in gebührender Weise gekennzeichnet und können von unserem Urteil nichts zurücknehmen.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Disziplinarverhandlung gegen Bürgermeister Dr. Schücking.

Schleswig, 10. November 1908. (Telegraphischer Bericht.)

Vor dem Bezirksgericht der königlichen Regierung in Schleswig begann heute früh die Disziplinarverhandlung gegen den Bürgermeister Dr. jur. Lothar Schücking aus Husum, die in den letzten Wochen so häufig Gegenstand der politischen Erörterungen in fast allen Parteitagungen war. Die Verhandlung findet im Schleswiger Regierungsgebäude statt, dessen Sitzungssaal streng abgesperrt ist. Außer den Prozeßbeteiligten wird niemand zugelassen. Auch der Bruder Dr. Schücking, der Darbarger Universitätsprofessor Walter Schücking, durfte seinen Bruder nur bis zur Tür des Sitzungssaales begleiten. Der Vorsitzende des Gerichtshofes, Verwaltungsdirektor Dr. Brauer, ist von der Verteidigung mit Erfolg abgelehnt worden, weil er als Zeuge darüber vernommen werden soll, daß das Verfahren gegen Dr. Schücking einen rein politischen Charakter hat; es richtet sich gegen die angebliche sozialdemokratische Gesinnung des Angeklagten. Zum Vorsitzenden des Gerichtshofes ist infolgedessen von der Schleswiger königlichen Regierung Regierungsrat Dr. Goldschmidt ernannt worden. Weiter gehören dem Gerichtshof an als beamteter Beisitzer Regierungsdirektor Schwarz-Schleswig und als Volontär Ratmann Peters-Telenbüll, Rentner Dieckhoff-Kremppe, Stadtrat Köllner-Miel, Senator Lorenzen-Apenrade, Senator Bauer-Altona. Die Verteidigung liegt in den Händen des Justizrats Storm-Husum, dem ältesten Sohn Theodor Storms. Justizrat Storm ist einer der Führer der nationalliberalen Partei in Schleswig-Holstein. Das Verfahren besteht darin, daß die sachlichen Verhandlungen durch ein Aktenreferat eines Mitgliedes des Gerichtshofes eingeleitet werden. Vorher beachtetigt jedoch der Vorsitzende Justizrat Storm, das Verfahren in formeller Beziehung anzusehen. Er stützt sich darauf, daß zunächst gegen den Angeklagten die Eröffnungsbeschlüsse wegen der in der Schrift „Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens“ betätigten Gesinnung ergangen sei. Später sei dann das Verfahren auf weitere Punkte ausgedehnt worden. Diese Erweiterung des Eröffnungsbeschlusses hätte in einem neuen Eröffnungsbeschluss dem Angeklagten schriftlich zugestellt werden müssen. Das sei aber nicht geschehen. Infolgedessen dürfe sich das heutige Verfahren nur auf die im ersten Eröffnungsbeschluss angeführten Tatsachen stützen, die Behandlung aller übrigen Punkte müsse als unzulässig zurückgewiesen werden. Der Verteidiger stützt sich dabei auf ein Kommentar von Rheinbaben. Weiter sind von der Verteidigung noch eine Reihe von Beweisanträgen gestellt worden. Schließlich beantragt Dr. Schücking selbst, zum Fall des Bürgermeisters Pleinla in Schleswig die eidliche Vernehmung des Regierungsrats Kozierowski darüber, daß er schon bei einer früheren Landtagswahl einem Bürgermeister durch einen Regierungsrat die Ermahnung habe zugehen lassen, sich als Nationalliberalen anzustellen zu lassen. Ueber diese Beweisanträge wird der Gerichtshof nach Erstattung des Aktenreferats befinden. Die Anklage gegen Dr. Schücking stützt sich auf die §§ 2, 22 und 23 des Disziplinargesetzes vom 11. Juni 1862 in Verbindung mit § 20

des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 und hat die Disziplinierung zum Zweck. Der Eröffnungsbeschluss legt ihm zur Last, in den von ihm veröffentlichten Zeitungsartikeln a) in Nr. 308, 37. Jahrgang, des „Berl. Tageblatt“, „Der amtliche Apparat bei der Landtagswahl“, b) in Nr. 115 des „Nordischen Couriers“ vom 17. Mai 1908: „Bablen auf dem Lande“, c) in Nr. 87 des „Nordischen Couriers“ vom 11. April 1908: „Ist das neue Vereinsgesetz für Preußen ein Fortschritt“, und d) in Nr. 125 des „Nordischen Couriers“ vom 30. Mai 1908: „Die Stufen des Patriotismus“, sowie in dem von ihm veröffentlichten Buche: „Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens“, vom Bürgermeister K. J. in P., eine Gesinnung bekundet und sich zu Anschauungen bekant zu haben, die mit seiner Stellung als Bürgermeister und mittelbarer Staatsbeamter unvereinbar sind, und hierdurch nicht nur die Pflichten verletzt zu haben, die ihm sein Amt auferlegt, sondern sich auch der Ächtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt zu haben.

Die Staatsanwaltschaft, die Regierungsrat Bauermeister-Schleswig vertritt, sieht auf dem Standpunkt, daß alle Staatsbeamte, also auch die mittelbaren, zu denen der Angeklagte gehört, bei Ausübung ihrer Staatsbürgerrechte, insbesondere des durch die Artikel 27 und 28 der Verfassung gewährleisteten Rechtes der Freiheit der Meinungsäußerung durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung durch die besonderen Pflichten ihres Amtes beschränkt sind. Ein Bürgermeister und Polizeidirektor, der für die Befolgung der bestehenden Gesetze und Verordnungen und für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu sorgen habe, der also mit sehr wichtigen Zweigen der Staatsverwaltung betraut ist, habe außerdem wegen dieser besonderen Vertrauensstellung in hervorragendem Maße die Pflicht, die öffentliche Erregung von Mißstimmungen und Widerstreben gegen die bestehenden Staatseinrichtungen und Anordnungen der Behörden zu vermeiden. Wenn er nun gar seiner Kritik dieser Einrichtungen und Anordnungen absichtlich oder leichtfertig falsche oder entstellte Tatsachen oder irreführende Angaben über ihre Bedeutung und ihren Zweck zugeben lege, so verstoße er auch gegen die Pflicht der Wahrhaftigkeit, deren Beobachtung innerhalb und außerhalb des Dienstes eine der vornehmsten Pflichten jedes Beamten sei. Hierzu komme, daß derjenige, welcher erdichtete oder entstellte Tatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wegen Vergehens gegen § 131 des Reichsstrafgesetzbuchs strafbar sei. In der öffentlichen sachlichen Kritik sei ein Bürgermeister selbstverständlich nicht beschränkt. Die disziplinarische Verantwortlichkeit trete erst ein, wenn er aus diesem Rahmen heraustrete. Er könne sich jeder politischen Partei anschließen und deren Anschauungen öffentlich vertreten, nur nicht einer Partei, die grundsätzlich die Grundlagen der bestehenden Staats- und Rechtsordnung bekämpfe. (Oberverwaltungsgericht, entscheidend.) Der Angeklagte habe nicht im Sinne einer auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Rechtsordnung abzielenden politischen Partei politisch gewirkt, sich vielmehr mit den von ihm vertretenen politischen Ansichten auf den Boden der geltenden Ordnung gestellt. Seine politischen Gesinnungen und Anschauungen seien deshalb auch nicht Gegenstand dieses Verfahrens und hätten zu dessen Einleitung keine Veranlassung gegeben. Der Angeklagte habe sich aber in seinen Veröffentlichungen nicht auf sachliche Erörterungen beschränkt, sondern er habe die Ehrerbietung gegen den Landesherren und seine Dienstvorgesehten sowie die schuldige, rücksichtsvolle Achtung gegen andere Inhaber öffentlicher Ämter öffentlich verletzt und Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit teilweise unter Behauptung falscher und entstellter Tatsachen öffentlich verächtlich gemacht. Nur diese Handlungen seien Gegenstand der Unterjuchung gewesen.

eine Frist von 6 Monaten beantragt. Er hat eine solche von sechs Wochen zugestimmt erhalten. In seiner Verteidigung geht Dr. Schücking vor allem davon aus, daß er sich niemals gegen Personen, sondern immer nur gegen Maximen gewandt habe. Von einem offensündigen Anstoß, den seine Schrift hervorgerufen haben solle, könne schon deshalb nicht die Rede sein, weil sie jederzeit anonym erschien. Sein Reich habe von der Urheberschaft des Buches etwas gewußt. Die Einleitung des Verfahrens hätten selbst reaktionäre Zeitungen als einen Mißgriff bezeichnet, und das Ministerium habe die Möglichkeit seiner Einstellung erzwungen und nur wegen der formellen Unmöglichkeit verneint. Die so vielfach offizielle „Königliche Zeitung“ habe noch vor wenigen Wochen geschrieben, in diesem Prozeß wäre das Urteil über die, die ihn eingeleitet, längst gesprochen. Außerdem mache die Verwaltung der staatlichen Polizei einen Bürgermeister noch nicht zum unmittelbaren Staatsbeamten, er bleibe Gemeindebeamter, und diese besondere Stellung müßte berücksichtigt werden. Dr. Schücking kann sich daher der ihm vorgeworfenen Delikte nicht für schuldig erachten, noch weniger fühlt er sich unwürdig, weiter seines Amtes zu walten. Der Entscheidung des Gerichtshofes sehe er daher mit ruhigem Gewissen entgegen.

Moderne Irrenhausfolter.

Dritter Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Spiettkötter stellt Angeklagter Schneidt einen Antrag auf Protokollierung des etwas heftigen Vorgangs vom letzten Tage und erklärt, daß er durch den ihm vom Vorsitzenden gemachten Vorwurf so in Erregung gekommen sei, daß er Fragen an Herrn Dr. v. Kundow nicht mehr stellen konnte. Dies sollte er für eine Beschränkung seiner Verteidigung. — Der Vorsitzende gibt dem Angeklagten die Versicherung, daß es ihm nicht einfallt, die Rechte des Angeklagten irgendwie zu beschränken. Er wisse auch, daß, nachdem die Sache erledigt war, er dem Angeklagten das Wort zu etwaigen weiteren Fragen erteilt hätte. — Angeklagter: Da ich unterbrochen wurde, konnte ich die Fragen, die ich im Sinne hatte, nicht formulieren. Der Gerichtshof lehnt die beantragte Protokollierung ab, da nach seiner Überzeugung der Angeklagte in seiner Verteidigung nicht beschränkt sei, er vielmehr unmittelbar nach dem Vorgang aufgefordert worden sei, etwaige Fragen zu stellen.

Angeklagter Schneidt beantragt sodann, daß er an dem Verteidigerischen Ploß nehmen dürfe, da es ihm unmöglich sei, sich in dem Anklageraum irgendwelche Notizen zu machen. Der Gerichtshof befiehlt, auch diesen Antrag abzulehnen. Auf Anordnung des Vorsitzenden wird jedoch dem Angeklagten ein kleiner Tisch in den Anklageraum gestellt.

Es wird nun nochmals die Zeugin Frau Lubedi vorgelesen, um sich nochmals über die ihr von ihrem Ehemann zugefügten Mißhandlungen auszusprechen.

Rechtsanwalt Dr. Halpert macht wiederum Bedenken geltend, der Frau alles aus dem Munde zu glauben, und stellt den Antrag, ein früheres Dienstmädchen der Lubedi zu laden, um die Glaubwürdigkeit der Zeugin zu prüfen. — Der Gerichtshof behält sich die Beschließung über den Antrag vor.

Zeuge Emanuel Lubedi erklärt in längeren Ausführungen, daß die Darstellung der Frau durchaus unzutreffend sei, und sucht darzulegen, daß die Motive, aus denen er in einzelnen Momenten so erregt geworden, durchaus nicht auf Wahndelirien beruhen, sondern sich aus den Vorgängen selbst erklären ließen.

Au diese Reduktionen knüpfen sich zahlreiche Kreuz- und Querfragen des Medizinalrats Dr. Leymann, des Angeklagten Schneidt und des Rechtsanwalts Dr. Halpert. Letztere richten auch zahlreiche Fragen an Frau Lubedi, die auf

deren Glaubwürdigkeit und ihre Vorbereitungen zur Internierung ihres Ehemannes Bezug haben.

Es wird nun noch der Bruder des Zeugen Lubedi, der 53jährige Kaufmann Paul Lubedi, als Zeuge vernommen. Er bekundet, daß er sich auf bestimmte Dinge aus der Jugendzeit seines Bruders nicht mehr besinnen könne. Er habe dessen Charakter für eine sehr glückliche gehalten. In seinen Bekundungen über das Benehmen seines Bruders erwähnt der Zeuge u. a., daß der Bruder eines Tages auch versucht habe, ein unästhetisches Attentat auf seine (des Zeugen) Tochter auszuführen. Der Zeuge betont wiederholt, daß er dem Bruder nicht feindselig gesinnt sei. Nachdem der Bruder ihm aber ohne jede Veranlassung überfallen habe er ihm

den Kredit entzogen.

Bei jenem Heberfall habe sich der Bruder wie ein Verräter benommen. Er (Zeuge) sei lediglich zur Verabigung des Bruders in dessen Wohnung gekommen und da sei der Bruder ihm plötzlich an die Gurgel gesprungen, so daß er sich mit seinem Stode wehren mußte.

Emanuel Lubedi bekennt, daß er ein so schlechter Mensch sei, wie ihn sein Bruder dargestellt. Er sei doch auch merkwürdig, daß sein Bruder ihn für irrsinnig halte und auf der anderen Seite ihn für alle seine angeblichen Schlechtigkeiten verantwortlich machen wolle. Der Bruder sei ihm feindselig gesinnt, er neige ihm seine Erfolge und sei, wie er an der Hand eines Briefes von Paul Lubedi beweist, von der Idee beherzigt, daß er ihn mit Gift aus dem feinerzeit gemeinschaftlich betriebenen Geschäft getrieben habe.

Der nächste Zeuge ist Abteilungsleiter Dr. Alter, der Sohn des Geh. Rats Dr. Alter. Er bekundet u. a.: Lubedi hatte in der Anstalt außerordentlich lebhaft Erregungszustände auf der Grundlage der Eifersucht, wobei er immer erklärte, er sehe allen Beteiligten die Schuld am Gesicht an. Er gab zu, gegen seine Frau rücksichtslos Brutalitäten bezogen zu haben. Er habe ohne jede Scham von den intimsten Vorgängen seines Ehelebens gesprochen. Er vernachlässigte auch sein Aeußeres, so daß es den übrigen Insassen, die den besseren Ständen angehörten, unangenehm war. Er lief in Strümpfen oder Pantoffeln umher, oft in Hemdsärmeln usw.! Das Krankheitsbewußtsein hat er gehabt, er suchte sogar seine Geisteskrankheit geschäftlich zu verwerten. Er hatte die Absicht, aus der Geisteskrankheit eine rücksichtslose Unzurechnungsfähigkeit zu konstruieren und auf diese Weise seine geschäftlichen Verpflichtungen los zu werden!

Briefe der Kranken an die Staatsanwaltschaft

werden im allgemeinen grundsätzlich befördert. Wir sind wiederholt so weit gegangen, daß die Staatsanwaltschaft sogar grob geworden ist und sich die Ueberchwemmung mit solchen Briefen verbat!

Die Dauerbäder.

Unwahr ist es, daß Herr U. infolge des Wadens die Haut in Furchen abgegangen sei. Die Behandlung mit Dauerbädern wird in chirurgischen Anstalten bei Verbrennungen usw. auch in Anwendung gebracht. Es ist bedauerlich, daß die öffentliche Meinung in bezug auf die Dauerbäder so falsch beeinflusst wird. Durch die Beträge und die Badebehandlung sind die Irrenanstalten erst aus Gefängnissen zu Krankenanstalten geworden. Die Einführung der Badebehandlung ist 10 Jahre alt; es ist

der Ruhm von Leubus und das Verdienst meines Vaters, beide Methoden zur siegreichen Durchführung gebracht zu haben. Wenn dem Lubedi die Bäder länger als drei Stunden verordnet worden waren, so ist dies eben erforderlich gewesen.

Angeklagter Schneidt: Wir ist von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, daß die Kranken gerade durch die sogenannte Dauerbadebehandlung, die sie als einen Ersatz für die Prügelstrafe bezeichnen, in eine kolossale Aufregung versetzt werden und entsetzliche Qualen ausstehen. Widerrechtlich es nicht der ärztlichen Praxis, wenn bei Kranken Behandlungsmethoden angewendet werden, die diese als Qualen und vielfach auch als Strafmittel empfinden?

Zeuge Dr. Alter: Es wird sich nie beseitigen lassen, daß der Irrenarzt gezwungen ist, Mittel und Behandlungsmethoden anzuwenden, die gegen den Willen des Kranken sind. Man kann doch nicht einen Geisteskranken so behandeln, wie er es wünscht.

Angeklagter Schneidt: Man kann doch auch nicht die Menschen ganz schematisch behandeln und muß doch Rücksicht nehmen auf das Gemütsleben des einzelnen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß eine Behandlung, die der Kranke als Qual empfindet und die ihn in Aufregung versetzt, im höchsten Grade schädlich auf das Gemütsleben des Menschen einwirken kann und daß damit gerade das Gegenteil von dem erreicht wird, was der Zweck der Anwendung dieser Behandlungsmethode ist.

Zeuge Dr. Alter: Das ist nicht zutreffend. Es ist unmöglich, einen Irrenranken so zu überzeugen, daß die Badebehandlung bei ihm die zweckmäßigste ist. Ein Irrenkrank wird natürlich den Aufenthalt im Wasser anfänglich als eine Qual empfinden, bis eben durch diese Behandlung der Krankheitszustand beseitigt wird.

Die „Krankengeschichte“.

Rechtsanwalt Dr. Halpert: Wie kommt es, daß von allen Dingen, die Sie hier zum Vortrag gebracht haben, so gut wie gar nichts in der Krankengeschichte steht?

Zeuge Dr. Alter: Man darf auf eine Krankengeschichte nicht allzuviel Gewicht legen. Es sind dies nur Stichproben und Bruchstücke, die aus dem Vollen herausgehoben sind.

Rechtsanwalt Dr. Halpert: Die Krankengeschichte soll doch vor allen Dingen für Dritte bestimmt sein?

Zeuge Dr. Alter: Dieser Dritte wird sich aber nie lediglich an der Hand der Krankengeschichte ein klares Bild von der Krankheit machen können. Manche Momente, die vielleicht für den Kranken von großer Bedeutung sind, fallen bei Abfassung der Krankengeschichte einfach unter den Tisch, da sie ein ärztliches Interesse nicht haben!

Rechtsanwalt Dr. Halpert beantragt die Vorladung des Oberpflegers Tilsner zum Beweise dafür, daß das, was Lubedi über seine Erlebnisse in der Anstalt hier gesagt hat, zutreffend sei.

Vorsitzender (zum Angeklagten): Wollen Sie noch außerdem, was wir heute hier gehört, nicht die Erklärung abgeben, daß Sie Ihr Unrecht einsehen und um Entschuldigung bitten?

Angeklagter: Das kann ich im gegenwärtigen Stadium nicht!

Rechtsanwalt Dr. Halpert: Der Angeklagte hat nicht entfernt die Absicht gehabt, der Verwaltung der Anstalt irgendwelchen Vorwurf zu machen oder mit dem Artikel die Anstaltsärzte zu beleidigen. Er hat nur beweisen wollen, wie reformbedürftig der jetzige Zustand namentlich in rechtlicher Beziehung ist.

Die drei Gutachten.

Hierauf gibt Medizinalrat Dr. Leymann sein Gutachten ab: Ich habe mich über folgende Punkte zu äußern: 1. War Lubedi zu der Zeit, als er nach Leubus kam, geisteskrank? 2. Waren Gründe vorhanden, welche die Aufnahme in die Anstalt notwendig machten? 3. War die Behandlung in der Anstalt eine sachgemäße? 4. Inwiefern ist er gegenwärtig so geisteskrank, daß er vom Wesen und der Bedeutung des Todes eine Vorstellung hat? — Lubedi hat viele konstante Eigenarten. Seine Eifersucht hatte sowohl nach dem Umfang als auch nach ihrer Bekundungsform einen krankhaften Charakter. Das Gesamtbild, welches er darbot, war das eines Tollens; es setzte sich zusammen aus krankhaften Stimmungen und krankhaften Vorlesungen. Wenn eine einzelne Handlung des Mannes zu beurteilen wäre, könnte man die Möglichkeit eines Irrtums annehmen, aber das Gesamtbild zeigt, daß der Mann krank war. Mit der Diagnose der Geisteskrankheit

ist noch nicht die Notwendigkeit der Aufnahme in eine Anstalt erwiesen, eine solche hängt vielmehr ab von dem Interesse des Kranken selbst und von dem Interesse der Öffentlichkeit. Wir wissen, daß akute Geisteskrankheit, die mit starken Erregungen verbunden ist, unter fremder Pflege und der Abgeschlossenheit der Irrenanstalt am besten zur Beruhigung kommt. Früher brachte man die Irren in ein Kloster; die Irrenanstalt ist gleichsam ein Gesundheitskloster. Seine Türe zu Hause kann erreichen, was die Irrenanstalt erreicht. Auch war gemeingefährlich, denn er bedrohte die Sicherheit seiner Umgebung und seiner eigenen Person. Einen solchen Menschen muß der Staat im öffentlichen Interesse in eine Anstalt bringen lassen.

Was die Behandlung betrifft, so habe ich ein gewisses Vorurteil gegen die lange Badebehandlung, ich teile den Panatismus dafür nicht, muß aber sagen, daß in Leubus mit jeder irrenärztlichen Sorgfalt und nach allen anerkannten Regeln der Heilkunst verfahren worden ist. Als ich noch Assistenzarzt in Leubus war, war die Abgeschlossenheit der Kranken noch größer, als jetzt, und diese hat nach meiner Meinung mehr gewirkt, als die jetzt mildere und lagere Praxis!

Was den jetzigen Zustand des L. anbetrifft, so wird es jedem klar sein, daß er gegenwärtig noch ein geistesgestörter Mann ist. Seine Krankheit ist in ein neues Stadium getreten; das akute Stadium ist vorüber, und es ist ein Zustand chronischer geistiger Schwäche geblieben. Bei ihm spielt eine ganze Reihe wichtiger Vorstellungen noch immer eine Rolle, auch seine Erinnerung hat sich entschieden geändert. Deshalb resümierte ich mich dahin, L. war geisteskrank, als er nach Leubus kam, L. seine Aufnahme in die Anstalt war notwendig, S. er ist nach den anerkannten Regeln der Heilkunst behandelt worden und 4. er ist nicht fähig, das Wesen und die Bedeutung eines Eides zu würdigen.

Medizinrat Dr. Hoffmann schließt sich dem Gutachten des Dr. Leppmann vollkommen an. Die Behandlung habe so viel Beweise des Vorhandenseins von Wahnbildern, Ueberhöhung der eigenen Person ergeben, daß an dem Vorliegen einer Geisteskrankheit kein Zweifel sein könne. Seine Behandlung in einer geschlossenen Anstalt war die allein richtige. Seine Gemeingefährlichkeit hat er verschiedentlich dokumentiert. Er ist heute noch krank, seine Erinnerung ist getrübt, und er versteht die Wahrheit nicht.

Geheimer Medizinrat Dr. Roeltz drückt im großen und ganzen bezüglich des Befehens einer Geisteskrankheit und der Notwendigkeit der Aufnahme in eine Anstalt seine volle Uebereinstimmung mit den beiden anderen Gutachtern aus; die Differenzen zwischen den Ansätzen des L. und den übrigen seien erklärlich; denn L. konnte in der Anstalt zu einer Menge falscher Auffassungen kommen und von einer objektiven Beurteilung seinerseits sei gar keine Rede. Von diesem Standpunkte aus kann ein großer Teil dessen, was er glaubt, in den Umständen seine Erklärung finden. Aber er hält den Irrtum auch noch jetzt fest, und da handelt es sich nicht nur um seine Meinungen, sondern stellt diese als Tatsachen und Vorgänge hin, die nicht als richtig angesehen werden können.

Der Sachverständige erläutert dann noch vom medizinischen Standpunkte aus verschiedene Vorgänge, die sich während des Aufenthaltes des L. in der Anstalt abgespielt hatten, und erklärt insbesondere die Ueberbehandlung für eine durchaus sachgemäße, durch welche krankhafte Erregungszustände beseitigt werden.

Die Beweisaufnahme wird hierauf geschlossen. Die Plaidoyer beginnen am Mittwoch.

Soziales.

Kann die Neg. und Aderhautablösung die Folge eines Betriebsunfalles sein?

Der Hausdiener Karl L. erlitt am 20. März 1905 im Betriebe der Schuhfabrik von J. eine schwere Verletzung des rechten Auges dadurch, daß ihm beim Ausziehen von Schrauben der Schraubenschlüssel abrutschte und gegen das rechte Auge schlug. Das Auge war stark blutunterlaufen und geschwollen. L. suchte zunächst keinen Arzt auf, sondern glaubte durch Kühlen usw. den Schaden selbst zu beseitigen. Trotz der erheblichen Beschwerden und auch des Nachlassens der Sehkraft auf dem rechten Auge setzte L. seine Arbeit noch bis zum 21. Mai 1905 fort. Dann mußte er sich in die Behandlung des Augenarztes Dr. K. begeben. Dort blieb er bis zum 21. Juli und trat dann in die Behandlung der Königl. Augenklinik. Diese verließ er am 4. August 1905. Während Dr. K. die Diagnose auf Neg. und Aderhautablösung stellte, gab die Klinik der Klinik die Gutachten auf „Aderhautablösung“ ab. Darauf nahm L. die Arbeit in einem Buchdruckereibetriebe auf. Dort erlitt er am 3. September 1905 eine Verletzung des linken Auges. Bald trat Aderhautablösung auf dem linken Auge ein. Nunmehr machte L. Rentenansprüche gegen die Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft geltend. Er führte den Verlust der Sehkraft des rechten Auges auf den Betriebsunfall vom 20. März 1905 zurück. Er wurde indessen mit seinen Ansprüchen von der Berufsgenossenschaft und dem Schiedsgericht abgewiesen.

Ein seitens des Schiedsgerichts von dem Direktor der Königl. Augenklinik, Professor Dr. v. R., eingefordertes Gutachten nahm an, daß auf beiden Augen eine angeborene, d. h. schon in den ersten Lebensjahren erworbene Kurzsichtigkeit bestehe. Die Kurzeit bei L. bestehende beiderseitige Neg. und Aderhautablösung ist mit größter Wahrscheinlichkeit als Unfallfolge anzusehen. Dagegen ließ sich Geh. Rat Professor Dr. Sch. bei dem der Ver-

letzung in ärztlicher Behandlung stand, dahin aus, für die schwer zu beurteilende Frage, ob die Neg. und Aderhautablösung auf den Unfall zurückzuführen sei, sprächen die schweren Verletzungen und die frischen Veränderungen in der Tiefe des rechten Auges, welche von dem erstbehandelnden Arzt festgestellt wurden, sowie der wahrheitsliebende Eindruck, den L. machte, für die Wahrscheinlichkeit der Kausalität zwischen Unfall und Augenerkrankung. Die Erwerbsunfähigkeit des L. soweit wie das rechte Auge in Frage kommt, sei mit 20 Proz. zu bewerten.

Gegen das Urteil wurde Rekurs beim Reichsversicherungsamt eingelegt. Im mündlichen Verhandlungstermin wurde der Verlethte durch das Berliner Arbeiterssekretariat vertreten. Es wurde ein Beweisauftrag durchgesetzt. Professor Dr. Sch. sollte noch einmal befragt werden. In diesem Gutachten erklärte der Sachverständige: „Wissenschaftliche Erwägungen, welche gegen das Zustandekommen der Ablösung durch den Unfall sprechen, bestehen indessen nicht, wenigstens nicht zu Recht. Der Voraussetzung, daß auf die Verletzung in nächster Folge die Ablösung nachfolgte, widerspricht die ärztliche Erfahrung im allgemeinen, wie ganz besonders bei hochgradig kurzsichtigen Augen mit krankhaften Veränderungen, wie sie der pp. L. gleichfalls aufweist.“ Der Gutachter gelangt zu dem Ergebnis, daß eine gewisse Wahrscheinlichkeit für den kausalen Zusammenhang zwischen Verletzung und Aderhautablösung, welche durch die Zeugenaussage des Schlossermeisters P. erheblich verstärkt wird, besteht.

Der erkennende Senat schloß sich dem Gutachten des Professors Dr. Sch. an und verurteilte die Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft, dem Verlethten eine Rente von 25 Proz. zu gewähren. In den Gründen des Urteils heißt es: „... Der Geheime Medizinrat Professor Dr. Sch. hier selbst, der den Kläger schon seit dem 3. Oktober 1905 wegen der bei demselben vorhandenen Aderhautablösung beider Augen behandelt, wiederholt untersucht und begutachtet hat, erklärt in seinem Ergänzungsgutachten, daß die Aussage des Dr. Hofierly, der die Augenverletzung des Klägers vom 20. März 1905 zuerst beobachtet hat, und die dahin geht, daß bei der Untersuchung des Augenhintergrundes des rechten Auges neben alten krankhaften Veränderungen auch frische Krankheitsprozesse der Aderhaut-Netzhaut nachweisbar gewesen seien, eine gewisse Wahrscheinlichkeit für den kausalen Zusammenhang zwischen Verletzung und Aderhautablösung ergebe. Derselbe werde noch erheblich verstärkt durch die Befundung des Schlossermeisters Otto P., derzufolge eine schwere Verletzung mit sichtbaren Folgen das Auge selbst betroffen hat.“

Im Hinblick auf dieses Gutachten hat das Rekursgericht im Gegensatz zu den Entscheidungen der Vorinstanzen und dem abweisenden Gutachten des Professors Dr. v. R., dem bei Abgabe desselben die jetzt festgestellten Tatsachen noch nicht bekannt waren, die Ueberzeugung gewonnen, daß die bei dem Kläger bestehende, unstrittig die Sehkraft des rechten Auges aufhebende Aderhautablösung seines rechten Auges mit hinreichender Wahrscheinlichkeit unmittelbar auf seinen Unfall vom 20. März 1905 ursächlich zurückzuführen ist. Die durch Zeugenaussage festgestellte, erhielt der Kläger an diesem Tage im Betriebe der Schuhfabrik von J. in Berlin durch einen abgerutschten Schraubenschlüssel einen heftigen Schlag gegen das Auge, der deutlich sichtbare Verletzungen zur Folge hatte, jedenfalls aber an sich sehr geeignet war, die Aderhautablösung auf dem verletzten Auge fortzuführen.

Die Befugte ist deshalb schuldig, die durch den Verlust der Sehkraft des rechten Auges herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit des Klägers zu entschädigen.

Die Einbuße an Erwerbsfähigkeit schätzt das Rekursgericht bei dem Kläger, einem ungelerten, 48 Jahre alten, sonst völlig gesunden Arbeiter auf 25 Proz.“

Nunmehr erkannte auch die Buchdrucker-Berufsgenossenschaft die Entschädigungsansprüche des L. für den Verlust der Sehkraft des linken Auges aus dem Unfall vom 9. September 1905 an und gewährte dem L. die Vollrente.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalismus in der Landwirtschaft.

An die Stelle der rein praktischen Eigenerfahrung in der Bodenkultur ist die modernste Wissenschaft, die Chemie, als unwiderleglicher Hebel getreten. Sie hat Ernährungs- und Existenzbedingungen der Kulturpflanzen festgestellt; sie liefert für jeden ackerbaren Boden die Formel seines größtmöglichen Fruchtbarkeits.

So hat auch die Landwirtschaft dem Kapitalismus neue Lebensmöglichkeiten gegeben. Die Versorgung mit den gewaltigen Mengen künstlicher Düngemittel, welche der Mutter Erde die nötigen Kräfte zuführen, ist heute eine Niesenindustrie, deren Saugarme die ganze Welt umspannen.

Die Natur hat die Salzfläche nicht gleichmäßig über den Erdball verteilt. Deutschland ist der ausschlaggebende Produzent von Kalifolzen, Chile der erste Staat der Salpeterproduktion. Schon vor längerer Zeit machten sich Bestrebungen bemerkbar, die darauf hinausgingen, den Handel mit Chile-Salpeter zu monopolisieren. Ein Syndikat sollte dem Zwecke dienen. Da das Projekt zu große Schwierigkeiten verursachte, ist jetzt der Plan gefaßt worden, einen Pool zu bilden. Zu diesem Zwecke soll ein größeres Quantum Salpeter aus dem öffentlichen Markt genommen werden, um dadurch die Preise zu einer „befriedigenden“ Höhe steigen

zu lassen. Die Fühung in diesem Projekt haben die englischen Salpeterkompagnien. Als erste Wirkung dieser Pläne wird eine Preissteigerung des Salpeters aus Chile gemeldet. Ob der Pool zum Ziele führt, erscheint allerdings noch fraglich. Der allerdings kleinere Pool, der vor einiger Zeit in Hamburg gebildet worden war, hat sich nicht halten können. Das ist schon nicht hoffnungstreu; sodann entwidelt sich in der jungen Industrie der Luftstickstoffverwertung, die besonders in Deutschland aufzublühen beginnt, ein Rivale, der in erster Linie wohl den deutschen Markt vom Chile-Salpeter unabhängig machen wird.

Der Erfolg für Chile-Salpeter kann durch zwei Verfahren gewonnen werden. Das eine beruht auf der Erkenntnis, daß der unerschöpfliche Stickstoffgehalt der Luft sich unter dem Einfluß des elektrischen Lichts in Stickoxyde verwandelt, aus denen Salpetersäure genommen werden kann. Das andere entspricht der Beobachtung, daß gewisse Karbide bei starker Erhitzung den atmosphärischen Stickstoff absorbieren. Es führt zur Herstellung des Calciumcyanamids, welches im Handel Stickstoffsalz, beziehungsweise Kaliumstickstoff benannt wird. Die Inhaber der Patente, die Cyanidgesellschaft, Berlin, und die Gesellschaft für Stickstoffdünger in Westeregeln, haben sich zu einer Verkaufsgenossenschaft zusammengeschlossen.

Zurzeit bestehen in Deutschland drei Werke dieser Art. Die schon genannte Kaliumstickstofffabrik in Westeregeln, unweit Staßfurt. Sie wurde im Anschluß an eines der größten Kalibergwerke gegründet und produziert jährlich etwa 100 000 Zentner. Das zweite nutzt die Wasserkraft der Erabe in Mühlthal bei Bromberg aus und fabriziert jährlich ungefähr 80 000 Zentner. Das dritte Werk steht in Anspach bei Brühl am Rhein. Seine Jahresproduktion beträgt etwa 250 000 Zentner. Jetzt wird die Gründung eines vierten Werkes gemeldet. Diese Gründung hat aus mehreren Ursachen besondere Bedeutung. Einmal bedeutet sie den Beginn der Ausbeutung der bayerischen Wasserkräfte nach den Bestimmungen des neuen Wassergesetzes. Zum anderen interessiert der Besitztitel an diesem Unternehmen. Es benennt sich: Bayerische Stickstoffwerke, A.G. in München. Als Gegenstand der Ausbeute ist angegeben die Ausnutzung von Wasserkraft zur Gewinnung, Verarbeitung und Verwertung von landwirtschaftlichen Düngemitteln und anderen chemischen Produkten. Das technische Verfahren wird bezeichnet: die Gewinnung von Stickstoff aus der atmosphärischen Luft.

Das Werk wird laut vertraglicher Festlegung nach Ablauf von einigen Jahrzehnten — wenn es ein im System längst überholter Kappertkopen ist — dem Staat anheimfallen. Die Wasserkräfte an der Aiz bei Troisdorf werden auf die Länge von 8 Kilometer ausgenutzt. In den beiden elektrischen Stationen des Werkes sollen insgesamt 12 500 Pferdestärken gewonnen werden können. Voraussichtlich ist die Jahresproduktion auf 400 000 Zentner festgelegt.

Als Gründerin tritt die Cyanid-Gesellschaft m. b. H., Berlin, auf. Sie hat von der bayerischen Regierung auch die Konzession zur Ausnutzung der Wasserkraft an der Aiz bei Troisdorf und Tacherting erhalten. Wer aber liefert das Grundkapital von 6 000 000 M.? Sieht man die Liste durch, so fällt man auf sehr bekannte Namen. So u. a.: Deutsche Bank, Berlin, Berliner Handelsgesellschaft, Bank für Handel und Industrie in Berlin, Siemens u. Halske, A.G., Berlin, Elektrische Licht- und Kraftanlagen, A.G., Berlin. Der Aufsichtsrat setzt sich natürlich aus einer Anzahl der Bankdirektoren zusammen. Hier sehen wir wieder eine jener Gründungen, an denen ein Elektrolongeur beteiligt ist, nominell wahrscheinlich nur mit einer geringeren Summe, um das Effektenportefeuille aus einem Unternehmen nicht übermäßig zu belasten, aber doch mit der tatsächlichen Herrschaft. Die Deutsche Bank und die Berliner Handelsgesellschaft gehören mit Siemens u. Halske zu den Gründern der Elektrobank. Die elektrische Licht- und Kraftanlagen-Gesellschaft ist auch mit im Bunde. Das beweist ein Blick auf ihre Beteiligung, unter denen bald 10 000 000 M. Aktien der Berliner Untergrundbahn-Gesellschaft enthalten sind. So bedeutet die Luftstickstoffverwertung durch weiße Kohle ein neues Arbeits- und Profitgebiet für die Elektrolongere.

Getreidepreise an deutschen Fruchtmärkten im Oktober.

Der Weizenpreis ging im Durchschnitt an 65 Markorten bei einem Umsatz von 163 427 Doppelzentner von 19,66 im September auf 19,67 M. im Oktober hinauf; im Oktober 1907 hatte er 22,76 M. betragen. Roggen wurde an 73 Markorten in einer Menge von 155 818 Doppelzentner zu einem Durchschnittspreis von 16,69 M. umgesetzt; der Septemberpreis hatte 16,51 M., der Oktoberpreis 1907 19,79 M. betragen. Eine scharfe Preissteigerung hat Gerste erfahren; es wurden an 62 Markorten 75 304 Doppelzentner Gerste umgesetzt, und zwar zu einem Durchschnittspreis von 17,41 M. pro Doppelzentner gegen 16,74 M. im September und 18,10 M. im Oktober 1907. Der Haferpreis hat ebenfalls eine Steigerung erfahren; an 89 Markorten wurden 127 805 Doppelzentner umgesetzt; der Durchschnittspreis stellte sich pro Doppelzentner auf 15,90 M. gegen 15,61 M. im September und 17,50 M. im Oktober 1907.

Öffentliche politische Versammlungen.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Groß-Berlin).

Bureau: Sinenstr. 215.

Geöffnet von 9—1 und 4—8 Uhr.

Telephon: Amt 3, 938.

Achtung! Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Industrie. Achtung!

Sonntag, den 15. November, mittags 12 Uhr, im „Palast-Theater“, Burgstr. 22:

Große öffentliche Versammlung

aller in der chemischen Industrie Beschäftigten

(chemischen, Farben-, Seifen-, Gummi-, Schallplatten-, Glühlicht-, Magnesia- und Glimmer-Fabriken).

Tages-Ordnung:

1. Die wirtschaftliche und sanitäre Lage der in der chemischen Industrie Beschäftigten. Referent: Reichstagsabgeordneter August Brey. — 2. Diskussion.

NB. Kollegen und Kolleginnen! Es wird bestimmt erwartet, daß unter Verursachung des vorstehenden Themas niemand der Versammlung fernbleibt. Erscheint in Massen!

Konrad Bruns, Sinenstraße 215.

Sozialdem. Wahlverein IV. Berliner Reichstagswahlkreis

Sonntag, den 15. November 1908:

Stiftungs-Fest

in den Lokalen:

Gewerkschaftshaus: Auftreten des Berliner Ulz-Trio.	Kellers Festsäle Inh. Freyer, Koppenstr. 29: Auftreten der Gesellschaft Strzelewicz.	Boekers Gesellschaftshaus Weberstr. 17: Auftreten * der Volkssänger - Gesellschaft Lewandowski.
---	---	--

In allen Lokalen:

Turnerische Aufführungen □ Reigenfahrten □ Konzert
:: :: TANZ. :: :: ::

Eröffnung 4 Uhr. — Anfang 5 Uhr. — Billett 25 Pfennige, an der Kasse 30 Pfennige.
222/12*

Das Komitee.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Die am Donnerstag, den 12. November, im Gewerkschaftshaus angelegte Vereinsversammlung fällt aus.

Dagegen findet am
Donnerstag, den 12. November

in der 27/16

„Neuen Welt“, Hasenheide

eine

Vereins-Versammlung

statt.

Die Tagesordnung bleibt dieselbe. Unter Vereinsmitteilungen referiert der Vorsitzende:

„Ist die Stellungnahme der „Vorwärts“-Redaktion gegen Mexhäuser ein Kampf gegen den Verband der deutschen Buchdrucker?“

Einlaß 7 Uhr. Beginn der Versammlung präzise 8 1/2 Uhr.

Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe kein Eintritt.

Der Vorstand: Albert Massini, 1. Vorsitzender.

Die neuen Vereins-Mitteilungen sind erschienen und bei den Kassaboten sowie auf der Verwaltung in Empfang zu nehmen.

Achtung Töpfer Berlins und Umgegend.

Donnerstag, den 12. November, abends 6 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

Oeffentliche Töpfer-Versammlung für Berlin und Umgegend.

Tages-Ordnung:

„Warum sind für die modern organisierten Arbeiter einheitliche Gewerkschafts-Organisationen notwendig?“ Ref.: Reichstagsabgeordneter Genosse K. Legien.

Sintritt nur, wer sich als Töpfer legitimieren kann.

Anfang präzise.

Regen Schutz erwarbt

103/12*

Der Cembaler Franz Segawe, 80. 16. Engelauer 14-15.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (großer Saal):

General-Versammlung

aller zum Zweigverein gehörenden Sektionen und Zahlstellen

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Arbeitersekretärs Genossen Ritter über: „Die bevorstehende Wahl der Vorgesetzten zum Gewerbegericht“. 2. Abrechnung vom III. Quartal u. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Zweigvereinsvorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

(E. & K. 2, Hamburg). — örtliche Verwaltung Berlin.
Freitag, den 13. November 1908, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 8.
Tagesordnung: Abrechnung vom dritten Quartal. Verschiedene Kassangelegenheiten.
Der Vorstand.
3. V.: Richard Schröder, Berlin O., Müllers Straße 7.
259/8*

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filliale I Berlin.
Donnerstag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schmidt, Grenzauer Allee 33:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gen. Ritter über: „Die bevorstehende Gewerbegerichtswahl“. 2. Wahl einer Schlichtungskommission. 3. Verbandsangelegenheiten.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist notwendig.
Der Vorstand. 3. V.: F. Runge.
148/19

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzsendungen beim Hinscheiden meines lieben Vaters, inured guten Vaters und Schwiegervaters 14/10

Hans Kohnert

legen wir hiemit allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank Die trauernde Witwe nebst Tochter und Schwiegertochtn.

Orts-Krankenkasse

für das

Töpfer-Gewerbe

zu Berlin.

Freitag, den 20. November 1908, abends 7 1/2 Uhr, findet im Königshof-Kolono, Holzmarktstr. 72, die

Ordntl. General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Neu- und Ersatzwahlen des Vorstandes (6 Arbeitnehmer und 2 Arbeitgeber). 3. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung. 4. Statutenänderung (Betr. Zusatz zu § 29 und Abänderung zu § 40). 5. Verschiedenes.
Sintritt nur gegen Vorzeigung der Einladungskarte.
Der Vorstand.
H. John, Vorsitzender.
179/19

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.

Der Seefadett.

Singspiel in 2 Akten von O. Richter. Musik von Gust. Steffens.
Vorher um 8 Uhr:
Die November-Spezialitäten mit Franz Sobanski.

Reichshallen-Theater

Stettiner

Sänger

Unter anderem:

Das

versiegelte Brautpaar.

Urkundliche Bursche.

Auf wochentags 8 Uhr.

Sonntags 7 Uhr.

Reichshallen-Restaurant:

Großes Militär-Konzert.

Sozialdemokrat. Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Adenauer Viertel, Bezirk 188.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Möbel-

Hermann Beil

Baldemarstraße 74

gehoben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute

Wittmoth, den 11. d. Mts., nach-

mittags 1/2 Uhr, von der Leichen-

halle des Zentral-Friedhofes im

Friedrichshofe aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des

6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 7. November verstarb unser

Mitglied, der Former

Ludwig Müller

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung ist am Wittmoth,

den 10. November, nachmittags

3 Uhr, in Hamburg auf dem

Friedhofe in Lohsdorf.

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Am 8. November verstarb nach

schwerem Leiden unser guter

Sohn und lieber Bruder, der

Rehanker

August Zeidler

im noch nicht vollendeten acht-

zehnten Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetruht an

Gustav Zeidler nebst Frau

Elisabeth geb. Krause und

Hertha Zeidler.

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 12. d. Mts.,

mittags 1/2 Uhr, von der Leichen-

halle des Zentral-Friedhofes im

Friedrichshofe aus statt. 269/8

Deutscher

Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß

unser Mitglied, der Rechner

Karl Schwarz

am 8. d. Mts. an Lungenerden

gestorben ist.

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 12. November,

nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-

halle des Paul-Gerhardt-Stifts,

Räckerstraße, aus nach dem Waga-

reih-Friedhofe in Reinickendorf,

Berliner Straße, statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß

unser Mitglied, der Rechner

August Zeidler

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 12. November,

nachmittags 1/2 Uhr, von der

Leichenhalle des Gemeinde-Fried-

hofes in Friedrichshofe aus statt.

Rege Beteiligung erwarbt

124/14 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der

Schuhmacher Deutschlands.

Geschäftsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,

daß unser Kollege

August Sprick

am 8. d. Mts. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Wittmoth,

den 11. November, nachm. 1/2 Uhr,

von der Leichenhalle des Zentral-

Friedhofes, Lichtenberg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

170/1 Der Vorstand.

Deutscher

Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht,

daß unser Kollege, der Tischler

Karl Stärke

am 7. November gestorben ist.

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 12. November,

nachmittags 8 Uhr, von der

Leichenhalle des Allen Jakob-

riedhofes in Nixdorf, Berliner

Straße (am Rollweg) aus statt.

00/4 Die Ortsverwaltung.

Invaliden - Unterstützungskasse

d. Steindruckers u. Lithographen.

Die Beerdigung des am

9. November verstorbenen Stein-

druckers

Robert Malmberg

findet statt am Donnerstag, den

12. November, nachm. 3/4 Uhr,

von der Leichenhalle des Schön-

berger Südost-Friedhofes, an der

Blanken Höhe.

269/8 Das Komitee.

Dankagung.

Für die herzliche Teilnahme,

die ich in dieser schweren Zeit so

reichlich erfahren, sage ich hier

mit meinen besten Dank.

Borghagen - Nummernburg,

den 9. November 1908.

Theodor Ritter.

268/8

Reste!

Damentuche, schwarz und farbig.

Costumes-Stoffe (neueste Muster,

zu jeder Saison), Astrachan,

Krimmer, Wollplüsch, Seidenplüsch,

Velours du Nord, Sammet, Seide,

Velvet etc. 4147L*

Confektion

Palotat, Jackotts, Costumes und

Costumerröcke in großer Auswahl

Kottbuser 5.

C. Pelz, Straße 5.

Billigste Bezugsquelle

gediegener

Trauergarderobe

in

Westmanns

Trauermagazin

Berlin W., Mohrenstr. 37a

Berlin NO., Gr. Frankf. Str. 115

Wir verkaufen

jezt noch billig

□ R 4 Mark an

in Veitroshagen, Ostafn,

□ R 10 Mark an

Seefeld, am Bahnhof,

□ R 12 Mark an

Kaulsdorf, am Bahnhof,

□ R 10 Mark

Bahnhof Sabowa, Bieddorf,

Kaulsdorf-Zud.

□ R 30 Mark an

Bieddorf, Stadtsahn, a. Bahnhof.

Verkaufsst. a. d. Bahnhöfen.

Nieschalke & Nische

Berlin, Neun Königstr. 16.



Originalwert bis M. 25.— bis M. 40.— bis M. 60.— bis M. 90.— bis M. 180.— bis M. 410.—

Ausverkaufspreis M. 7 1/2 M. 12.— M. 18 1/2 M. 26 1/2 M. 43.— M. 129.—

Keine zurückgesetzte oder Ramschware! Nur moderne Stoffe und hochlegante, gediegene Fassons!

Eigene Fabrikation!

Frauenmäntel, Phantasiepalotots, Kimonos, Capes, Kindermäntel,

Abend- und Theatermäntel, Pelzjackets und -Stolen

in nur echten Pelzarten.

hochmoderne Neuheiten

billiger wie in jedem Laden oder Detailgeschäft.

Originalmodelle, Kopien, Reismuster, in jeder Größe, auch für die stärkste Figur passend, am Lager.

In diesen 4 Tagen gratis, um zu räumen: 1 eleg. seidene Bluse!

Immer wieder Neues zu bringen, ist das Bestreben des

Spezialkonfektionshauses Westmann

Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der

Jerusalem Straße,

und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von der

Adressenstraße.

Genauere Beachtung meiner Firma und Hausnummer liegt im eigenen Interesse.

Ausverkaufstage

für Astrachan- und Plüsch-Konfektion und für Uebergangsmäntel

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Verkaufszeit 9 1/4 — 12 1/4, 2 1/4 — 7 1/2 Uhr

zu folgenden sechs Serien

Originalwert bis M. 25.— bis M. 40.— bis M. 60.— bis M. 90.— bis M. 180.— bis M. 410.—

Ausverkaufspreis M. 7 1/2 M. 12.— M

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Wir geben unseren Kunden schon jetzt Gelegenheit zum besonders billigen Weihnachts-Einkauf und verabsolgen trotz billigster Preise bei Einkäufen auch noch die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen.

Zum Ausschneiden



Nahrungsmittel für Kranke

Für Zuckerkranken — Magen- und Darmkranke — Blutarme — Bleichsüchtige — Nervenkranke. Bei Nierenleiden — Gicht — Rheumatismus — bei Fettsucht (Korpulenz) — bei schlechter Ernährung, allgemeiner Schwäche, Magerkeit — bei schlechter Zahn- und Knochenbildung. — Kindernahrungsmittel. Ausführliche erklärende Preisliste bitte zu verlangen D. Mader, Berlin S., Prinzenstraße 37. Versandgeschäft gesundheitlicher Nahrungs- und Genussmittel.

Erprobt und bewährt!

Spiritus-Glühlicht-

Lampen u. Brenner

Spiritus-Zentrale G. m. b. H.

Berlin NW. 7, Friedrichstr. 86, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang!

Preisliste kostenlos!

Pelz-Sto'as, Muffen, Kindergarnitur aus streng reell'bare, gebe zu ausserordentlich niedrigen Preisen bei sehr grosser Auswahl auch einzeln ab. Hut-Arnod Grosshandlung für Hütten, Pelzwaren und Pelzwaren Dres'enerstr. 116 (Klein-Laden) Kein Kaufzwang.



Ohne Anzahlung! Portieren, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und Kleine Katen! L. Matzer, Auguststr. 50. Sur Schiffarte erbiten.

3. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 10. November 1908, vormittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
117 [500] 214 84 454 919 75 2219 402 50 253 613
87 708 97 310. 414 553 71 941 415 51 [500] 77 232 483
698 [500] 812 [1000] 933 5031 97 406 [500] 811 [500]
6188 227 316 402 606 68 707 50 56 68 [500] 532 96 800
7000 [500] 143 702 19 88 315 59 562 790 8127 254 [500]
945 457 581 41 710 971 9058 49 63 117 473 633 888 811 98
10205 422 88 698 321 42 75 11623 254 [500] 97 47
44 [500] 83 613 974 [500] 12417 544 650 [500] 13308
14012 54 778 617 47 [500] 170 89 15776 988 684 71 664
16204 54 213 70 72 [500] 505 631 17088 85 197 [500]
273 421 [500] 814 45 921 [500] 18250 [1000] 53 430 53
45 532 761 19002 9 37 174 252 281 258 813 74
20498 263 65 740 822 61 902 21036 578 671 786
22253 [1000] 519 735 23403 989 90 543 44 [500] 901 715
42 846 [500] 923 24168 801 340 [1000] 45 420 37 49 723
912 [500] 20 89 84 25053 118 24 28 51 53 71 209 374 418
670 747 867 70 26394 405 28 501 748 808 904 27300 34
89 127 58 92 377 837 28348 545 64 810 29 29180 90 219
[1000] 827 91 680 862 978 [500]
30005 20 85 [1000] 943 30 822 [500] 63 99 797 896
31001 242 513 21 836 60 970 71 32016 [1000] 86 197 641
930 44 57 63 65 33000 32 82 216 [1000] 336 [500] 86
471 514 513 [500] 88 823 41 908 12 34230 210 801 353 833
513 822 221 47 36200 874 37216 602 [500] 779 69 38103
426 545 [1000] 780 872 39072 182 546 747
40706 211 23 306 15 300 630 49 828 954 41183 232
58 56 205 [1000] 8 50 500 636 734 542 42193 572 [1000]
886 730 44 43218 436 813 781 [1000] 544 917 44101 84
324 39 70 [500] 434 500 817 40 4724 45661 301 530 701
[500] 846 153 290 501 836 470 973 229 512 98 48172
275 823 [1000] 31 90 430 347 971 49072 [500] 92 211 873
624 587 31 792
50000 [500] 35 110 504 [500] 446 965 51235 70 200
23 50 52139 710 [500] 804 961 53146 238 494 72 87
728 80 34413 212 508 612 55191 260 714 [1000] 829
36114 223 99 474 607 530 919 57331 65 72 86 851 744
674 70 903 5 78 [500] 58080 404 712 975 59007 [1000]
18 24 31 150 340 47 434 525 73 [1000]
60100 208 777 806 21 820 48 61055 90 120 78 437
69 314 773 81 882 900 [500] 62200 684 793 [500] 819
3028 14 68130 111 70 64004 [500] 107 568 [1000] 610 627
27 65094 103 33 90 443 571 871 767 66230 417 812 87081
247 430 500 [500] 856 801 68299 350 97 677 721 45 932
69113 120 [1000] 21 509 706 87 819
70034 58 90 [500] 410 685 713 [1000] 808 983 [1000]
71600 30 [1000] 702 [500] 722 7067 [500] 88 238 487
60 719 817 902 73898 784 873 54 74102 98 233 428 823
87 97 750 65 109 330 83 81 832 40 327 76151 21 645 81
980 880 7707 90 125 279 332 434 54 587 848 889 78213
394 19 447 636 741 932 78287 442 81 787 871 949
80170 214 515 63 91 [1000] 811 29 81257 835 93 593
984 886 904 74 82114 595 [500] 791 914 47 83145 272
260 730 90 892 84912 [500] 904 854 [1000] 21 572
622 748 [500] 886 63 15 86001 47 311 875 370 876 972
87182 348 54 240 445 545 719 548 66 74 924 88337 548
60 594 15 58 403 70 245 824 89157 248 200 515 [500]
22 217 29 846 89
90113 45 330 417 [500] 845 91112 598 578 840 810
45 71 92001 15 75 370 93150 [500] 612 77 78 94156
220 341 831 45 95300 70 [1000] 74 684 [1000] 655 93
808 [500] 922 91 98074 183 861 83 544 825 97288 90 832
[1000] 942 [1000] 93135 90 [500] 600 99135 469 504 83
617 800 280
100281 400 50 523 [1000] 59 781 974 101918 289
18 423 610 14 16 440 980 102009 108 200 891 [1000]
103100 76 438 905 104977 [500] 75 229 50 [500] 529
11 854 574 103247 208 560 512 39 34 [500] 61 [500] 750
106251 502 16 409 55 819 29 47 107062 [500] 87 391
415 37 79 332 98 889 [1000] 108285 93 237 10 [500]
635 47 801 34 58 [1000] 108285 93 237 10 [500]
110027 61 [1000] 70 123 85 84 202 312 [500] 685 80
111010 310 15 282 802 42 925 [500] 87 112021 [500] 122
[500] 177 410 [500] 18 15 730 113157 68 87 821 436 624
29 [1000] 730 [1000] 930 931 927 114062 88 [500] 794 900
[1000] 11587 780 731 [1000] 923 56 116177 [500] 313
865 45 873 1172 588 627 84 [500] 829 915 118153 737
64 97 821 [500] 119283 311 73 748 833 70 881
120392 31 27 44 78 873 201 700 823 121199 210 71
79 424 73 78 508 12 [500] 122011 45 95 877 481 77
123094 254 429 422 67 720 81 67 80 506 [500] 84 [1000]
202 238 979 [500] 134021 378 444 628 88 705 99 817 125228 20
43 71 987 124021 378 444 628 88 705 99 817 125228 20
30 519 812 30 547 865 128245 97 630 63 127100 88 [500]
407 96 653 732 847 865 128245 97 630 63 127100 88 [500]
134 272 253 414 55 278 789 854
130052 210 25 75 623 568 648 800 25 38 [500] 900
131123 [1000] 720 500 132173 802 76 839 133223 31 381
301 731 77 980 134030 421 135050 819 648 622 36 713
802 905 61 136081 106 63 657 759 137034 [500] 509
929 97 138000 142 221 311 70 [1000] 580 625 759 834 70
982 97 138000 142 221 311 70 [1000] 580 625 759 834 70
140052 60 540 740 71 141141 614 822 816 142380
407 85 517 [500] 847 142088 207 362 448 54 699 [1000]
302 238 979 [500] 96 144662 774 823 74 905 145123 200
6 76 488 667 146105 513 700 14 31 [500] 94 98 [500]
147017 80 210 29 408 530 606 783 897 148112 987 83
149079 355 707 85
150134 216 322 [500] 78 [500] 602 [1000] 742 [1000]
86 502 151138 32 328 889 893 916 80 152014 28 211 757
153008 717 789 874 86 [500] 154108 682 321 155008

3. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 10. November 1908, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
117 [500] 214 84 454 919 75 2219 402 50 253 613
87 708 97 310. 414 553 71 941 415 51 [500] 77 232 483
698 [500] 812 [1000] 933 5031 97 406 [500] 811 [500]
6188 227 316 402 606 68 707 50 56 68 [500] 532 96 800
7000 [500] 143 702 19 88 315 59 562 790 8127 254 [500]
945 457 581 41 710 971 9058 49 63 117 473 633 888 811 98
10205 422 88 698 321 42 75 11623 254 [500] 97 47
44 [500] 83 613 974 [500] 12417 544 650 [500] 13308
14012 54 778 617 47 [500] 170 89 15776 988 684 71 664
16204 54 213 70 72 [500] 505 631 17088 85 197 [500]
273 421 [500] 814 45 921 [500] 18250 [1000] 53 430 53
45 532 761 19002 9 37 174 252 281 258 813 74
20498 263 65 740 822 61 902 21036 578 671 786
22253 [1000] 519 735 23403 989 90 543 44 [500] 901 715
42 846 [500] 923 24168 801 340 [1000] 45 420 37 49 723
912 [500] 20 89 84 25053 118 24 28 51 53 71 209 374 418
670 747 867 70 26394 405 28 501 748 808 904 27300 34
89 127 58 92 377 837 28348 545 64 810 29 29180 90 219
[1000] 827 91 680 862 978 [500]
30005 20 85 [1000] 943 30 822 [500] 63 99 797 896
31001 242 513 21 836 60 970 71 32016 [1000] 86 197 641
930 44 57 63 65 33000 32 82 216 [1000] 336 [500] 86
471 514 513 [500] 88 823 41 908 12 34230 210 801 353 833
513 822 221 47 36200 874 37216 602 [500] 779 69 38103
426 545 [1000] 780 872 39072 182 546 747
40706 211 23 306 15 300 630 49 828 954 41183 232
58 56 205 [1000] 8 50 500 636 734 542 42193 572 [1000]
886 730 44 43218 436 813 781 [1000] 544 917 44101 84
324 39 70 [500] 434 500 817 40 4724 45661 301 530 701
[500] 846 153 290 501 836 470 973 229 512 98 48172
275 823 [1000] 31 90 430 347 971 49072 [500] 92 211 873
624 587 31 792
50000 [500] 35 110 504 [500] 446 965 51235 70 200
23 50 52139 710 [500] 804 961 53146 238 494 72 87
728 80 34413 212 508 612 55191 260 714 [1000] 829
36114 223 99 474 607 530 919 57331 65 72 86 851 744
674 70 903 5 78 [500] 58080 404 712 975 59007 [1000]
18 24 31 150 340 47 434 525 73 [1000]
60100 208 777 806 21 820 48 61055 90 120 78 437
69 314 773 81 882 900 [500] 62200 684 793 [500] 819
3028 14 68130 111 70 64004 [500] 107 568 [1000] 610 627
27 65094 103 33 90 443 571 871 767 66230 417 812 87081
247 430 500 [500] 856 801 68299 350 97 677 721 45 932
69113 120 [1000] 21 509 706 87 819
70034 58 90 [500] 410 685 713 [1000] 808 983 [1000]
71600 30 [1000] 702 [500] 722 7067 [500] 88 238 487
60 719 817 902 73898 784 873 54 74102 98 233 428 823
87 97 750 65 109 330 83 81 832 40 327 76151 21 645 81
980 880 7707 90 125 279 332 434 54 587 848 889 78213
394 19 447 636 741 932 78287 442 81 787 871 949
80170 214 515 63 91 [1000] 811 29 81257 835 93 593
984 886 904 74 82114 595 [500] 791 914 47 83145 272
260 730 90 892 84912 [500] 904 854 [1000] 21 572
622 748 [500] 886 63 15 86001 47 311 875 370 876 972
87182 348 54 240 445 545 719 548 66 74 924 88337 548
60 594 15 58 403 70 245 824 89157 248 200 515 [500]
22 217 29 846 89
90113 45 330 417 [500] 845 91112 598 578 840 810
45 71 92001 15 75 370 93150 [500] 612 77 78 94156
220 341 831 45 95300 70 [1000] 74 684 [1000] 655 93
808 [500] 922 91 98074 183 861 83 544 825 97288 90 832
[1000] 942 [1000] 93135 90 [500] 600 99135 469 504 83
617 800 280
100281 400 50 523 [1000] 59 781 974 101918 289
18 423 610 14 16 440 980 102009 108 200 891 [1000]
103100 76 438 905 104977 [500] 75 229 50 [500] 529
11 854 574 103247 208 560 512 39 34 [500] 61 [500] 750
106251 502 16 409 55 819 29 47 107062 [500] 87 391
415 37 79 332 98 889 [1000] 108285 93 237 10 [500]
635 47 801 34 58 [1000] 108285 93 237 10 [500]
110027 61 [1000] 70 123 85 84 202 312 [500] 685 80
111010 310 15 282 802 42 925 [500] 87 112021 [500] 122
[500] 177 410 [500] 18 15 730 113157 68 87 821 436 624
29 [1000] 730 [1000] 930 931 927 114062 88 [500] 794 900
[1000] 11587 780 731 [1000] 923 56 116177 [500] 313
865 45 873 1172 588 627 84 [500] 829 915 118153 737
64 97 821 [500] 119283 311 73 748 833 70 881
120392 31 27 44 78 873 201 700 823 121199 210 71
79 424 73 78 508 12 [500] 122011 45 95 877 481 77
123094 254 429 422 67 720 81 67 80 506 [500] 84 [1000]
202 238 979 [500] 134021 378 444 628 88 705 99 817 125228 20
43 71 987 124021 378 444 628 88 705 99 817 125228 20
30 519 812 30 547 865 128245 97 630 63 127100 88 [500]
407 96 653 732 847 865 128245 97 630 63 127100 88 [500]
134 272 253 414 55 278 789 854
130052 210 25 75 623 568 648 800 25 38 [500] 900
131123 [1000] 720 500 132173 802 76 839 133223 31 381
301 731 77 980 134030 421 135050 819 648 622 36 713
802 905 61 136081 106 63 657 759 137034 [500] 509
929 97 138000 142 221 311 70 [1000] 580 625 759 834 70
982 97 138000 142 221 311 70 [1000] 580 625 759 834 70
140052 60 540 740 71 141141 614 822 816 142380
407 85 517 [500] 847 142088 207 362 448 54 699 [1000]
302 238 979 [500] 96 144662 774 823 74 905 145123 200
6 76 488 667 146105 513 700 14 31 [500] 94 98 [500]
147017 80 210 29 408 530 606 783 897 148112 987 83
149079 355 707 85
150134 216 322 [500] 78 [500] 602 [1000] 742 [1000]
86 502 151138 32 328 889 893 916 80 152014 28 211 757
153008 717 789 874 86 [500] 154108 682 321 155008

3. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 10. November 1908, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
117 [500] 214 84 454 919 75 2219 402 50 253 613
87 708 97 310. 414 553 71 941 415 51 [500] 77 232 483
698 [500] 812 [1000] 933 5031 97 406 [500] 811 [500]
6188 227 316 402 606 68 707 50 56 68 [500] 532 96 800
7000 [500] 143 702 19 88 315 59 562 790 8127 254 [500]
945 457 581 41 710 971 9058 49 63 117 473 633 888 811 98
10205 422 88 698 321 42 75 11623 254 [500] 97 47
44 [500] 83 613 974 [500] 12417 544 650 [500] 13308
14012 54 778 617 47 [500] 170 89 15776 988 684 71 664
16204 54 213 70 72 [500] 505 631 17088 85 197 [500]
273 421 [500] 814 45 921 [500] 18250 [1000] 53 430 53
45 532 761 19002 9 37 174 252 281 258 813 74
20498 263 65 740 822 61 902 21036 578 671 786
22253 [1000] 519 735 23403 989 90 543 44 [500] 901 715

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Stierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 1 Uhr, findet eine Urania-Vorstellung statt. Wir bitten die Abteilungsleiter, sich die Billets vom Bureau abholen zu wollen, desgleichen die Einladungsgettel zu den Vortragsabenden.

Kunstabende.

Die Genossen der Schönhauser Vorstadt veranstalten am Sonntag, den 14. November, im Berliner Proter einen Kunstabend, worauf die Parteifreunde besonders hingewiesen werden.

Die Parteigenossen des Gesundbrunnens haben zum ersten Male einen Kunstabend am 5. Dezember geplant. Als für diesen Zweck besonders geeignetes Lokal ist der Badischmiedische Saal in der Badstraße gewählt worden. Das Komitee hat sich bemüht, ein Programm zusammenzustellen, das allen strengen Ansprüchen genügen wird. Das Billet kostet nur 50 Pf.; am heutigen Zahlabend können Billets von den Bezirksleitern entnommen werden.

Schöneberg. Auf dem heutigen Zahlabend gelangen die Billets zu der Urania-Vorstellung, die am Sonntag, den 22. d. M. — Totensonntag — mittags 1 Uhr stattfindet, zum Preise von 70 Pf. zur Ausgabe. Zur Vorführung gelangt: „Heber den Brenner bis Venedig“. Die Genossen wollen sich beizeiten mit Billets versehen.

Lichtenberg. Sonntag, den 22. November (Totensonntag) findet im Lokal von P. Schwarz, Dorffstraße 25/26, ein Heine-Abend statt. Mitwirkende sind: Gertrud Wischhoff (Gesang), Fritz Richard (Rezitation), Heinrich Schulz (Vortrag), Leo Neftenberg (Klavier). Anfang präzis 7 1/2 Uhr. Billets sind bei den Bezirks- und Gruppenleitern zu haben.

Mahlsdorf a. d. Osthahn. Der Zahlabend findet heute für Mahlsdorf-Süd bei Meyer, Köpenicker Allee 25, und für Mahlsdorf bei Nees statt.

Jossen. Am Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Herrn Rutzner eine Frauenversammlung statt. Frau E. Heile-Kempelhof hält ein Referat über: „Weshalb sollen sich die Frauen organisieren?“. Die Parteigenossen werden gebeten, ihre Frauen darauf aufmerksam zu machen.

Erker. Heute, Mittwoch, den 11.: Mitgliederversammlung, verbunden mit Zahlabend.

Heinersdorf (Stettiner Bahn, Bezirk Weihensee). Den Genossen zur Nachricht, daß heute, Mittwoch, auch hier der Zahlabend stattfindet. In Zukunft werden die Zahlabende gemeinschaftlich mit Groß-Berlin und zwar jeden zweiten Mittwoch im Monat abgehalten.

Hermesdorf. Der Zahlabend für die Hermesdorfer Genossen findet diesmal in Glienice im Lokal von Schulze statt.

Berliner Nachrichten.

Magistratsoffiziale Berichterstattung.

Nach einer angeblich magistratsamtlichen Mitteilung sollen auf dem südlichen Riefelgürteln eine große Menge Rüben und Kartoffeln um deswillen erforscht sein, weil sich die Berliner Arbeitlosen weigerten, die gutbezahlte Arbeit anzunehmen.

Von der Rutz ist nur das eine wahr, daß in der Tat eine Menge Rüben und Kartoffeln erforscht sind, ein Vorgang, der seine Erklärung aber in dem plötzlichen Eintritt der Kälte im Oktober findet, der aber wohl auch anderwärts dieselbe Wirkung gehabt hat.

In der Mitteilung wird behauptet: „In Berlin herrscht Arbeitslosigkeit und vor den Toren von Berlin verdirbt die Ernte, weil es an Arbeitskräften fehlt. Es ist alles versucht worden, um Arbeiter dauernd auf die Güter zu ziehen, aber immer vergeblich; sie ziehen es vielmehr vor, in Berlin das Arbeitslosensheer zu vermehren, statt auf dem Lande zu arbeiten, wo die Ernte verdirbt.“

Demgegenüber stellen wir fest, daß im Verein für Arbeitsnachweis in der Gormannstraße seitens der städtischen Riefelgüterverwaltung nicht ein einziger Versuch gemacht worden ist, Arbeitskräfte zu erlangen, obwohl ein Arbeitsnachweis für städtische Arbeiter geführt wird. Und doch wird frech behauptet, es sei alles versucht worden. „Und Arbeitskräfte dauernd auf die Güter ziehen, ist vergeblich,“ heißt es; da muß man doch fragen: „Wohin denn? Ist denn auf einem der Güter auch nur eine Wohnung frei? Nirgends ist das der Fall.“ Bezüglich des Verdienstes wird behauptet:

„Schlechte Lohnverhältnisse sind keineswegs die Ursache des Arbeitsmangels. Der Verdienst eines Mädchens z. B. bei der Rüben- oder Kartoffelernte auf den Riefelgürteln der Stadt übersteigt in der Regel 3 M. und bei den Männern 4 M. in den schon kurzen Tagen.“

Demgegenüber stellen wir fest, daß unter dem jetzigen Direktor Schröder die schlimmste Lohnrückbildung im Gange ist. Die Löhne, die hier genannt werden, werden in den seltensten Fällen im Accord verdient.

Der Tageslohn für freie Arbeiter beträgt 1,80—2 M., für Arbeiterinnen 1—1,20 M., für Fortarbeiter werden viel schlechtere Löhne gezahlt als beim Fortschritt. Sobald die Arbeiter im Accord etwas besser verdienen, werden die Gutsverwaltungen sofort wegen der „hohen Löhne“ geküßelt. Dabei müssen die Arbeiter im Fortschritt ihr Arbeitsgerät, Hacke, Schippe, Axt, selber mitbringen und in Ordnung halten. Da auf den Gütern keine Wohnungen sind, müssen die Arbeiter von ihrem geringen Verdienst auch noch die Bahn bezahlen, die meist 90 Pf. die Woche kostet. Also selbst wenn es wahr wäre, daß man den Versuch gemacht hätte, wie es nicht wahr ist, könnte man es einem Arbeitslosen verdenken, wenn er eine solche Arbeit ablehnt, die für ihn eine gänzlich ungewohnte ist, auf die im Accord zu arbeiten er gar nicht imstande ist? Aus Bernau kommen uns die Klagen, daß auf dem Riefelgürtel Sammelorden die Löhne äußerst gedrückt sind und noch weiter gedrückt werden, weil die Gutsverwaltung sich billige Arbeitskräfte aus Hoffnungstal verschafft. Herr Bodekewing macht also hier die freien Arbeiter existenzlos, ein ganz sonderbarer Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die hier Herr v. Bodekewing in Verbindung mit der Stadtverwaltung führt.

Wir wissen nicht, ob der Magistratsberichterstatte auf eigene Faust geschrieben hat oder inspiriert war; jedenfalls wäre das letztere gegenüber unseren Feststellungen kaum zu glauben. Wir können es umföweniger glauben, weil es geradezu unheimlich wäre, wenn sich ein städtischer Beamter, der nichts getan hat, die Arbeitslosen zur Arbeit heranzuziehen, edredirekte zu sagen: die

Arbeiter wollen nicht arbeiten, sondern lieber das Heer der Arbeitslosen in Berlin vermehren.

Wir hoffen, daß der Magistrat feststellt, wer diese unwahren Darstellungen in die Welt gesetzt hat und ob nicht die Verwaltung zur Verantwortung zu ziehen ist, die es verabsäumte, Arbeitskräfte herausanzuziehen, um das Verderben der Früchte auf dem Felde zu verhindern.

Aus der Statistik der Krankenkassen Berlins

werden von der Gewerbe-Deputation der Stadt in ihrem Verwaltungsbericht für das Etatsjahr 1907 (1. April 1907 bis 31. März 1908), den jetzt der Magistrat veröffentlicht, wieder einige Hauptzahlen mitgeteilt. Am Schluß des Etatsjahres, also am 31. März 1908, waren der Aufsicht des Magistrats 180 Krankenkassen unterstellt, nämlich 64 Ortskrankenkassen, 69 Fabrikkrankenkassen, 18 Innungskrankenkassen und die Gemeindekrankenversicherung. Gegenüber dem vorhergehenden Jahre haben die Ortskrankenkassen sich um 1 vermindert und die Fabrikkrankenkassen sich wieder um 3 vermehrt, während die Zahl der Innungskrankenkassen unverändert geblieben ist.

Die Mitgliederzahl war im Durchschnitt des Etatsjahres 1907 (bezw. 1906): bei den Ortskrankenkassen 316 831 (312 878) männliche und 229 762 (213 290) weibliche Mitglieder, bei den Fabrikkrankenkassen 103 079 (98 666) männliche und 81 821 (27 593) weibliche Mitglieder, bei den Innungskrankenkassen 80 838 (44 073) männliche und 8989 (14 372) weibliche Mitglieder, bei der Gemeindekrankenversicherung 17 (17) männliche und 89 (85) weibliche Mitglieder, bei allen der Aufsicht des Magistrats unterstellten Krankenkassen zusammen 459 265 (455 133) männliche und 270 611 (265 290) weibliche, überhaupt 729 876 (710 423) Mitglieder. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr betrug diesmal nur noch 4182 männliche und 15 321 weibliche, zusammen 19 453 Mitglieder, das sind nur 2 1/2 Proz. Dagegen hatte das vorige Jahr gegenüber dem vorherigen noch ein Plus von 22 458 männlichen und 17 885 weiblichen, zusammen 40 343 Mitgliedern gebracht, das waren noch 6 Proz. Die in 1907 eingetretene Verlangsamung der Zunahme fällt besonders bei den männlichen Mitgliedern auf. Sie ist eine Folge der Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen, zu denen viele Arbeitgeber sich genötigt gesehen haben. Im einzelnen hat übrigens die Mitgliederzahl in 1907 zugenommen bei den Ortskrankenkassen um 20 425 (annähernd 4 Prozent) und bei den Fabrikkrankenkassen um 841 (annähernd 7 Prozent), dagegen abgenommen bei den Innungskrankenkassen um 9618 (über 16 Prozent). Wieder haben, wie seit langem, die Fabrikkrankenkassen das stärkste Zunahmeprozent.

Die Zahl der Erkrankungsfälle, die mit Erwerbsunfähigkeit verbunden waren, hat sich im letzten Jahre weiter erhöht, besonders unter den Mitgliedern männlichen Geschlechts. Bei allen Kassen zusammen wurden im Etatsjahr 1907 (bezw. 1906) gezählt 204 940 (191 918) Erkrankungen männlicher Mitglieder und 117 501 (110 689) Erkrankungen weiblicher Mitglieder, 44,6 (42,3) Erkrankungen auf je 100 männliche und 43,4 (43,4) auf je 100 weibliche Mitglieder. Die relative Krankenziffer ist bei den weiblichen Mitgliedern dieselbe geblieben, bei den männlichen aber ist sie beträchtlich gestiegen. Stärker noch als die Zahl der Erkrankungsfälle hat die der Krankheitsstage sich erhöht. Diese war in 1907 (bezw. 1906) bei den männlichen Mitgliedern 5 226 546 (4 605 079), bei den weiblichen 3 471 390 (3 234 470), mithin dauerte im Durchschnitt jede Erkrankung der männlichen Mitglieder 25,56 (24,00) Tage, jede Erkrankung der weiblichen Mitglieder 29,54 (29,23) Tage. Verteilt man die Gesamtheit der Krankheitsstage auf die Gesamtheit der Versicherten, so ergeben sich pro versichertes männliches Mitglied 11,35 (10,12) Krankheitsstage, pro versichertes weibliches Mitglied 12,53 (12,67) Krankheitsstage. Auch die Sterblichkeit hat diesmal stärker zugenommen, als nach der Mitgliederzahl zu erwarten war. In 1907 (bezw. 1906) starben 4886 (5927) männliche und 1679 (1513) weibliche Mitglieder, das sind 2,12 (2,05) Proz. der männlichen Erkrankten und 1,43 (1,37) Proz. der weiblichen Erkrankten oder 0,94 (0,85) Proz. aller männlichen Versicherten und 0,62 (0,59) Proz. aller weiblichen Versicherten.

Der Herr des „Vorwärts“? In unseren Gemeindefchulen kommt es nicht selten vor, daß Lehrer an ihre Schüler die Frage richten, wessen Eltern den „Vorwärts“ lesen. Dabei ist nicht immer ganz klar, ob sie sich über die Geisteshaltung der Angehörigen ihrer Schüler informieren wollen, oder ob müßige Reugier sie treibt, in Privatangelegenheiten der Familien einzudringen, oder ob gar Befehungsschnüffelei mit im Spiele ist, wenn sie in dieser Weise nach den „Vorwärts“-Lesern forschen. Ein Vater meldet uns, daß kürzlich auch in der 232. Knaben-Gemeindefchule (Glogauer Straße) ein Lehrer Fischer in einer dritten Klasse seine Schüler bezüglich der „Vorwärts“-Lektüre auszufragen versucht habe. Im allgemeinen wird man gut tun, über solche Fragerei sich nicht weiter aufzuregen. Wir wünschen sogar, daß dem fragenden Lehrer alle Kinder, deren Eltern den „Vorwärts“ lesen, rüchhaltlos die gewünschte Antwort geben. Jüngere Lehrer, denen es in der Unfreiheit ihres Seminars als ganz selbstverständlich erscheint, daß sie vor „gefährlicher“ Geistesstiftung sorgsam behütet werden wie hilflose Hosenmache, mögen ja noch an der Meinung festhalten, daß sie sich vor einem „Vorwärts“-Lester betrogen müssen wie vor dem leibhaftigen Gottseidenn. Aber über solche Begrenztheit des Gesichtskreises wird ein Berliner Arbeiter doch höchstens lächeln. Auf die Frage, ob die Eltern den „Vorwärts“ lesen, sollten alle Kinder, für deren Eltern das zutrifft, ruhig mit einem stolzen Ja antworten, damit der Herr Lehrer erkennen lernt, wie groß der Wirkungsbereich der sozialdemokratischen Presse ist.

Ein braver Parteigenosse ist in der Person des Formers Ludwig Müller dahingegangen, der am 7. November in Hamburg gestorben ist. Ludwig Müller hat sein ganzes Leben im Dienste der Arbeiterbewegung gestanden. Nachdem der Verstorbenen 1884 in Leipzig gewirkt, ging er 1885 nach Hamburg und kam 1889 nach Berlin, wo er in der Formerbewegung eifrig arbeitete. Anlässlich der Reiseleiter 1890 zog er sich den besonderen Haß der Metallindustriellen zu, wodurch Müller aus Berlin vertrieben wurde. Er ging nach Hamburg, wo er bis 1895 blieb und wo er sich eine einjährige Gefängnisstrafe zuzog. Wieder nach Berlin gekommen, wirkte er hier im Interesse der Formerbewegung bis 1900. Dann ging er nach Lübeck als Redakteur des Organs des Zentralvereins der Formers „Blindauf“. In dieser Stelle blieb Müller bis zur Auflösung des Formerverbandes im Herbst 1901. Da die Zeitung mit dem Anschluß der Formers an den Deutschen Metallarbeiter-Verband einging, war Müllers Stellung in Lübeck haltlos. Er kam wieder

nach Berlin und ist hier zunächst provisorisch und später fest angestellt als Bibliothekar der Verwaltungsjelle des Metallarbeiter-Verbandes tätig gewesen. Im Herbst 1907 sah sich Müller genötigt, wegen seiner Krankheit, die zu geistiger Unmüchung auszuarten drohte, eine Anstalt aufzusuchen. Doch machte die Krankheit trotz aller Bemühungen weitere Fortschritte und jetzt ist er derselben erlegen. Für die Charakterstärke des Genossen Müller, zugleich aber auch für die Unverföhnlichkeit der Rühmänner ist der Vorgang bezeichnend, der sich 1897 abspielte. Der Sekretär der Metallindustriellen, Hauptmann a. D. Kieffel, erklärte dem Genossen Müller, es könne ihm nur dann Arbeit nachgewiesen werden, wenn der Direktor der Gießerei, bei dem Müller 1890 gearbeitet hat, damit einverstanden sei. Müller sollte den Mann um Erlaubnis bitten, um, wohlverstanden, nicht in dem Betrieb dieses Mannes, sondern in einem anderen Berriebe der Metallindustriellen arbeiten zu dürfen. Natürlich hat Müller dieses Ansuchen zurückgewiesen und damit darauf verzichtet, in Berlin Beschäftigung zu finden. Daß Müller auch in der politischen Bewegung seine volle Sündigkeit in Berlin im 6. Wahlkreis als auch in Hamburg tat, ist selbstverständlich. Wenn am heutigen Tage sich die Brust über dem Genossen Müller schließt, dann dürfen wir mit Zug und Recht sagen: „Hier ruht ein Arbeiter, der sein Bestes, sein ganzes Können in den Dienst der Arbeiterfrage gestellt hat.“

Die Pünktlichkeit des Eisenbahnbetriebes erfieht man, — so wird und geschrieben — wenn man die Vorkortstraße Berlin-Wehrer Hauptbahnhof—Spandau—Rauen benutzt. Als am 1. Oktober der Winterfahrplan in Kraft trat, sollten nach Zeitungs-nachrichten wesentliche Verbesserungen eintreten. Die Verbesserung bestand darin, daß tatsächlich zwei Züge mehr eingelegt wurden, aber schon Mitte Oktober wurden je zwei Züge vor- und nachmittags wieder eingezogen. Wenn nun auch die Einziehung von täglich vier Zügen keine Berechtigung haben mag, so ist jetzt aber mit dem Winterfahrplan auch eine nicht zu rechtferdigende Unpünktlichkeit, besser gesagt, Unmüchtheit eingegriffen, die man beim Sommerverkehre wenig oder gar nicht kannte. Der Dallgow—Döberitzer Zug, der von Spandau aus als Vorkortzug benutzt werden kann, soll Vorkortstraße 7,30 früh eintreffen; ich behaupte nicht zuviel, wenn ich sage, daß er während des Verkehrens des Winterfahrplanes drei Viertel mit und ein Viertel davon ohne Verspätung eintraf, und zwar nicht etwa nur um einige Minuten, sondern 10, 20 und mehr Minuten Verspätung hatte. Schreiber dieser Zeilen hat die Beobachtung gemacht, daß tatsächlich der Verkehr auf Bahnhof Vorkortstraße (Vorkortstraße) nachgelassen hat, weil ein großer Teil des Publikums jetzt wieder die Elektrische benutzt, um pünktlich zur Arbeitsstelle zu kommen. Die Benutzung der Elektrischen können sich aber doch nur die Berliner erlauben, die Spandauer Passagiere müssen wohl aber übel es sich gefallen lassen, durch Verspätungen der Eisenbahn im Geschäft als Bummelant angesehen zu werden. Ich glaube ganz bestimmt, wenn die Eisenbahndirektion zufällig der Arbeitgeber dieser etwa 100—150 unverschuldet aufstommenden Personen wäre, würde es bald anders werden. Sie verlangt doch von ihren Angestellten unbedingte Pünktlichkeit, und mit Recht; hat der private Arbeitgeber das aber nicht ebenso zu verlangen? So wie hier nun die größte Unpünktlichkeit herrscht, wird bei den vom Lehrter Hauptbahnhof abfahrenden Zügen außerordentlich verfahren. Hier wird keine Rücksicht auf die von der Stadtbahn herunterkommenden Passagiere genommen, trotzdem es ein Leichtes wäre, die mit einem Stadtbahnzug Ankommenden noch einsteigen zu lassen, weil dies vom Mittelperron aus sehr gut zu übersehen ist und es sich auch nur um Sekunden handelt. Doppelt fühlbar wird diese Rücksichtslosigkeit für die, die über Spandau hinaus wollen, weil die Züge nach Rauen in Abständen von über 1 Stunde folgen.

Hoffentlich bekümmert sich die Eisenbahndirektion um diese Angelegenheit und sorgt für Abstellung der Klagen.

Ein Massenandrang nach Reichstagskarten

herrschte gestern früh am Reichstagsgebäude. Im Hinblick auf den großen Tag hatten sich schon frühzeitig viele Personen vor dem Portal V eingefunden. Einer, der auch unter den Dorrenden war, schreibt uns:

„Als ich heute früh 7 Uhr nach dem Reichstag ging, um mir eine Eintrittskarte zur heutigen Sitzung zu holen, standen schon über 100 Personen da, darunter circa 40 Soldaten und 15 Messenger Boys.“

Von den 40 Personen, die Karten erhielten, waren 12 Messenger Boys und 10 Soldaten.

Auf meine Frage an einen Bureaudienner, ob die betreffenden Burschen und Soldaten die Karten für sich selbst holen oder ob es gestattet ist, solche für andere Personen zu holen, wurde erwidert, daß man das nicht kontrollieren könne. Das Messenger Bureaudienst sei beim Bureau des Reichstages darum eingelommen, für andere Personen Karten holen zu können.

Wir haben bereits in früheren Jahren die Art der Kartenausgabe tügen müssen. Es ist wiederholt beobachtet worden, daß bei dieser Ausgabe Bevorzugungen stattfinden, insbesondere wenn es sich um Offiziere handelt. In einzelnen Fällen sollen an Mittelspersonen hohe Preise für Beschaffung von Karten zu den Sitzungen gezahlt worden sein.

„Schon wieder Steinberg!“ feuerte am Dienstag der Amtsgerichtsrat Jodisch, Vorsitzender der 147. Schöffensabteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte, als die Beleidigungsklage Steinberg gegen Ahlers herankam. Jodisch, schon wieder Herr Adolf Steinberg, der „Direktor“ der „Ersten Berliner Krawattenakademie“, der den Verurteilten so viel zu tun gibt! Wodurch fühlte der Empfindliche sich wieder mal gekränkt und beleidigt? Ein Herr Ahlers, dessen Braut zu den Damen gehörte, die ihr Geld zu Steinberg hineingetragen hatten, war so unvorsichtig gewesen, dem Herrn Krawattenakademie-„Direktor“ brieflich mitzuteilen, wie er über ihn dachte. Der Briefschreiber gab Herrn Steinberg zu verstehen, der „Vorwärts“-Artikel über das Steinbergische Unternehmen habe das Richtige getroffen; und den Profit, den Herr Steinberg dabei einsah, nannte er led einen „Sündelohn“. Das war zuviel für das Ehrgefühl des Herrn Steinberg, und so schleppte er Herrn Ahlers vor den Richter. Die Beleidigungsklage, die er gegen ihn anstregte, wurde schon im September verhandelt, noch ehe die Beleidigungsklage Steinbergs gegen den „Vorwärts“ vor das Schöffengericht kam. Ahlers ließ sich damals bewegen, einem Vergleich zuzustimmen, durch den er sich zur Tragung der Kosten verpflichtete, wenn Steinberg seine Klage zurücknehme. Steinberg behielt sich aber den Widerruf vor, falls Ahlers die Vergleichsbedingungen nicht erfüllte, und als Ahlers tatsächlich anderen Sinnes wurde und nicht zahlen wollte, nahm Steinberg die Klage wieder auf. Am Dienstag um 1/10 Uhr fand Termin an, doch weder Herr Steinberg noch sein Rechtsanwalt Goldberg waren zur Stelle, als die Sache aufgerufen wurde. „Steinberg“ rief der Gerichtsdienner den Korridor hinaus, „Steinberg“ tief er den Korridor

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Mittwoch bis Sonnabend — Soweit der Vorrat reicht:

ca. 50 000 Dosen Konserven — Ernte 1908

Nur einmaliges Angebot

1/2 Dose		1/2 Dose		1/2 Dose		1/2 Dose		1/2 Dose		1/2 Dose		1/2 Dose		
Stangenspargel stark	1 ³⁵	73 Pf.	Mirabellen	62 Pf.	—	Leipz. Allerl. mtlf.	46 Pf.	28 Pf.	Aprikosen 1/2 Frucht	1 ²⁵	68 Pf.	Preisselbeeren	68 Pf.	
Stangenspargel mitteltark	1 ²⁰	65 Pf.	Gem. Früchte	84 Pf.	47 Pf.	Kohlrabi L. Scheib. mit Grün	24 Pf.	—	Sauerkirschen ohne Stein	90 Pf.	50 Pf.	Sauerkirschen mit Stein	65 Pf.	
Pr. Bruchspargel Ia	1 ¹⁰	60 Pf.	Pflaumen süß-sauer	48 Pf.	—	Spinat	38 Pf.	24 Pf.	Apfelmus	55 Pf.	—	Rheinisches Apfelkraut	85 Pf.	
Bruchspargel mit Köpfen	75 Pf.	43 Pf.	Erdbeeren	88 Pf.	—	Karotten geschnit.	28 Pf.	19 Pf.	Orange-Marmelade Kellner-Tangermünde	ca. 1 Pfd. 75 Pf.	ca. 2 Pfd. 1 ⁵⁰	ca. 7 Pfd. 3 ⁰⁰	Jams divers. v. Grosse & Blackwell, Topf	1 ¹⁰
Kaiserschoten	1 ⁰⁵	58 Pf.	Gem. Marmel.	2 ¹⁵	1 ¹⁵									
Feine junge Schoten	85 Pf.	48 Pf.												
Leipziger Allerlei fein	75 Pf.	43 Pf.												
Schoten und Karotten	58 Pf.	34 Pf.												
Pfefferlinge	44 Pf.	27 Pf.												

3000 St. Prima Bratgänse Pfd. 56 u. 62 Pf.

2000 St. Oderbr. Fettgänse la. Pfd. 60 u. 64 Pf.

Prima Brathühner .. Stück 75, 95 Pf. 1²⁰

Große Brathähne prima .. Stück 1⁰⁰

Prima Suppenhühner .. Stück 1⁴⁵ 1⁷⁰ 1⁰⁵

Ia junge Enten .. Stück 2²⁵ 2⁵⁰ 2⁸⁵

Rehwild Blatt Keule Rücken 1⁵⁰ 1⁷⁵ 5⁵⁰ 6⁰⁰ 7⁵⁰ 9⁰⁰

Hirschwild Regout Blatt Keule Rücken Pfd. 30 Pf. 60 Pf. 80 Pf. 90 Pf.

Prima Fasanen Hennen .. 1⁷⁵ 2²⁵

Prima Fasanen Hähne .. 2²⁵ 2⁵⁰

Prima junge Rebhühner Stück .. 1²⁰

Pa. Cervelat- und Salamiwurst Pfd. 1¹⁰

Feinste Teawurst .. Pfd. 1²⁰

Delikat. Nusschinken .. Pfd. 1¹⁵

Schinkenspeck, Ia .. Pfd. 1⁰⁰

Westfäl. Bauern-Mettwurst Pfd. 95 Pf.

Feine Leberwurst .. Pfd. 95 Pf.

Prima Landleberwurst .. Pfd. 85 Pf.

Prima Delikatesleberwurst .. Pfd. 70 Pf.

Feinste Hallasche Leberwurst Pfd. 1¹⁰

Feinste Jagdwurst .. Pfd. 90 Pf.

Delik. Rot- und Zwiebelleberwurst 50 Pf.

1 Waggon Hasen pa. gestreift 3⁰⁰ pa. starke gestreift 3⁶⁰

Corned-Beef bestes deutsch. Fabrikat Pfd. 65 Original-Dose 6 Pf. nett. Pfd. 60 Pf.

Die verpfändeten gewesenen Waren werden wegen vollständiger Auflösung des **Blitz** und der Firma **E. Süßkind & Co.** bis zu **50%** unter Preis verkauft.

Kinder-Joppen warm gefüllt St.	1 ⁸⁰	Kinder-Paletot Stück von	2 ⁸⁰
Burschen-Joppen Stück	2 ²⁰	Burschen-Anzüge Stück von	3 ⁴⁰
Herren-Hosen Buckskin Stück	1 ⁸⁰	Burschen-Paletot Stück von	3 ⁶⁰
Herren-Anzüge Wert bis 21 M. jetzt	12 ⁵⁰	Herren-Paletot Wert bis 14 M. jetzt	8 ⁰⁰
Herren-Anzüge Wert bis 30 M. jetzt	17 ⁵⁰	Herren-Paletot Wert bis 20 M. jetzt	13 ⁰⁰
Herren-Anzüge Wert bis 36 M. jetzt	21 ⁰⁰	Herren-Paletot Wert bis 28 M. jetzt	17 ⁷⁵
Herren-Anzüge Wert bis 42 M. jetzt	26 ⁰⁰	Herren-Paletot Wert bis 34 M. jetzt	22 ¹⁰
Herren-Anzüge Wert bis 50 M. jetzt	32 ⁰⁰	Herren-Paletot Wert bis 42 M. jetzt	28 ⁰⁰
Herren-Joppen Stück von	3 ⁸⁵	Herren-Paletot Wert bis 55 M. jetzt	34 ⁰⁰

85 Chausseestraße 85.
137 Große Frankfurter Straße 137.
24 Kottbuser Damm 24.
Schöneberg, 10 Hauptstraße 10.
9 Rosenthalerstr. 9, Ecke Auguststraße.



Sie sparen
2/3 Ihrer Kohlenrechnung
mit Prof. Detsiny's Radial-Asbest-Ofen. Fabrikat der Allg. Elektr.-Ges. — 14 Patente — Radial kostet 5 Mark, ist aus Asbest, nicht aus Blech, unbegrenzt haltbar und wird durch das Brennen noch dauerhafter. Radial heizt für 2 Pf. pro Stunde jeden Wohn- und Arbeitsraum, Büro, Salon, Diele, Korridor etc., 80-100 cm, schneller und intensiver als jeder große, teure Ofen, vor allem garantiert geruchlos, strahlt die Wärme nach abwärts, erwärmt zuerst den Fußboden!
Überall verwendbar, kann von jedem Laien in 1/2 Min. ohne besondere Gasleitung installiert werden. — In Holzkiste verpackt, portofrei M. 5,50. Nachh. 30 Pf. mehr.
Deutsche Radial-Gesellschaft.
Berlin 129, Leipziger Straße 26.



Stolas,
Kollern, Krawatten, Muffen, Herren- u. Kinder-Garnituren, Pelzjacken, Pelze, garnierte Pelzhüte, Barett, Pelzdecken, nur eigenes Fabrikat, in größt. Auswahl, aus oestem Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.
Verk. bis 9 abends Sonntags geöffnet.

F. Kalman, Kürschnerstr. Kommandantenstr. 15, Tel.: 1, 3017, gegenüber Bouthstr., vorn 1 Tr.

21 Gegründet 1864 21
Pelzwaren-Fabrik
S. Schlesinger,
Neue Königstr. 21 II (Ordnungshaus) Kein Laden!
Einzelverkauf
wie alljährlich nach beendeter Engros-Saison. Pelz-Stolas-Muffen zu fabelhaft billigen Preisen. Sonntags geöffnet.
21 Repar. sauber u. billig 21

Wir empfehlen:
Die sieben Gehentken von Leonid Andrejew.
Ein dichterisches Gegenstück zu Tolstoid's „Ich kann nicht schweigen“.
Autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Preis brosch. 1,20 M., geb. 2,— M.
Ich kann nicht schweigen von Leo Tolstoid.
Ueber die Hinrichtungen in Rußland.
Preis 1,— M., billige Ausgabe 50 Pf.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Verleih-Institut: Friedrichstr. 1151, a. Orabg. — Tor. Gieß. Grad. Gehob. 1,50, Dose 1,00, Wette 50 Pf.

Winter-Joppen
Spezialartikel meiner Firma.
In allen Größen für Männer, Jünglinge u. Knaben am Lager.
n. 2⁷⁵ 4⁰⁰ 6²⁵
7²⁵ 8⁵⁰ 10⁵⁰
12⁵⁰ 14⁵⁰
Extra warm gefüttert, unverwüllich
n. 17⁵⁰ 18⁵⁰ 20⁵⁰ 22⁵⁰
Anfertigung nach Maß prompt, billig und gut.
Julius Lindenbaum
Große Frankfurter Str. 141
Ecke Fruchtstraße.
Größtes und leistungsfähigstes Spezialhaus für feine Herren- und Knabenmoden des Ostens, Nordostens und Südostens.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Maß, schnell, sauber. Zusteln. von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11, (Südth. Börse).

Von der Reise zurück **Dr. Glikzman** Landsberger Allee 30.

Wenn Parteigenossen, Freunde und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich im Hause **Schönleinstr. 34** ein **Zigarrengeschäft** eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bitte **Fritz Schwemke**.

Dr. Conradys Vorträge.

In seinem Vortragszyklus über die Geschichte der französischen Revolution hielt Genosse Dr. Conrady am Montag in den Germania-Sälen den zweiten Vortrag, der zum Thema hatte Die Zeit der Konstitutionen.

Der Redner verweilte zuerst bei der Schilderung des Aufschwunges von Handel und Industrie in Frankreich, erinnerte an den beträchtlichen Kolonialhandel, besonders durch die auf San Domingo errichteten Zuckersiedereien, und erklärte, wie die Bourgeoisie daraus Kräfte zog, die ihren Widerstand gegen den Feudalabsolutismus steigerten. Manufaktur und Hausindustrie wuchsen empor und wehrten sich gegen den alten Zwang, der noch aus dem Mittelalter mit seinen Produktionsverhältnissen herkam.

Der 14. Juli 1789 brachte den Sieg der Revolution, die jetzt überall ihr Banner entfaltet. Der lebendigen Schilderung des Vortragenden folgten die Hörer mit einer gespannten Aufmerksamkeit und spendeten lebhaften Beifall, als der Redner zum Schluß erklärte, daß das Bürgerturnen weit davon entfernt war, die von der Nationalversammlung feierlich verkündeten Menschenrechte dem Volke zu geben.

Gerichts-Zeitung.

Abermals Schumanns Ermessen höher als richterliche Prüfung. Während des Streiks in der Maschinenfabrik in Diegnitz hatten Maupach und Hippe Streikposten gestanden und hätten verschiedene Aufforderungen von Polizeibeamten, die Wende der Fabrik zu verlassen, nicht unbedingt beachtet. Sie wurden wegen Uebertretung der Straßenspolizeiverordnung angeklagt, weil sie nicht polizeilichen Aufforderungen, die zur Erhaltung der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs ergangen seien, Folge geleistet hätten.

Verfammlungen.

Los von der Kirche und vom staatlichen Absolutismus. Am Sonntag tagte in der „Neuen Welt“ eine ungewöhnlich stark besuchte Volksversammlung. Auch die Polizei hielt sich wieder in großer Zahl in der Nähe der Versammlungsorts auf. Einberufen war die Versammlung zum Zweck der Propaganda für den Austritt aus der Landeskirche. Als Referent war Adolf Hoffmann an die Stelle. Mit lebhaftem Applaus und Hochrufen wurde er empfangen. Das war nicht eine Verherrlichung der Person, sondern eine spontane Protestkundgebung gegen die Vergewaltigung der Redefreiheit, gegen die Unterdrückung des freien Wortes, welche der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses an dem Genossen Hoffmann verübt hatte.

- 1. Wegen Unterschlagung im Amte ist am 28. Juli vom Landgericht Frankfurt a. M. der Schuhmann Otto Grelpermann zu sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden. Er begleitete eine Leiche ins Armenhaus und nahm ihr 70 M. weg. Seine Revision wurde vom Reichsgericht am Montag verworfen.
2. Williger weggenommen ist der Schuhmann Jakob Kaiser, der am 4. Juni vom Landgericht Kassel wegen Körperverletzung im Amte und Weibedigung zu 50 und 10 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. Er hat den Zeugen Schaffner bei der Fortführung zur Wache durch Oberstleutnant fortgesetzt gemißhandelt und Kaufmann genannt. Jemandem hatte nachts Wasser aus einem Hause geschüttet und der Angeklagte hatte von mehreren Personen, auch dem Mitangeklagten Sch., den Namen des Täters verlangt. Sch. hat ihn, gehen zu lassen, worauf ihm der Angeklagte sofort einen Schlag gab. Die gegen das unerhörte milde Urteil vom Angeklagten eingelegte Revision wurde gleichfalls am Montag vom Reichsgericht verworfen.

An die arbeitende Bevölkerung. Tausende von Kindern erhalten kein warmes Mittagessen, weil die Mutter außer dem Hause arbeitet, oder weil die Hauptmahlzeit erst abends gekocht wird, wenn der Vater von der Arbeit kommt. Die Kinder erhalten mittags meist Kaltes und Brot.

JOSETTI JUNO CIGARETTEN sind von anerkannter Güte und bieten trotz ihres billigen Preises volle Garantie für feinste Qualität. 10 St. für 20 Pfg. Illustration of a man and a woman with a donkey.

Vielen Kranken ein großer Segen! Dr. R. not. cand. in Stuttgart schreibt: So lange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch. Ich bin stets müde und abgemagert gewesen, hatte, obgleich ich blutarm war, immer blutenden und ich aus wie der Tod. Ich nahm alle möglichen blutstillenden Mittel ein, aber von einer Besserung war keine Spur.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Hautleiden. Prinzenstr. 41. Tuch-Stoffe in Paletots, Anzüge, Hosen v. 2-6 M. u. beste Qualität. Reste (größte Auswahl) billigste Preise. Karl Meyer, Dr. Frankfurter Str. 80/81 (an Marquitenstraße).

Grausam enttäuscht werden Sie sein, wenn Sie beim Einkauf von Weissen-Eisenpulver nicht auf den Namen „Goldperle“ und den Kaminleger achten, denn so häßliche und praktische Weissen-Eisenpulver sind sonst nicht in den Verkauf. Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Rauchen Sie Phänomen Cigaretten. Devise: Qualität ist die beste Empfehlung. Illustration of a person smoking.

